

Commer

Zentral-Organ für die Interessen

der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäfft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franko 1 M.
Der Courier ist in die Postzustellungsliste eingetragen.

Redaktion und Exped.: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Geöffnet: 9-1 Uhr Vorm., 3-7 Uhr Nachm. Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuscripte werden nicht zurückgesandt.
Aufschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 5.

Berlin, den 11. März 1906.

10. Jahrg.

Ortsverwaltungen und Konsumvereinsarbeiter
machen wir auf den Artikel:

„Scharfmacher-Waden aus dem Allgäu“
in dieser Nummer besonders aufmerksam. D. B.

Zum 18. März.

Hinweg mit allem Trauernd! —
Flag' nicht ob Deiner Helden Tod!
Es loht ein Freiheitsadelsbrand
Wie einst im März. Ein Morgenrot!
Und wieder kämpft getretenes Recht
Verzweifelt wider Tyrannei —
Und mordet auch des Jaren Knecht —
Der Sklave, dennoch wird er frei!
Kein Trauern, Volk, und klage nicht,
Gedenkst Du der Brüder Mord.
Auf, tu als Kämpfer Deine Pflicht!
Auf, weh' Dein Schwert, das freie Wort!
Auf in den Kampf mit Kraft und Mut!
Auf, rüttle alle Tränner wach!
Und zeige ihr, der Proken Brat,
Zeig ihr der Armen Not und Schmach!
Sag' ihr, daß wo die Armut wohnt,
Nur Not und Elend weilt zu Gast,
Und wo der Geldsack herrscht und thront
Das Gut der Armen wird verpraßt.
Auf, drück' in jede schwielge Faust
Ein Schwert, dem jeder Feind erliegt,
Und denk', wenn wild der Märzsturm braust,
Der Frühling kämpft — der Frühling siegt!
Auf, Volk der Arbeit, kampfbereit
In ein gewaltiges Heer geschweift,
Im Kampfe um Gerechtigkeit,
Dann wirkst Du in der Brüder Geist. —
Hinweg mit allem Trauernd! —
Ein Morgenrot nach langer Nacht.
Es geht ein neuer Tag ins Land. —
Die Freiheit lebt! Das Volk erwacht!

Die Direktoren der großen Berliner als Heher und Provokateure.

Das Schlimme auch hat seinen Wellberuf
In unzerstörbar ewiger Kräfte Wallen.
Ihr seht, was Edelstes die Menschheit schuf
Aus des Gemeinen Anstöß sich entfalten.
Doch jener Elendenlosen Jammerchor
Sah Dante schon im Pfuhl, die fluchgebannte,
Die Feis des Unrechts tollig Werkzeuge war,
Und doch im Innersten das Recht erkannte.
Galt schlagende Hölzer, Abscheu selbst den Feigen,
Nur minder als der Wurm, dem Lrieb zu eigen.

Es ist unmöglich, das Arbeitgeberium so niedrig ein-
zuschlagen, wie es tatsächlich ist. Die Wahrheit dieses
Sachzes haben wir wieder mal am eigenen Leibe erfahren
müssen. In dem von uns kürzlich herausgegebenen Buche,
„Die deutschen Straßenbahnen und ihre Arbeitsverhältni-
sse“, glaubten wir feststellen zu dürfen, daß die Direk-
tion der Großen Berliner aus der Entwicklung der Dinge
wenigstens so viel gelernt hat, daß sie nicht mehr durch

zwecklose Maßregelungen die Ausbreitung unserer Organi-
sation verhindern soll. Wir haben uns getrtt, wir haben
die Direktion bezüglich ihrer Kenntnis der harten Tat-
sachen zu hoch eingeschätzt und müssen ihr jetzt festerlichst
Abbitte tun. Auch nach dem Einzug des Generaldirektors
Wilde in den Palast am Leipziger Platz ist dort der
müßig mittelalterliche Geist der Unbuddsamkeit und In-
toleranz „Herr im Hause“ geblieben und die verzögerten
Anschaltungen der Adäler, Kühlewein aus dem vorigen
Jahrhundert feiern jetzt ihre wenig glorreiche, aber sat-
tische Ansehung. Nichts gelernt und viel vergessen,
kann man mit zu gutem Recht auch über den Direktions-
palast der Straßenbahn im zwanzigsten Jahrhundert schreiben.
Der Herr Generaldirektor Wilde ist den Angestellten gegenüber
sehr freigebig mit seinen Ehrenwörtern, aber um die
sinngemäße Innehaltung derselben wächst ihm sichtlich
kein graues Haar.

Nach bei der letzten Vertrauensmännerzusammenkunft
hat der Herr Generaldirektor sich ehrenvollst dahin ver-
pflichtet, daß den Angestellten das Koalitionsrecht nicht
verkümmert werde, und jetzt flogen 8 brave und pflicht-
treue Angestellte aus Pfaffen, weil sie gegen die Ver-
waltung „gehört“ haben sollen. Sie erhielten alleamt
dieses Schreiben:

„Berlin W. 9, den 18. Februar 1906.

Leipziger Platz 14.

An den Fahrer Herrn Johann Göhle — 1418

Bahnhof Ritzdorf.

Wie sehen uns veranlaßt, Ihnen unter sofortiger
Enthebung von den Dienstgeschäften Ihre Stellung zum
1. März d. J. zu kündigen.

Nicht Ihre uns bekannte Zugehörigkeit zum Verban-
de der Handels- und Transportarbeiter ist Grund zu Ihrer
Entlassung, sondern Ihre fortgesetzte Zuwiderhandlung
gegen unser Verbot, durch Agitation und Verhegung Un-
zufriedenheit und Mißstimmung unter unseren Bediensteten
herbeizuführen. Infolge Ihres agitatorischen Auftretens
süßst sich ein Teil unserer Angestellten belästigt und ist
dagegen vorstellig geworden.

Gleichzeitig geben wir die Ihnen erteilte Genehmi-
gung, die Betriebsmittel der Großen Berliner Straßen-
bahn zu Dienstzwecken im Dienstkleidern unentgeltlich zu
benutzen, zurück.

Große Berliner Straßenbahn.

Die Direktion.

Kühlewein. Meyer.

Daß nicht die Zugehörigkeit zum Verban-
de der Entlassungsgrund sein soll, ist eine ebenso billige wie leere
Redensart, die die Direktion vor dem nur zu berechtigten
Vorwurf schützen soll, daß sie ihr Ehrenwort gebrochen
habe. Und doch hat sie solchen Bruch durch diese Maß-
regelungen begangen, wenn nicht nur das ausgesprochene
Wort, sondern auch der Sinn desselben in Betrach-
gezogen wird. Alles Kleingiebiges hilft da nichts. Uns ist
bekannt, daß die Maßregelung gemeinsamer Direktions-
beschlüsse war, und da der neue Direktor Meyer gegen
die Entlassung gestimmt haben soll, so muß Herr General-
direktor Wilde dafür gestimmt und so sein verpöndliches
Ehrenwort gebrochen haben, denn die Kühlewein und
Adäler bilden zusammen keine Majorität. Ist es dem
Generaldirektor Wilde unheimlich, wenn wir ihm abermals
Vorwurf vorwerfen, dann möge er klarstellen, wie die
Abstimmung erfolgt ist.

Wie sagt doch das Bündigungs-schreiben so schön: ein
Teil der Angestellten habe sich durch die Agitation der
Genehmigten belästigt gefühlt. Alle alten Courtisänen
fühlen sich belästigt und unangenehm berührt, wenn ihnen
die Venus von Milo in ihrer ganzen nackten Adäper-

schönheit und Keuschheit vorgeführt wird. Die Krieger
und Speichellecker, dieses eltsche und niedrige Gewürm
der Menschheit, dieser Auswurf der Gesellschaft, die an
dem eigenen Bruder um der schönen Augen der Betriebs-
verwaltung willen zum gemeinen Demagogen werden,
spielt „ein Teil“ der Angestellten, und zwar derjenige,
der sich belästigt fühlt. Und auf die verteuerten Be-
hauptungen solcher verblödeten Geistes sind hin wirft die
Direktion ehrliche, brave, fleißige Leute, denen sie zum
Teil, selbst vor kurzem, das beste Zeugnis ausgestellt
hat, ohne ihnen Gelegenheit zur Verleumdung und zur
Ermittelung der Wahrheit zu geben, rücksichtslos auf die
Straße. Oder stellt der maßgebende Direktor Kühlewein
etwa gegen sein besseres Wissen solche Zeugnisse aus?

„Berlin W., den 10. Juli 1905.“

An den Fahrer Herrn Johann Göhle — 6262

Bahnhof 4.

Indem wir Ihnen unsere Anerkennung für die
gute Führung und gewissenhafte Erfüllung Ihrer
Dienstpflicht während fünfjähriger Dienstzeit aus-
sprechen, gereicht es uns zum Vergnügen, Ihnen noch als
ein besonderes Zeichen unserer Zufriedenheit das für
bewährte, diensttreue Fahrer bestimmte Geschenk einer
silbernen Taschenuhr zu gewähren.

Wir erwarten, daß diese Auszeichnung Ihnen erneute
Veranlassung geben wird, auch fernerhin durch tadelloses
Verhalten und Dienstwilligkeit sich das Wohlwollen Ihrer
Vorgesetzten zu bewahren.

Die Direktion.

Kühlewein.

Ob dieser Herr Kühlewein sich gar nicht ein wenig
schämte, seinen Namen auch unter das Bündigungs-
schreiben zu setzen und dadurch aller Welt kundzutun,
daß er entweder im ersten oder im zweiten Falle sich der
Lüge bedient? Aber was fragen Straßenbahndirektoren nach
Wahrheit, Recht und Moral, sie wollen Serren im Hause
sein und als solche müssen sie nach Bedarf Recht und
Wahrheit mit Füßen treten. Was fragen diese Leute
darnach, wenn die Offenlichkeit über solche Ehrbegriffe
den Stab bricht.

Die Maßregelung war als Herausforderung des Ver-
bandes und als Einschüchterung der übrigen Angestellten
gedacht, Kühlewein und Adäler wollten mal prüfen, ob
sie ihre alten Scharfmachermagnum von vor 1900 bereits
wieder ausgraben dürfen. Sie wollten prüfen, ob die
auftragsgemäß verbummende Adälerverleumdungsarbeit des
Wahlmännervereins schon ihre Wirkung soweit getan habe,
daß die Direktion gefahrlos das russisch-plewische Despo-
ten-System erneut einführen könne. So mußten acht der
intelligentesten Angestellten aus Geratewohl als Mär-
tyrer geopfert werden. Nun, ein System, das Mär-
tyrer schafft, hat noch jedesmal in der Menschheits-
geschichte auf dem letzten Noth gepiffen.

Die Probe ist den Herrschaften gänzlich mißlungen.
Die Angestellten buckten sich nicht, wie man hoffte, die
brutale Maßregelung ihrer Kameraden hatte sie vielmehr
aufgepeitscht, und eine riesige Versammlung an dem einen
Ende Berlins — im Zentrum war kein passender Saal
zu haben — zeigte der Direktion, daß sie das graufame
Spiel nicht zu weit treiben dürfe. Die Direktion hatte
wieder einmal, wie es die ungeschickten Vertreter kapita-
listischer Interessen immer machen, für unseren Verband
die Agitationsarbeit recht gründlich und wirksam besorgt.
Aber nochmals wurde der Direktion Gelegenheit gegeben,
ihre Scharfmacher-Adälerlein gut zu machen, sich in
Ehren aus der Affäre zu ziehen. Im Auftrage der ge-
sagten Versammlung wurde eine Kommission von Ange-
stellten bei der Direktion vorstellig, die den Auftrag hatte,

um Mithnahme der Kündigungen zu ersuchen. Und nun spielt die Direktion wieder einmal Komödie. Komödianten sind ja doch — nach dem Ausdruck der wissenden Flora — alle Diplomaten. Bevor die Kommission empfangen wurde, hatte sich die Direktion bereits festgelegt, keinen der Entlassenen wieder einzustellen. Als die Kommission ihr Ersuchen vorbrachte, hielt ihr der Direktor Wilde eine Moralpredigt, die einem Kapuziner alle Ehre gemacht hätte. Er brachte auch Gründe gegen die Möglichkeit der Wiedereinstellung der Entlassenen vor, Gründe so beweislos, kräftiger Natur, wie nun mal alle Schachmachergründe sind. Gründe, mit denen die Direktion ebenso gut hätte beweisen können, daß schwarz weiß ist oder gar, daß die Große Berliner ein humaner, von neuzeitlichen Anschauungen geleiteter Arbeitgeber sei. Und Herr Direktor Wilde versprach auch noch, daß niemand mehr entlassen würde. Nach den bisherigen Erfahrungen mit Direktionsversprechen ist dieses gleichwertig mit dem Versprechen des Fuchses in der Fabel, keine Löwen mehr zu fressen. Der Herr Direktor Wilde wollte aber den Entlassenen sogar eine Genugtuung verschaffen, er wollte die Denunzianten entlassen, die vorher aus der Direktionschule geplündert hatten, wohl gemerkt, nicht ob deren schädlicher Handlungsweise gegenüber Arbeitskollegen gegenüber, sondern weil sie verraten, daß die Direktoren alle ihre Wünsche erfüllen und mit ihnen, den in der menschlichen Gesellschaft so anrüchlichen Kreaturen, Hand in Hand arbeiten.

Geinrich Heine würde sagen:

Vamier mich nicht, mein liebes Kind,
Und grüß mich nicht Untern Linden,
Wenn wir nachher zu Hause sind,
Wird sich das Uebrige schon finden.

Herr Wilde hatte aber diesmal die moralische Qualifikation der abgeordneten Angestellten um eine Weltanschauung zu niedrig eingeschätzt. Seine laufenden Ehren vernahmen diesmal nicht hündischer Hunde elendes Geinrich, sondern das selbstschneidende und selbstbewußte stolze Männerwort:

Herr Direktor, wir sind keine Denunzianten!

Worauf Herr Wilde wohl sich angeklagt solcher Ehrenmänner seiner eigenen Handlungen, seines Falles mit den Denunzianten, denn doch ein wenig schämte und ihm so das Mitleid, die ganze Situation tageshell beleuchtende, aber recht unvorsichtige Wort entschlippte, „im allgemeinen Liebe auch er die Denunzianten nicht“.

Im allgemeinen also nicht, Herr Direktor, aber im besonderen. Und dieser besondere Fall war eben sonderbarer Weise da eingetreten, als der Denunzianten Jammergeschrei des Unrechts bestelltes Werkzeug war.

Die Direktion blieb auf ihrem „Justament nati“ Standpunkt und auf ihrem, auch so blamablen Schein bestehen. Sie geht nicht nach jener anstößigen Größe und Vornehmheit, die den wirklich Starren und Mächtigen ziert, sie vertritt weiter den Grundsatz vorläufiger Barbarei, der da lautet: „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ — nicht die Grundsätze der Nächstenliebe und Toleranz. Wie könnten auch Nächstenliebe und Toleranz, diese höchsten Menschheitsgesetze, Platz finden, dort, wo der Geldsack Herrgott ist!

Und doch sind das die Mütter des Alters einer neuen Zeit, die da Märtyrer der Ueberzeugung und einer ungleich höheren Weltanschauung schaffen. Herren im Kaufe wollen sie bleiben, die Armen und Blinden, und sie merken nicht, wie der Riese Proletariat sich redt und strekt und er der morrischen Zwirnsfäden lacht, mit denen diese Größen einer absterbenden Gesellschaft ihn binden wollen.

Auch wir können rufen, verzehet ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun, sie wissen nicht, daß sie selber Stein auf Stein herantasteten für die Pyramide ihrer Gräber. Draufsaat ist es, was sie durch ihre brutalen Handlungen säen. Die acht Mammonsopfer bringen uns, die Seeläge geschickt ausgenutzt, ebenso viele hundert neuer Anhänger.

Die Direktion zeigt eine mimosenhafte Empfindlichkeit, wenn einzelne Personen Mann um Mann Kritik üben. Sie hat also die Kritik zu fürchten. Woban denn, wenn sie die Kritik im stillen nicht zu ertragen glaubt, dann soll sie diese in der weit öffentlichen und wirksamsten Presse haben. Gerade der „Großen Berliner“ gegenüber waren wir in letzter Zeit mit der Kritik zu sparsam, wir werden uns solche Beschränkungen in Zukunft nicht mehr auferlegen, sondern alle Sünden dieser rücksichtslosen Kapitalistengesellschaft auf den Markt der Öffentlichkeit hinausstreuen. Sie will es ja so, und ihr Wille geschieht! Die Ausgesperrten aber werden von Wohnung zu Wohnung der Angestellten gehen und dort mit Feuerzungen für die Ideen der modernen Arbeiterbewegung werben, und sie werden sicher hierdurch für ihre Organisation mehr Erfolge erzielen, als es im Dienste der Gesellschaft jemals vermocht hätten.

Die wirksamsten Helfer und Wähler für uns im Betriebe der „Großen Ber-“

liner“, das sind und bleiben allzumal deren Herren Direktoren, dieser Werke und Taten. Sie helfen fleißig mit, den Tag der Abrechnung herbeizuführen. Auch die Direktion der Großen ist, freilich ungewollt, ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.

Unsere Feder war noch nicht trocken geworden, da traf schon die authentische Bestätigung unserer Voraussage ein, daß das neuerliche Versprechen des Direktors Wilde, niemand mehr zu entlassen, nur eine schöne, aber inhaltslose Redensart ist. In den Depots wurde folgende Bekanntmachung angeschlagen:

Große Berliner Straßenbahn. Berlin - Charlottenburger Straßenbahn.

Bekanntmachung.

Wir haben uns veranlaßt gesehen, acht Angestellten den Dienst zum 1. März zu kündigen, weil sie durch Hagen und Wiltner Mißstimmung und Unzufriedenheit erregt und die Disziplin zu untergraben versucht.

Der Grund ihrer Entlassung ist, wie wir wiederholt erklärt haben und hier nochmals ausdrücklich bemerken, nicht die Zugehörigkeit zu einer Organisation, sondern lediglich die Zuthatverhandlung gegen unser wiederholtes Verbot agitatorischer Geheulen.

Nach diesem Grundsatze werden wir auch in der Folge verfahren und diejenigen Bediensteten, die sich weiterhin an agitatorischen Geheulen beteiligen sollten, im Interesse der Ruhe und Ordnung aus unserer Verwaltung entfernen.

Die Direktion.
Wilde, Meyer.

Der Straßenbahn-Direktion scheint also der Kamm mächtig geschwollen zu sein. Das Schriftstück ist ein klassischer Beweis dafür, daß die Wähler und Geher nicht an Engländer zu suchen sind. Doch auch am Leipziger Platz geht der Krieg nur so lange zum Brummen, bis er bricht. Tyrannennacht hat noch stets ihr Karthago gefunden.

Scharfschadhermaden aus dem Algäu.

Das seht gerade noch, daß auch die Käsekräuter des bayerischen Algäu unter die Scharfschadhermaden gehören. Die Herren haben an ihrem mäßigen Maße, den ja nur die Arbeiterschaft konsumiert, anheimelnd schon soviel profitiert, daß sie sich auch mal den Luxus moderner Scharfschadhermaden und Arbeiterausperrung leisten können. Schon seit langen Jahren sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Käsekräuter-Arbeiter im höchsten Grade unzufrieden stehend. Obwohl auf der anderen Seite der Verdienst aus dem Käsehandel die Herren Unternehmer zu steigenden Reichtümern macht.

Trotz der geringen Lebensmittelpreise, dem hohen Mietzins etc., welche von den Arbeitern in diesen Saisonorten gezahlt werden müssen, verstand man sich nicht dazu, den Angestellten auch nur die kleinste Aufbesserung zu gewähren. Heute noch beträgt der Durchschnittslohn 2,40 Mk. Wenn man berücksichtigt, unter welchen Verhältnissen die Arbeiter tätig sind, vom frühen Morgen bis spät abends in dumpfen Kellereien bei angestrengtester Arbeit, ihren die Gesundheit untergrabenden Dienst verrichten, der trotz alledem nicht, daß ihre Bezahlung eine in jeder Beziehung ungenügende ist.

Im Vertrauen auf die Versprechungen ihrer Arbeitgeber blieben die Lagerarbeiter jeder Organisation fern. Für Vertrauen wurde bitter enttäuscht.

Die Herren Käsebarone haben ihre Versprechungen in keiner Weise erfüllt. Erst durch die Bewegung der Kollegen in Kempten sagten die Arbeiter Vertrauen zum Verbande. Muthig und gelassen traten sie bei in der sicheren Hoffnung, nur auf diesem Wege endlich einige Verbesserungen zu erzielen. Nicht leichtfertig sind die Arbeiter in eine Bewegung eingetreten; jedem Einzelnen, der die ruhige Besonnenheit und Langmut derselben kennt, ist das klar.

Wenn sie trotzdem fast alle der Organisation beigetreten sind, so liegt das in den traurigen Verhältnissen begründet, unter denen sie zu leben haben.

Im August vorigen Jahres schlossen sich die Kollegen dem Verbande an, kein Arbeitgeber nahm Notiz hiervon, ruhig wie immer verrichteten sie ihre Arbeit und fernerleitete Nachtstet einwuchs den Unternehmern während dieser Zeit; im Gegenteil, die Arbeiter waren bestrebt, ihre Arbeiten zur vollen Zufriedenheit zu erledigen, um den Herren keinerlei Anlaß zu Verschwerden zu geben, wie das bei organisiertem Streik, der wohl ihrer Rechte, aber auch ihrer Pflichten sich bedient, längst Gebrauch ist.

Am 3. Februar 1906 ließen sie durch die Gewerkschaft nachgehende Forderungen einreichen mit dem Ersuchen um geneigte Rückantwort bis 10. Februar 1906.

Antwort:

Zwischen dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, Gau Südbayern, und den Inhabern der Käsekräuter werden, abgesehen von den gesetzlichen Bestimmungen und den Bestimmungen der Arbeitsordnung folgende Sonderbestimmungen als für beide Teile geltend von heute ab vereinbart.

a) Regelung der Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit wird auf 10 Stunden festgelegt. Unterbrochen wird dieselbe durch folgende Pausen: Vormittags Ruhepause 1/2 Stunde, Mittagspause 1 1/2 Stunden.

b) Regelung des Lohnes.

1. Der Mindestlohn wird festgelegt: für Vollarbeiter für Weichkäse 21 Mk., für Vollarbeiter für Rundkäse 21 Mk.,

für Oberfahrer für Weichkäse 25 Mk., für Oberfahrer für Rundkäse 26 Mk., für Ausfallsarbeiter für Rundkäse 3,80 Mk. der Tag, für Ausfallsarbeiter für Weichkäse 4 Mark der Tag.

2. Jüngere Arbeiter von 13-20 Jahren erhalten 14-20 Mk.

3. Nicht Vollarbeiter, ferner Arbeiter, welche wegen Invalidität, hohen Alters usw. nicht zu allen Arbeiten verwendbar sind, erhalten je nach Leistung 17-20 Mk.

4. Als Vollarbeiter gelten diejenigen über 20 Jahre alten Arbeiter, die mindestens 2 Jahre in Käsekräutern gearbeitet haben und zu allen vorerwähnten Kellerearbeiten verwendbar sind.

5. Sämtliche Löhne sind Wochenlöhne.

c) Ueberstunden.

Ueberstunden sind möglichst zu vermeiden. Eintreten falls wird hierfür vergütet für Vollarbeiter an Werktagen 50 Pf., für Vollarbeiter an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen 60 Pf.

Für die übrigen Arbeiten an Werktagen 40 Pf., an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen 50 Pf.

d) Kündigungsfrist.

Gegenseitig 14 tägige Kündigungsfrist wird zugesichert.

e) § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Unter Anerkennung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches wird den Arbeitern der unerschütterliche Antritt und Geldverdienst und bei begründeter Entlassung der Lohn weiterbezahlt, falls nicht eine erhebliche Zeit in Betracht kommt. Aus nicht erhebliche Zeit wird bei einer Beschäftigungsdauer unter 1 Jahre 3 Tage, über 1 Jahr 6 Tage angenommen.

f) Sonstiges.

Maßregelungen aus Anlaß der gegenwärtigen Lohnbewegung finden nicht statt. Ebenso wenig tritt eine Verschlechterung bisheriger Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein. Vorstehende Bestimmungen sollen bis 1. August 1907 Geltung haben und stets bis auf ein weiteres Jahr bestehen bleiben, falls nicht von der Firma oder von dem Vorstande des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands dieselben 6 Wochen vorher gekündigt werden. Für Kleinrentner und Arbeiter findet der Tarif keine Anwendung. Kautelen werden in Zukunft nicht mehr verlangt.

Der gleiche Tarif wurde im vorigen Jahre seitens der Kemptener Käsefirmen ohne weiteres abgelehnt. Konfurrenzgründe sind also nicht, die die Firmen-Ärztler und Sonstiger Firmen zur Ausperrung trieben. An Stelle der erbetenen Antwort liegen die Händler ihr Personal antreten mit der Befehl:

Ihr zieht Euren Tarifentwurf zurück. Wer am Montag, den 12. Februar, noch im Verande ist, wird ohne Kündigung entlassen.

Das war die erbetene Antwort!

Warum nehmen die Käsebarone einen solchen Progenstandpunkt ein?

Warum verbleiben sie im Töne Stumm und sonstiger Scharfschadhermaden, dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands beizutreten?

Warum weigert sich die Koalition der Käsehändler von Oberalgäu, mit den Leitern dieser Organisation zu verhandeln?

Sie glauben, indem sie den Arbeitern das ihnen gesetzlich zustehende Koalitionsrecht verweigern, sie ihre bisher unter ihre Untwürdigkeit zu zwingen und sie ihre bisher behandeln zu können.

Was die Arbeiter zu erwarten hätten, wenn sie sich dem Willen der Bräutigale fügen wollten, ist bewiesen durch deren Haltung. Die Herren, die sich sogar rühmen, daß in ihren Ädern auch ein Tropfen demokratischen Blutes rollt, stellen an die Arbeiter die dreiste Zumutung, nicht nur den Tarif zurückzugeben, sondern auch aus der Organisation wieder auszutreten. Da die Arbeiter dieses unerhörte Ansuchen entließen zurückweisen, wurden sie von den Käsehändlern ohne Kündigung entlassen. Alle im Dienste ergaunten Arbeiter, die teilweise seit 8-18 Jahren in einem Geschäft tätig waren, wurden von den Unternehmern rücksichtslos auf die Straße geworfen, weil sie sich der Koalitionsrecht nicht verweigern lassen wollten. Zu dem rohen Gewaltfreispielen fügten die auch so liberalen Herren noch den bitteren Hohn. An freilebende Uebermutter erklärten sie: „Und wenn unter ganzes Käsekräuter verkauft, ein Verbandsführer wird nicht wieder eingestellt.“ Diese erbliche Ausperrung rief natürlich unter den Arbeitern und auch unter der Bevölkerung die größte Erregung hervor. Das zeigte auch der demonstrative Besuch der beiden Volksversammlungen, die kürzlich in Kempten und in Sonthofen abgehalten wurden.

Im Hotel zum bayerischen Hof in Kempten strömten die Leute so zahlreich zusammen, daß schon lange vor Beginn der Versammlung der Saal und die Nebenküche dicht gefüllt waren und viele wieder umstehen mußten, die keinen Platz mehr fanden. Aus dem ganzen Saal waren die Stühle zusammengeholt worden, doch sie reichten bei weitem nicht. Nicht minder imposant war der Besuch der Versammlung im Gasthof zur Traube in Sonthofen. Trotzdem die Plätze aus dem Saale entfernt waren, fanden die Leute dichtgedrängt in den Gängen, an den Fenstern und auf der Straße. Den, die gerne zugehört werden soll, etwas kräftigen Ausführungen der beiden Referenten wurde in den zwei Versammlungen stürmischer Beifall gezollt. Dieser erste Erfolg beweist natürlich die Oberalgäuer Käsekräuter und sie begünstigt daher die beiden Referenten, die für die Solbschreiber eines so vollkommenen Liberalismus ja doch nur ein verächtliches Käsekräuter übrig haben. Man frage sich doch gefälligst, ob ein Durchschnittslohn von 2,40 Mk. täglich bei 11 stündiger Arbeitszeit noch eine angemessene Entlohnung der Arbeiter ist. Dabei sind die Käsehändler durchwegs heimliche Leute, die die schönsten Sachlagen und die schönsten Equipagen und

Werde haben und herrlich und in Freuden leben. Die Herren könnten es sich daher sehr wohl leisten, ihre Arbeiter besser zu zahlen, ohne selbst irgend welche Not leiden zu müssen. Allein sie mögen nicht, weil sie auch nicht einen Pfennig ihres Profites missen wollen. Dabei haben sie die Ehre, auch die Bauern gegen die Arbeiter aufzuwecken, denen sie bei höheren Arbeitslöhnen die bisherigen Preise für ihre Milchprodukte angesetzt nicht mehr bezahlen können. Dieses Vorgehen ist zu durchsichtig, um nicht völlig durchsichtig zu werden. Die Herren möchten eben gerne die Teile gehörig schürfen, Arbeiter und Bauern, dabei fühlen sie sich am wohlsten. Das Koalitionsrecht der Arbeiter wollen die Herren nicht antauchen, aber mit ihren Betrieben vertragen sie sich dieses Recht nicht, was jeder begreifen muß, der mit dem Mittel diese eintigermaßen vertraut ist. Mit dieser Wägen Bedenken glauben die Herren um die Schantzstellung herkommen, die in der Verbeugung geschäftlich geschäftlicher Rechte liegt. Dieses erbärmliche Gebaren kennzeichnet die „liberalen“ Herren treffend. In der Reichstagskammer vom 17. Februar sang der im Wahlkreis Immenstadt gewählte Zentrumsgewählte Schmidt ein hochklingendes Loblied auf den Magauer Räte. „Magauer Räte ist für den Magen“ — meinte er — „wie Gold für denbeutel.“ Ja wohl, Gold für denbeutel der Rätebarone.

Die Zahl der ausgesperrten Verbandskollegen ist 70 Mann.
Ausgesperrt haben die Firmen:
Immenstadt:
Gust. Scharr, Gebr. Herr.
Sonthausen:
Otmar Herr jun.
Otmar Herr sen.
Otmar Herr j.
Spreiter & Haug.
Sutter & Hartmann.

Alle Unternehmer im Magau und Schwaben haben sich mit diesen Firmen solidarisch erklärt. Die Konsumanten des Magauer Käse sind in der großen Hauptsache die Arbeiter. Zu den Abnehmern gehören in erster Linie die

Arbeiterkonsumvereine,
so in Dresden, Nürnberg, Echingen, Stuttgart und an vielen anderen Orten. Um den Kollegen zum Siege zu verhelfen, ist es notwendig, die Konsumvereine zu beauftragen, daß sie den Bezug von Käse so langsam einstellen, bis die Magauer Schaffmacher das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter anerkennen.

Unsere Ortsverbände werden dringend gebeten, sofort Auskund nach Magauer Käse zu halten, das gleiche bitten wir die Konsumvereine, Arbeiter zu tun. Folgt man den Vorstellungen der örtlichen Verwaltungen nicht, so ist das drückende Kartell sofort mobil zu machen und zugleich dem Zentralvorstand von der Sachlage Nachricht zu geben.
So lange das Koalitionsrecht unserer Kollegen nicht anerkannt ist, muß die Parole für die Arbeiterschaft lauten:

Magauer Käse ist madig und ungenießbar!

Lohnbewegungen in Magdeburg.

Die „Magdeburger Eisenhandlung, G. m. b. H.“, die am 1. Januar d. J. das Licht der Welt erblickte, hat sich durch ihre niedrigen Löhne bei der hiesigen Arbeiterschaft nicht gut eingeführt.

Mehr der Not gebührend, als wie aus freier Entscheidung, stellen sich der Firma für einen Wochenlohn von 18 Mk. genügend Arbeiter zur Verfügung. Die Mehrzahl davon war organisiert, und es gelang auch in kurzer Zeit, den letzten Mann in die Organisation zu bringen. Darum wurde der Firma am 12. Februar eine Lohnforderung unterbreitet. Verlangt wurde ein Wochenlohn von 21 Mk. Diese Forderung lehnte die Firma ab und ließ den Arbeitern am Dienstag, den 13. Februar, sagen, wenn sie die Forderung aufrecht erhielten, seien sie um 6 Uhr entlassen. Darauf legten die 20 Kollegen die Arbeit sofort nieder. Eine Verhandlung, die Kollege Bender noch an demselben Abend mit dem Firmeninhaber hatte, verlief resultatlos. Die Herren erklärten einfach, daß 18 Mk. ein auskömmlicher Wochenlohn sei, und bekamen sie keine hiesigen Arbeiter, würden sie sich „Poladen“ kommen lassen; sie ließen sich von ihren Arbeitern „die Pistole nicht auf die Brust setzen“, sondern sie wollten Herr im Betriebe bleiben.

Die Firma warb sehr eifrig Arbeitswillige. Doch die meisten verzichteten auf die Arbeit, nachdem sie erfahren, welche traurige Rolle ihnen zugebadet worden war. Doch fanden sich 4 junge Burschen, die sich der Firma einige Tage zur Verfügung stellten.

Neben diesen 4 Streikbrechern verrichtete aber auch das ganze Kontorpersonal Arbeitswilligen-Dienste. Drei von den Kontoristen gaben an, Mitglieder des deutschen nationalen Handlungsgesellenverbandes zu sein. Auf Vorhaltung erklärten diese Herren, daß der Verband mit ihrem Tun und Lassen einverstanden sei, denn sie leisteten nur Arbeitswilligen-Dienste, um der Firma in dieser schweren Zeit treu zur Seite zu stehen.

Nur nehmen an, daß die Leitung des Verbandes deutsch-nationaler Handlungsgesellen eine solche Handlungsweise nicht billigt. Oder sollten wir uns darin irren? Sollte das die besondere Standesehre der Herren sein, kampfenden Arbeitern in den Rücken zu fallen? Es ist das hier in Magdeburg schon der zweite Fall in kurzer Zeit, daß Handlungsgesellen Streikbrecherarbeit verrichtet haben. Beim Streik der Arbeiter bei der deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft haben sich die Herren Handlungsgesellen auch auf den Kutschhof gesetzt und Arbeitswilligen-Dienste verrichtet. Die deutsch-nationalen Handlungsgesellen werfen dem Verband vor, daß er die Interessen der Handlungsgesellen

nicht wahr und beiziehen ihn der Kriecherei vor den Unternehmern aus.

Wir sind aber der Ansicht, daß eine Organisation, die ihre Mitglieder Streikbrecherdienste verrichten läßt, sich über die Kriecherei anderer Verbände nicht entrufen darf, weil sie ja selbst die Interessen der Lohnarbeiter — weiter sind ja auch die Handlungsgesellen nichts — schmählich verrät.

Ein Versuch war es ja, mit anzusehen, wie die Herren Handlungsgesellen, begleitet mit 10 Ctm. hohen Stiefeln, die Eisenbahnen ausstuden und sich mit den schweren Trägern herumbalgten. Bei ihrem mageren Gehalt ist die Kost nicht allzuerschwerlich, um aber mit 8 bis 15 Zentner schweren Trägern hantieren zu können, muß man sich ordentlich jastellen können. Dies werden die Herren Kontoristen bei der Arbeit auch wohl empfunden haben, denn allzu schnell ging sie ihnen nicht von der Hand.

Es gelang aber den Streikenden, die 4 Arbeitswilligen wieder aus dem Betrieb zu holen; dieselben schlossen sich den Streikenden an, so daß nach 9 tägigem Streik die Firma keinen Arbeitswilligen mehr hatte. Jetzt ließ sie sich auch auf Verhandlungen ein. Sie erklärte sich bereit, einen Anfangslohn von 19,50 Mk. ohne Abzug zu zahlen, der sich nach einem halben Jahre auf 21 Mk. erhöht. Dies Angebot wurde von den Streikenden angenommen und die Arbeit am Donnerstag, den 22. Februar, nach 9 tägigem Streik wieder aufgenommen.

Die Herren Handlungsgesellen haben die Firmen nicht rausstreifen können. Ob nun noch aus der Judaslohn für die „heilige“ Gasse in der Not ausreicht? Am Dienstag, den 13. Februar, reichten auch die Arbeiter bei der Arbeitgeber-Arbeitsgemeinschaft eine Lohnforderung ein. Man erklärte der Kommission, sie sollte Nachricht haben. Die Nachricht ließ etwas lange auf sich warten, die Arbeiter wurden umgeblickt, und als die Direktion am Montag die Kommission 2 mal nicht vorsieh, legten des Mittags sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder. Bei den Verhandlungen, die sofort zwischen der Direktion, der Kommission und den Verbandsvertretern stattfanden, gab die Direktion die Erklärung ab, bis Dienstag abends die Antwort auf die Forderung zu geben. Darauf wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Doch die Antwort wurde bis zu der gestellten Frist nicht gegeben und am Mittwoch morgen trafen 110 Arbeiter in den Streik. Noch am Vortag fanden Verhandlungen statt, und die Direktion erklärte sich bereit, eine Lohnzulage von 1,50 Mk. pro Woche zu gewähren. Eine Vermählung der Streikenden, die sich mit diesem Angebote beschäftigte, nahm nach langer Debatte mit großer Majorität das Angebot an, und die Arbeit wurde am Donnerstag morgen wieder aufgenommen. Ende März 1905 hatten wir in demselben Betrieb eine Lohnzulage von 1,50 Mk. pro Woche durchgesetzt, so daß die Arbeiter dieses Betriebes innerhalb eines Jahres ihren Wochenlohn um 3 Mk. mit Hilfe der Organisation erhöht haben.

Diese beiden Bewegungen zeigen so trefflich, was die Organisation vermag, wenn die Kollegen eines Betriebes ihr alle angehören.

Den Magdeburger Möbelspediteuren sind auch vor einigen Tagen die Forderungen der Packer, Träger und Kutscher gestellt worden. Im Laufe der nächsten Woche werden auch den Fuhrherren die Lohnforderungen der Kutscher gestellt werden.

Deshalb, Kollegen Magdeburgs, agitiert unablässig für den Verband, damit auch diese Bewegungen mit einem Erfolg für uns enden.

Der Transportarbeiter-Streik in Grünberg i. Schl.

In der noch verhältnismäßig jungen Mitgliebschaft Grünberg sind die im Transportgewerbe beschäftigten Kutscher und Arbeiter fast sämtlich organisiert und zwar es deshalb kein Wunder, wenn dieselben, vertrauens auf ihre Organisation, in eine Lohnbewegung eintraten. Den Arbeitgebern wurde ein Lohnentwurf einreicht und um Verhandlungen nachgesucht. Zunächst nahmen die Arbeitgeber Anstoß an der schlechten Vollmacht; dieselbe wurde jedoch schnell beschafft, und fand dann schließlich eine Vervollständigung zwischen den Arbeitgebern und dem Gausleiter statt.

Die Verhandlung verlief resultatlos, da die Unternehmer (die sich vorher schon verständigt hatten) erklärten, daß sie vor dem 1. April keine Lohnzulage bewilligen, den Tarif überhaupt nicht unterzeichnen und „ihre Leute“ selbst an sie herantreten sollten.

Es wurde seitens des Gausleiters eine Versammlung auf Sonntag, den 18. Februar, angesetzt, um die Verleumdung über die Verhandlungen entgegen zu nehmen und weitere Beschlässe zu fassen.

Es hätte sich zweifellos doch noch ein friedliches Abkommen mit den Unternehmern erzielen lassen, wenn nicht inzwischen einer derselben, der Stadtverordnete Franz Winkler, versucht hätte, die Organisation zu sprengen.

Sein „Beichtüßler“, Gerling liest sein Name, erklärte deshalb am Donnerstag, den 15. Februar, seinen Mitarbeitern, daß man bis zum Sonntag unter keinen Umständen warten könne, sondern bald in den Streik eintreten müsse.

Inzwischen hatte sein „Chef“ (Winkler) Rücksprache mit ihm und noch vier anderen (Deufsmann, Kluge, Prüfer und Nieße) genommen und dieselben so weit beauftragt, daß sie ihm ein Schriftstück unterzeichneten, wonach sie ihren Austritt aus dem Verbands erklärten. — Damit glaubte Herr Winkler die Schlicht gewonnen zu haben.

Der Kollegen hatte sich eine große Erregung bemächtigt über diese Verrätere der eigenen Kollegen und die mehr als sonderbare Art des Vorgehens des Herrn Winkler, daß sie am Freitag, den 16. Februar, die Arbeit niederlegten. — Geblieben blieben die oben genannten „Leben 5“ — 2 bei dem Spekteur F. G. Kluge, so wie 4 Mann bei dem Spekteur Kluge.

Es muß von vornherein gesagt werden, daß die Streikenden sich geradezu musterhaft benommen haben. Nirgends Ausschreitungen, die Streikposten wurden blühlich gestellt, und allen Verordnungen der Arbeitgeber blieben die Kollegen sich fern.

Eine Anzahl kleinerer Betriebe bewilligte entweder die gesamte Forderung, oder es fand eine Verständigung statt.

Die Eisenbahnverwaltung stellte dem Spekteur ca. 10 Bodenarbeiter z. als Kutscher und Kutschschipper zur Verfügung, ein anderer Spekteur (Winkler) erhielt 4 häßliche Arbeiter; Handwerksburschen, Bauernknechte, arbeitslose Schiffer, Pferdehändler, Schweinezüchter, Schlosser usw. wurden als Streikbrecher eingestellt, und es wurde „fortgejourniert“, sagt nur nicht, wie.

Auf eine telegraphische Beschwerde bei der Eisenbahndirektion Polen wegen der Beschäftigung von Eisenbahnarbeitern kam kein Bescheid, im Gegenteil, es mußten dieselben den ganzen Sonntag, selbst während der Nachtzeit, Kutschen fahren. Diese Kutschen haben über eine Woche neben den Geleisen gelegen; auf dem Güterboden ging alles drunter und drüber, denn die Bodenarbeiter fehlten, das Schade jedoch nicht, wenn nur der Spekteur Kluge seine Kutschen für die Fabriken erhielt.

Der Gausleiter sandte darauf am Montag eine ausführliche telegraphische Beschwerde an den Eisenbahnminister v. Budge. Auch von dort ist bis zum heutigen Tage keine Antwort eingegangen, jedoch schrieb die Kgl. Eisenbahn-Verkehrsinspektion an den Gausleiter, daß zur Aufrechterhaltung einer geordneten Abfuhr seitens des bahnmäßig bestellten Spekteurs F. G. Kluge die Eisenbahnverwaltung sich vorbehalten muß, ihm gegebenenfalls Hilfskräfte zur Verfügung zu stellen. Im übrigen würden dieselben nach 2 tägiger Tätigkeit zurückgezogen. Da jedoch nach wie vor ein Eisenbahnarbeiter nachts im Dienst war und am Tage im Hofe des Spekteurs Kluge als Kutschknecht z. beschäftigt war, hat der Gausleiter noch einmal um Abhilfe und bemerkt dabei, daß ja auch die übrigen Eisenbahnarbeiter in der Hauptsache als Kutschknechte beschäftigt waren und nicht zur Abfuhr von Kollidieren.

Darauf ging folgendes klassische Schreiben ein:

Guben, den 27. Febr. 1906.
Auf das gest. Schreiben vom 22. d. Mts. teile ich ergebnis mit, daß ich mich nicht veranlaßt sehe, Ihnen über den Dienstbetrieb nähere Auskunft zu geben.

Möller.
Was damit gemeint sein soll, wird wohl niemand erröndern können.

Auf eine Beschwerde bei dem ersten Bürgermeister wegen der Abgabe von 4 häßlichen Arbeitern als Arbeitswillige wurde dem Gausleiter eröffnet, daß dies in anderen Fällen auch schon geschehen sei und die bestr. Arbeiter inzwischen entlassen worden seien.

Das war ganz schön ausgenommen, denn nun waren die 4 Arbeiter nicht mehr im städtischen Dienst, sondern blieben bei dem Spekteur Winkler.

Ein Vermittlungsversuch des ersten Bürgermeisters blieb ohne Erfolg, da die Arbeitgeber erklärten, nicht nachgeben zu wollen. Vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts erklärten die „Herren“ dasselbe, jedoch wollten sie nunmehr den Austritt aus dem Verbande nicht mehr fordern und die Streikenden nach und nach wieder einstellen. Von einer Lohn-erhöhung war keine Rede. — Die Streikenden gingen auf diese Art Erziehung nicht ein, sondern streikten weiter.

Eine stark besuchte Reglarbeiterversammlung sprach den Streikenden ihre Sympathie aus und versprach dieselben auch moralisch zu unterstützen. Das ist auch in reichem Maße geschehen. Von den Streikenden seien zwei ab und ein anderes Verbandsmitglied (Gustke) wurde Streikbrecher.

Ein großer Teil der Streikenden fand inzwischen andere, besser bezahlte Arbeit und die übrigen erklärten, in ihre alten Stellungen überhaupt nicht mehr zurück zu wollen, sobald am Sonnabend, den 21. Februar, einstimmig die Aufhebung des Streiks beschlossen wurde.

Wenn wir nun die Lehre aus diesem Streik ziehen, so muß folgendes festgehalten werden: Der Streik wäre in wenigen Stunden erledigt gewesen, wenn nicht die größten Schürer und Streikbrecher zum Verräter an ihren eigenen Arbeitskollegen geworden wären.

Die beiden Grünberger bürgerlichen Zeitungen haben die Streikenden auf das infamste verleumdend und verächtlich, die Verleumdungen entweder gar nicht gebracht oder in lächerlicher Weise die Tatsachen auf den Kopf gestellt, so daß es wohl selbstverständlich ist, daß diese Sudelblätter von den Grünberger Kollegen nicht mehr gelesen werden.

Wenn auch kein voller Erfolg erzielt wurde, wenn auch einige brave Kollegen ihr Bündel schürren mußten, so ist doch ein toller Erfolg zu verzeichnen, und diejenigen Firmen, die bisher nicht bewilligt haben (Winkler und Kluge) werden froh sein, wenn sie ihre alten Arbeiter wieder erhalten und werden auch Lohn-erhöhungen bewilligen. Denn immer werden sie doch nicht mit der Sorte Kutscher und Arbeiter arbeiten können, die sie jetzt haben. Auch die Herren Buchhalter und Rechner, die als Streikbrecher fungierten, werden nicht immer Kutscher und Arbeiter bleiben wollen. Deshalb haben auch mit voller Begeisterung die Kollegen den Streik zu meiden, als aus dem Verbands auszutreten. Und die Arbeitswilligen werden auch den Lohn für ihre Verrätere über kurz oder lang erhalten.

Die Grünberger Kollegen haben sich brav gehalten, sie haben ihre Organisation nicht verlassen und werden weiter kämpfen, denn der Kampf ist nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben.

Und ruft ihr schließlich den Kollegen in Grünberg zu, haltet nur fest zusammen, schließlich Euch recht fest zusammen, im Kampf habt Ihr Euch kennen und achten gelernt, und unser ist der Sieg schließlich doch.

macht werden; wozu verlangte die Firma schriftliche Verpflichtung ihrer Angestellten, nie wieder einer Organisation beizutreten, geschäftlich dies nicht, so würde ohne weiteres die Entlassung erfolgen. Eine Mißsprache des Leiters unserer Organisation war erfolglos. Die Firma bestand unter allen Umständen auf ihrem Verlangen.

Dies veranlaßte nun die hiesige Ortsverwaltung, der Firma ordentlich auf den Leib zu rücken, um diesen Schmarfmachergehilfen entgegen zu treten und beriesel auf den 19. Januar eine Protestversammlung im Gombroinssaal ein, die von den Angestellten der Großmarkthalle überaus zahlreich besucht war. Der Redakteur Genosse Martin Gruber referierte über den Raub des Koalitionsrechts durch die Firma Donall. Er gellte in scharfen Worten das Vorgehen der Firma, die den Angestellten das ihnen gesetzlich gebührende Recht der freien Koalition verweigern resp. rauben will. Redner erklärte, daß derjenige Arbeitgeber, der den wirtschaftlich schwächeren dieses Recht streitig macht, eine Brutalität ausübt, die nicht stark genug beurteilt werden kann. Die weiteren Darlegungen des Referenten, der dieses Schmarfmacherische Treiben einer vernünftigen Kritik unterzog und die Anwesenden zu einmütiger Ablehnung dieses skandalösen Angriffs aufzufordern, fanden ungeheuren Beifall.

Nach einer lebhaften Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute, den 19. Januar 1905, im Saale des Gombroinssaals tagende, von den Angestellten der Groß-Markthalle sehr gut besuchte Protestversammlung, erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden. Sie protestiert auf das allerentschiedenste gegen den Schmarfmacherischen Versuch der Firma Donall, ihren Angestellten die den Arbeitern gesetzlich gebührende Koalitionsfreiheit zu verweigern und weist diesen schmachvollen Eingriff in die Rechte der Arbeiter mit Entschiedenheit zurück. Die Versammlung ist der Überzeugung, daß dieser Vorstoß von der Firma Donall nur in Ueberretung mit den übrigen Firmen unternehmen wurde, in der Absicht, die Angestellten der Groß-Markthalle von der Organisation abzuköpfen. Die Versammlung erklärt, daß sie sich von der Verfolgung ihrer gesetzlichen Rechte nicht abhalten lassen und fordern alle in der Großmarkthalle beschäftigten Arbeiter auf, sich der Organisation anzuschließen, um die so notwendige Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen zu erzielen.“

Stuttgart. Unter dem Stichwort: „Zum Achtuhr-Ladenstluß“ erschien in der „Schwab. Tagw.“ vom 1. Febr. d. J. eine Notiz, welche behauptet, daß das hiesige Stadtpolizeiamt eine Umfrage veranstaltet, dahingehend, daß sich sämtliche Ladenbesitzer zu verschiedenen Punkten zu äußern haben.

Wie bekannt, wurde seitens unseres Verbandes und des Zentralverbandes der Handelsgewerbetreibenden im Sommer des abgelaufenen Jahres eine ähnliche Umfrage veranstaltet. Das Ergebnis war, daß von 1000 ausgegebenen Fragezetteln 295 eingetroffen sind. Von diesen sprachen sich 259 für vollständigen Sonntagsschluß aus, 274 für den Achtuhr-Gewerkschaftsschluß. Die übrigen waren teils dagegen, teils erklärten sie sich unter verschiedenen Ausnahmen einverstanden. Dieses Resultat ist insofern von Bedeutung, als es ausschließlich die großen Geschäfte sind, welche sich zukunfts dem gewähren lassen und bei einem ansehnlichen Teil derselben heute schon eingeführt ist. Wesentlich anders wird das Resultat ausfallen bei der Umfrage der Polizei. Die Kleinfärmer und Mittelhandwerker, die sich zu unseren Erhebungen teils aus geschwiegen, teils als Antwort eine kräftige Gegenagitatio entfalteten, werden nun Farbe bekennen müssen. Da sie die Majorität haben und die bürgerlichen Kollegen sich nach derselben richten, so steht es noch keineswegs fest, daß in absehbarer Zeit in Stuttgart den tausenden im Handel tätigen Personen die Segnungen eines freien Sonntags und eines halbwegs anständigen Feierabends zuteil wird. Dazu kommt, daß das Stadtpolizeiamt in solchen Fällen sehr langsam arbeitet. Wenn es den Handelsbetriebern mit ihrer Eingabe geht, wie den Transportarbeitern um Errichtung einer Fabrik, aus welchem Anlaß die Polizei aus Erhebungen gar nicht mehr herauskommt, dann werden sie noch lange zu warten haben. Doch hoffen wir das Beste und legen den Kampf inzwischen fort. Vor allem gilt es, eine rechtseffektive Regelung dieser Angelegenheit zu erziehen. Dies wird uns aber gelingen, je zahlreicher sich die Kollegen der Organisation anschließen und nach dem Muster höherer Vorbilder so lange schreien, bis wir gehört werden.

Stuttgart. Ein sozialpolitischer Fortschritt, der von den Kollegen aus freudig begrüßt wurde, ist die Einführung des 7 Uhr-Vollschlusses seit dem 1. Februar d. J. Bedeutet dessen Durchführung doch für tausende von Angestellten und Arbeitern einen früheren Schluß der Geschäftstags. Er ermöglicht so manchem Familienvater, ob Vorknecht, Angestellter oder Arbeiter, eine frühere Heimkehr seiner Familie, um sich im Kreise seiner Angehörigen eine Stunde als Vater und Mensch zu fühlen.

Weiter gibt es noch viele Geschäftsinhaber, die für die Bedürfnisse ihrer Arbeiter nicht das geringste Verständnis haben, die der Meinung sind und sich das Recht herausnehmen, sie nach Möglichkeit ausbeuten zu dürfen. Vielfach kommt es vor, daß Kollegen kurz vor Torschlus mit hundert von Bacheln, Einzahlungen usw., auf dem Postamt anlangen und dadurch gezwungen sind, geraume Zeit zu warten, bis endlich die Kasse an sie kommt. Auch auf der Post gibt das Sprichwort: „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst.“ Wenn dies von profitgierigen Kapitalisten gemacht wird, ist es zu verstehen. Aber nicht zu verstehen ist es von einem Geschäft in der Fuchsbachstraße. Wir sind deshalb genötigt, einer leitenden Persönlichkeit dort den zweiten Teil des Programms der sozialdemokratischen Partei in empfehlender Erinnerung zu bringen.

Wie unangenehm einem Teil der Prinzipale der 7 Uhr-Vollschluß ist, erhellt am besten aus der Tatsache, daß sie ihn dadurch zu umgehen versuchen, daß die Kommissionen, die bis 7 Uhr nicht fertig werden, als Expressgut befördern lassen, für welches bekanntlich die Post die ganze Nacht geöffnet ist. Die davon Betroffenen werden auf diese Weise um die Vorteile des 7 Uhr-Vollschlusses betrogen. Man sieht, die Herren Chefs wissen sich zu helfen. Es gilt daher heute schon, diesen Mißständen zu begegnen und mit aller

Kraft eine Regelung der Expressgutaufgabe anzustreben. Dies geschieht aber nicht durch Schimpfen auf der Post, auf dem Express und in den Wirtschaften, sondern durch massenhaften Anschluß an die Organisation, unseres Verbandes.

Die Kollegen der verschiedensten kaufmännischen Geschäfte mögen sich ein Beispiel nehmen an den Kollegen der Buchhandlungen, denn nur durch Zusammenschluß sind wir im Stande, all die gerügten Mißstände aus der Welt zu schaffen, deshalb: „Hinein in den Verband“.

Straßenbahner.

Die Mißregelungen der „Großen Berliner“ haben auch der Dreileistrafen-Traile Anlaß gegeben, sich an uns zu wenden. Die Traile ist ganz bestimmt an der „Großen“ finanziell interessiert, zumindet sind ihre Redakteure bezahlte Vordredner jener Kapitalistengesellschaft. Das Blatt schreibt in einem Leitartikel über den „Arbeitskampf bei der Straßenbahn“:

„Die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft hat acht ihrer Angestellten entlassen, nicht weil sie dem sozialdemokratischen Verband angehören, sondern weil sie innerhalb des Betriebes andere Angestellte aufzuheben und in den Verband zu drängen suchten. Es gehört noch eine große Menge von Angestellten dem Verband an, ohne daß es der Direktion eingefallen wäre, sie zu entlassen. Aber daß sie den Frieden in ihrer Arbeiterschaft nicht durch geistliche Wählerien untergraben und stören lassen will, kann niemand ihr im Ernst verdenken. Und daß sie die Friedensstörer nicht bestimt in Dienst läßt, weil sie Vertrauensmänner oder Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes sind, ist ebenfalls zu begreifen. Somit braucht es ein Angestellter, mit dem die Direktion nicht auskommen kann, nur Mitglied des Verbandes zu werden, um seine Entlassung zur Verletzung des Koalitionsrechts zu stemmen. So weit sind die Dinge nicht gekommen, daß die Direktion erst die Entlassung des Verbandes einholen müßte, wenn sie einen ihrer Angestellten, der ihrer Meinung nach die Ordnung gründlich verlegt, im Interesse der Gesamtheit entlassen will. Und sie wird sich voraussichtlich ebenso wenig dem Gebot der „Mietvermittlung“ fügen, die Entlassenen wieder einzustellen und eine Einrichtung zu beilegen, die den Wählern unangenehm ist und deshalb von ihnen als „Überwachungs-bureau“ bezeichnet wird.“

Der Vorw. versichert, wie nicht anders zu erwarten war, daß die „Mißregelungen“ bei der großen Mehrheit des Fahrpersonals „hochgradige Erbitterung“ hervorgerufen haben. Schade, daß dieses Mal der schöne Ausbruch vermißt wird, die Direktion habe die acht harmlosen Leute erbarntungslos aufs Wasser geworfen. Das hätte sich sehr hübsch in dem Maße ausgenommen, dessen „edle Sech“ in einer großen Reihe der Mittelschicht der Welt erzählt haben, wie sie selbst vom Parteivorstand auf die Straße gesetzt wurden. Da ist der Parteivorstand selbstherrlich vorgegangen. „Hinausgeworfen“ nennen sich die Eisener und Genossen. „Hinausgeworfen“ wurden sie ohne jede Rücksicht, nach ihrer Meinung ohne jedes Versuchen, auch ohne daß ihnen die nötige Verteidigung oder Rechtfertigung gestattet wurde. Das dürfte der Parteivorstand, wenn aber die Direktion eines „kapitalistischen“ Unternehmens Angestellte, deren Tätigkeit ihnen schädlich erscheint, entläßt, ja, Bauer, das ist ganz was anderes. Da soll gegen die heillosen Menschenrechte und gegen das Koalitionsrecht und wegen nicht sonst noch verstoßen sein.

Und wenn der Parteivorstand im Vorwärts-Konflikt Herr im eigenen Hause sein wollte und bleiben dürfte, wird die Direktion eines Privatunternehmens beanspruchen dürfen, wenigstens nicht Angestellte beschaffen zu müssen, die ihre Hauptaufgabe in der Erregung und Aufhebung der Arbeiterschaft sehen.

Es ist also so gekommen, wie wir es vorausgesehen und vorausgelegt haben. Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit bekommen die Gewerkschaften jetzt die unliebsame Vorwärtssache aufs Butterbrot geschmiert.

Nun haben aber gerade wir, in Voraussicht der kommenden Konsequenzen, in schriftlicher Form gegen jene Handlungen protestiert und ausdrücklich erklärt, daß wir solche feinsinnige Art zu heilen vermögen. Das führende Blatt des Berliner Magistrats-Freibriefs und des vornehmen Geldmaklerums hat deshalb gründlich daneben, wenn es meint, die „Vorwärts“-Affäre gegen uns ausbeuten zu können. Bei Anwendung der gewerkschaftlichen Grundbegriffe machen wir keinen Unterschied zwischen Partei- und Privatgeschäften, wir fordern unterschiedslos ihre Anerkennung und sind stets bereit, dort, wo man sie uns nicht gewähren will, diese durch Kampf durchzusetzen. Die alte Traile wird also gut tun, das Märchen von dem zweierlei Maß hübsch an den Nagel zu hängen, wir kennen keine Moral mit doppeltem Boden, das möge sie sich hinter die langen Ohren schreiben.

Eine Unmisset. Man höre! Die Direktion der Straßenbahn Varnhagen-Eberfeld hat am 27. Februar ihrem Fahrpersonal in feierlicher Weise fund und zu wissen getan, daß sie im Hinblick auf die Familienfeier im Hause Wilhelm II. huldvolll gerührt habe, die in den letzten vierzehn Tagen verhängt: Geldstrafen dem Personal zu erlassen.

Ob dieser unerwarteten Gnade waren die davon Betroffenen so ergriffen, daß sie bis jetzt noch nicht Worte gefunden haben, um der Direktion den gebührenden Dank auszusprechen. Es kann auch sein, daß sie das Ganze als Verschönerung aufgefaßt haben und deshalb das Danken vergesen haben. Jedenfalls aber dürfte die Würdigung des 27. Februar 1906 durch die Direktion der Straßenbahn Varnhagen-Eberfeld einzig dastehen, wie alles, was in dieser Beziehung auf dem Eberfelder Boden bisher erstanden ist.

Es muß für die Angestellten sehr beschämend sein, sich derartiges bieten zu lassen, die Direktion kann ja auch mit den Angestellten machen, was sie will, weil diese seiner Organisation angehören. Es ist schon wiederholt der Versuch gemacht worden, die Kollegen zu organisieren, doch die Di-

rektion erschien auf dem Blane, die bestimmte und die Angestellten fügten sich. Ja, Kollegen, so lange ihr nicht den Mut habt, euch dem Verbands anzuschließen, so lange wird euch von Seiten der Direktion noch so mancher Fußtritt verlehrt werden.

Bremen. Wie wir schon einige Male berichteten, sind die hiesigen Straßenbahner auch nicht auf Rosen gebettet. Wenn die Arbeitsverhältnisse auch nicht gerade die schlechtesten sind, so sind doch auch hier verschiedene Mißstände zu verzeichnen.

Da ist zum Beispiel im vorigen Jahr eine Neuerung eingeführt, das sind die Stromzähler. Anfangs hieß es nun allgemein, daß die Direktion hierdurch nur den Stromverbrauch registrieren wollte. Aber die Sache scheint doch einen anderen Galen zu haben. Am ersten eines jeden Monats werden nämlich die Namen der Fahrer mit dem im Monat verbrauchten Strom ausgehängen. Daß hierdurch eine Mißstimmung unter den Leuten hervorgerufen wird, ist klar. Einer soll dann noch weniger Strom verbrauchen als der andere.

Durch die Weichen soll nun ohne Strom gefahren werden. Nun müssen die Fahrer mit solcher Kraft anfahren, daß der Wagen so durchläuft. Da ist es denn schon oft vorgekommen, daß die Passagiere sagen, man muß sich erst kein Leben verschern lassen, wenn man auf der Straßenbahn fährt.

Auf dem Debat im Bürgerpalast wird namentlich auf den verbrauchten Strom gesehen. Fahrmesser Albes und auch der Kontrollleur Schümann tun so, als ob sie den Strom selbst bezahlen müssen. Ob diese beiden Herren auch Mithras sind, weiß man nicht. Herr Schümann ist auch äußerst geübt in der Orthographie. Nach ein Schaffner mal einen Schreibfehler, dann fortgesetzt Herr Schümann gerade wie in der Schule. Ob er auch rote Linien dazu benutzt, ist uns nicht bekannt geworden. Wie Menschen wollen nun behaupten, daß der gute Mann früher selbst nicht richtig schreiben konnte.

Eine eigenartige Sache ist es auch mit dem Abkassieren der Tageskassette. Die Leute füllen ihren Kesselschen aus, tun Schein und Geld in einen Beutel, und diesen wieder in einen verschlossenen Kasten. Der Kasten kommt dann nach dem Bureau, wo das Geld gezählt wird. Diese Kassen müssen nun tatsächlich reine Verhandlungsfünftler sein, denn häufig will das Geld im Bureau nicht stimmen. Dann erhalten die Schaffner Nachricht, daß sie noch so und soviel zu bezahlen haben, der eine 10 Mt., der andere 6 Mt., 1 Mt., 50 Pf. und so weiter. Es passiert aber auch, daß die Leute Geld herausbekommen. So erhielt einmal ein Schaffner 5 Mt. zurück, mit dem Bemerkung, er habe diese zwölf abgeleiert. Am nächsten Tage mußte er aber wieder 1 Mt. bezahlen, weil er zu wenig eingebracht habe. Immerhin halte ihm der Gluckstafel noch 4 Mt. gespendet.

Will ein Mann am Sonntag mal frei haben und er findet keinen Kollegen, der ihn abhört, dann bekommt er eben keinen Urlaub. Gut aber einer mal eine Kleinigkeit versehen, dann heißt es gleich, „es sind Leute genug da“.

Im Dezember haben die Leute an die Direktion ein Bittgeuch um Aufbesserung der Löhne eingereicht. Nun lauern dieselben auf eine Antwort. Vor kurzem war am schwarzen Brett ein Zettel angehängen, welcher besagte: „Das Bittgeuch ist geprüft und alles nähere werden die Leute erfahren.“

Dieser Zettel hat aber nur zwei Tage gepirngt, sonstige Bekanntmachungen pflegen immer länger sitzen zu bleiben.

Wie anderwärts, so werden auch hier Strafen erhoben. Die Strafen kommen in die Unterfängungskasse. Nun behaupten einige Leute, daß Unterfängungen nicht nach der Pollage des einzelnen, sondern nach Punkt bezahlt werden. Auch über den Stand der Kasse sind die meisten Leute nicht orientiert. Die Strafen werden ebenfalls je nach Belieben erhoben. Nimmt z. B. ein Fahrer Gepäc ohne Passagiere mit und ein Kontrollleur packt ihn, dann schreibt der eine vielleicht 50 Pf., der andere 1 Mt. Auch der Schreiber im Monitor verbündet Strafen. Wenn die Angestellten ihr Gepäc bekommen, dann heißt es: „Sie haben so und soviel Strafen, woher, woher Sie ja.“

Dies ist ein unhaltbarer Zustand ist, dürfte klar sein.

Was nun den Dienst anbelangt, so wollen wir nähere Details bis zur nächsten Nummer aufbewahren, beraten wollen wir nur, daß für die Referatsleute in Form der Dienst am 1. Februar wieder verschlechtert ist. Früher hatten die Leute einmal den fünften und dann den sechsten Tag frei, jetzt aber einmal den sechsten und dann den siebenten Tag.

Daß es trotz der vorhandenen Mißstände aber auch noch Schmutz gibt, versteht sich. In Halle ist z. B. ein Mensch, der trotz seines langen Dienstes alle seine freie Zeit benutzt, um Abfängen zu machen. Da er dann aber keine Zeit mehr hat, nach Hause zu gehen, so legt er sich die paar Nachschlüssen in die Wagentreise und deckt sich mit dem Regenmantel zu, um am nächsten Tage die Zeit nicht zu verschlafen. Daß dieser Mensch für die Sicherheit des Straßenverkehrs und der Passagiere gemeingefährlich ist, liegt auf der Hand. Der Mann verdient, ausgebeugt zu werden, in Stein natürlich, meinen wir.

Für heute wollen wir uns mit dem Geschicklichen begnügen und die Mahnung daran schließen, daß die Kollegen endlich an die Organisation denken mögen.

Dresden. Fast hat es den Anschein, als wenn die Straßenbahngesellschaften in Dresden in den denkbar günstigsten Verhältnissen leben, als wenn diese „städtischen Veamiten“ so gut entlohnt würden, daß sie nicht nötig haben, sich um irgend etwas in der Welt zu kümmern. Wie könnte es sonst möglich sein, daß jetzt fortgesetzt Führer wie Schaffner der Organisation, welcher sie seit 2 bis 3 Jahren angehören, den Rücken kehren. Es gab in Dresden bis vor einigen Monaten zwei Straßenbahn-Gesellschaften. Beide sind nun in städtischen Besitz übergegangen. Die eine davon schon vor längerer Zeit. Mit der Übernahme des gesamten Betriebes in städtische Hände glauben nun die Angestellten, daß ihre Wünsche bald erfüllt werden, was ihnen auch früher

versprochen worden war. Nachdem nun schon Monate vergangen sind, warten viele noch immer auf die Erfüllung der Versprechungen. Als im Jahre 1903 der erste Vorstoß seitens der Organisation gegen die Direktion unternommen wurde, kamen die Straßenbahner in besten Scharen zur Organisation gelaufen. Als aber alles vorüber war, als seitens der Straßenbahn-Gesellschaft keinerlei Zugeständnisse den Angestellten gemacht worden waren, durch das Vorgehen der Organisation, da scherte man wieder schleunigst um und ließ Verband und Arbeit. Die Verhältnisse in Bezug auf Lohn und Arbeitszeit haben sich seit dieser Zeit durchaus nicht gebessert, sondern bedeutend verschlechtert. Verschiedene Straßenbahner haben sich in den letzten Wochen mit Beschwerden an uns gewandt, sie haben darum erlucht, die Kollegen zu Versammlungen (Betriebsbesprechungen) zusammen zu berufen und in denselben die Mißstände zur Sprache zu bringen. Wir machten die Beschwerdeführer nach den gemachten Erfahrungen auf diesem Gebiete darauf aufmerksam, daß die Angestellten, Schaffner wie Führer, jetzt unter den obwaltenden Umständen nicht dafür zu haben sein werden, die Versammlungen zu besuchen, geschweige denn sich der Organisation als Mitglieder anzuschließen, weil die Betroffenen der festen Meinung seien, daß sie jetzt nicht städtische Beamte geworden sind und daher pensionierungsrechtlich werden. Das ist freilich ein trummer Wunsch, aber sie glauben sich daran. Trotzdem aber ist dem Ergehen der Beschwerdeführer stattgegeben worden und die Organisationsleitung hatte auf ihren Wunsch sogenannte Depot-Versammlungen arrangiert. Um Vereinigungen seitens der Vorgesetzten vorzugehen, sollten die geplanten Versammlungen in drei aufeinanderfolgenden Nächten stattfinden. Die beiden ersten Versammlungen für das Depot Fichtenhauerstraße sowie für das in Tolkewitz und Masewitz erfreuten sich eines leidlichen Besuches. Die in der Fichtenhauerstraße war sogar gut besucht. Der Verlauf derselben konnte als gelungen bezeichnet werden. Es ließen sich auch eine größere Zahl Kollegen in den Verband aufnehmen. Die Ausführungen des Referenten über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der städtischen Straßenbahn wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Einen ähnlichen Verlauf nahm auch die zweite Versammlung. Die drei anderen geplanten Versammlungen für das Depot Wilmshaus, das Depot Mitten und Trachenbergerstraße konnten nicht stattfinden, weil in zwei niemand, in einer 6 Mann erschienen waren. Wie uns berichtet wurde, sind auf einigen Linien, besonders bei der gelben Straßenbahn die Manifestationen der Schaffner und Führer nach dem Handgelenk durchsucht worden. In einem Depot in der Trachenbergerstraße hat der Inspektor die Angestellten erlucht, in die Versammlung zu gehen, hinterher aber die Erklärung abgegeben, daß die Gehaltsfrage geregelt werden solle, und zwar in nächster Zeit, ebenso die übrigen Wünsche der Angestellten berücksichtigt werden würden. Natürlich ging daraufhin niemand in die Versammlung. Das mehr oder weniger auch in anderen Depots in ähnlicher Weise seitens der Inspektoren vorgegangen worden ist, steht außer allem Zweifel. Die Herren haben das allerdings erreicht was sie wollten. Die organisierten Straßenbahner aber haben gesehen, daß die Organisation jederzeit bereit ist für die Interessen der Kollegen einzutreten. Wenn aber die Straßenbahner weiter schlafen wollen, wenn sie weiter auf die Erfüllung ihrer Wünsche warten wollen, so können wir sie nicht daran hindern. Jedenfalls aber werden sie sich bald genug davon überzeugen, daß ihre Hoffnungen umsonst gewesen sind. Von selbst werden auch die städtischen Arbeitgeber nichts bewilligen, auch hier ist die gewerkschaftliche Organisation diejenige Korporation, welche einen Einfluß nach dieser Richtung hin ausüben imstande ist. Trotz der fortwährend steigenden Lebensmittelpreise ist es noch niemandem eingfallen, den Straßenbahnschaffnern und -Führern, welche bei Wind und Wetter ihren schweren Dienst bei 12- bis 13-stündiger Arbeitszeit verrichten müssen, irgendwelche Feuerzusage zu bewilligen. Daraus schon erleben die Kollegen Straßenbahner die große „Arbeiterunzufriedenheit“ der städtischen Körperschaften. Es würde an dieser Stelle zu weit führen, wollte man alle die bestehenden Mißstände in puncto Arbeitszeit, Lohn, Behandlung, Strafgehalt anführen. Das haben wir uns für später auf. An die Straßenbahner aber richten wir hiermit nochmals den dringenden Appell, sich von ihren Vorgesetzten nicht beeinflussen zu lassen, sondern der Organisation treu zu bleiben. Alle übrigen aber ermahnen wir, sich dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter als Mitglieder anzuschließen. Nur einzig und allein durch die Organisation kann den Forderungen der Straßenbahner Dredens der nötige Nachdruck verschafft werden. Also hinweg mit allen Zweifeln und Bedenken, weg mit aller Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit! In der Organisation nur liegt unsere Macht, dar in hinein in unseren Verband!

Königsberg. Haben die Straßenbahner eine Organisation nötig oder nicht? Wie oft schon haben wir traurige Mißstände im Betriebe der Straßenbahn aufgedeckt, wie oft schon uns mit der Königsberger Straßenbahngesellschaft beschäftigt, und immer neue Klagen drängen zu unseren Ohren. Bei der erwähnten Gesellschaft beginnt der Dienst für das Fahrpersonal morgens um 6 Uhr 5 Minuten und endet um 12 Uhr 15 Minuten nachts. Diese unumstößlich lange Arbeitszeit ist durch eine zweistündige Mittagspause unterbrochen, so daß eine tägliche Arbeitszeit von über 16 Stunden herauskommt. Dieser lange Dienst soll zwei Tage aufeinander folgen und der dritte Tag soll eine sechsstündige Abkühlung bringen. Es kommen jedoch infolge des in keiner Weise ausreichenden Fahrpersonals nicht zwei, sondern drei aufeinanderfolgende Tage mit ununterbrochener Dienstzeit häufig vor. So, sogar an denselben fest stehenden Tagen muß manchmal gearbeitet werden, ohne jegliche besondere Vergütung der Ertragsleistung. Im Jahre sollen mindestens 40 freie Tage herauskommen, einzelne Angestellte haben aber nur 30 freie Tage in einem Jahr erreicht. Ebenso sollen jährlich neun freie Sonntage herauskommen und wiederum haben einige es glückt auf einen freien Sonntag gebracht. Daß eine derartige lange und trotz aller Bestimmungen völlig unregelmäßige Arbeitszeit von

großen Nachteilen nicht nur für die Angestellten, sondern auch für das Publikum ist, liegt klar auf der Hand. Es ist einfach ausgeschlossen, daß z. B. ein Wagenführer 16 Stunden lang seine Nerven und Sinne in angespannter Aufmerksamkeit zu erhalten vermag. Eine solche Aufmerksamkeit ist aber im Interesse des Publikums dringend erforderlich.

Wie sieht es nun mit der Vergütung der verantwortungsvollen Arbeitsleistung der Straßenbahner aus? Mit einem Wort: geradezu jämmerlich. Anfangs gibt es für einen ganzen Monat 66 Mk. Nach einem Jahre 70, nach zwei Jahren 76, nach vier Jahren 80, nach sieben Jahren 85, nach zehn Jahren endlich den höchsten Lohn von 90 Mk. Die Familienangehörigen der Feuerungsdarben leben können, ist uns ein Rätsel. Die Lohnzahlung erfolgt halbmöndlich, und vom Lohne gehen noch die Beiträge für die Kranken- und Unfallversicherung ab, sonst würden die Straßenbahner womöglich zu leicht übermüdet werden. Wenn Lebensbedürfnisse gemacht werden, kommt es hin und wieder auch mal vor, daß dieselben bezahlt werden — ganz nach Belieben der Direktion. So hatte ein Fuhrerbesitzer bei einer Privatfestlichkeit einen Ertragsbogen bestell. Der Dienst dauerte für die auf dem Ertragsbogen beschätzten Personen bis 4 Uhr morgens, und für diese 4 Stunden erhielten der Schaffner und der Wagenführer von der Direktion die „geringste Summe von 1 Mark! Ferner soll es vorkommen, daß die Dienstlohnzusage in manchen Fällen erst einhalb bis dreiviertel Jahr später gewährt wird, als es der Fall sein sollte. Auch mit dem Termin der Lohnzahlung scheint es die Direktion nicht sehr genau zu nehmen. Ein Kleinrentner hatte nach vierjähriger Dienstzeit immer noch keinen Lohn erhalten. Man schenke der Ansicht zu sein, daß der Mann noch genügend Vorrat an Kapitalien habe.

Diese Mißstellungen reden fraglos eine deutliche Sprache, und wenn überhaupt eine Arbeiterkategorie, dann sind es die Straßenbahner, die eine straffe Organisation nötig hätten. Warum leben sie noch immer unter solchen schlechten Verhältnissen? Warum mag man es ihnen solche geringen Löhne und solche überlange Arbeitszeit zu bieten? Weshalb die Straßenbahner bisher geschlagen und eine unendliche Interesslosigkeit an den Tag gelegt haben. Jeder verdient eben die Behandlung, die er sich selbst verdient. Jeder verdient eben die Behandlung, die er sich gefallen läßt. Es darf nicht lauter gesagt werden, es muß gelingen, auch die Straßenbahner aufzurichten, damit sie endlich selbstbewußte Arbeiter werden und sich durch Eintritt in die Organisationen bessere Ausstände erkämpfen. Das ist der Weg, den sie beschreiten müssen, der aber auch sicher zum Ziele führt.

Leipzig. Straßenbahners Freude und Leid. Vor kurzem berichteten die hiesigen Tageszeitungen über eine Gerichtsverhandlung, in der ein Führer der Großen Leipziger Straßenbahn freigesprochen wurde, weil er ohne Verschulden an der Prellung der Wächterstraße und des Krönigsplatzes einem Anhängenwagen der Meilen Elektrischen Straßenbahn in die Planie gefahren war. An dem fraglichen Tage war es sehr heiß und heiße Wagen der Großen Straßenbahn waren voll besetzt. Durch Zeugen konnte behauptet werden, daß der Führer alle Mittel, den Wagen zum Stehen zu bringen, angewandt hatte, soweit die Bremsvorrichtungen reichten. Die Direktion hatte durch diese Korambologie einen Materialschaden, für den der Fahrer aufkommen mußte; 17 Mk. wurden ihm vom Lohne abgezogen. Als zur endgültigen gerichtlichen Entscheidung blieb der Führer auch im Dienst. Nun hätte man aber annehmen sollen, daß der Führer selbstverständlich weiter im Dienst behalten werden würde und ihn auch die abgezogenen 17 Mk. wieder zurückgegeben würden. Da kennt man aber die Herren Direktoren solcher Kleinrentner sehr schlecht. Diese sagen sich: Strafe muß sein! Straft das Gericht nicht, so strafen wir selbst! Und sie haben ganz gute Strafen zur Hand. Zunächst erhält der Führer die Kündigung und dann mag man auch noch 29 Mk. von dem Restbetrag seines zu erhaltenden Lohnes ab. Durch Einspruch dritter Personen wurde ihm dieser Betrag wieder herausbezahlt. Den ersten Betrag wird sich der ehemalige Führer wohl oder übel an anderer Stelle herauskriegen müssen. Wäre der Führer nicht Führer, sondern etwa der Fahrmeister A. gewesen, so ist es sehr fraglich, ob er dann auch bestraft worden wäre. Dieser Herr Fahrmeister A. erfreut sich heute noch der Quasi sehr hohen Güter, obwohl über ihn vor Gericht Herr Oberst Baumann gegenüber von einem gewissen Sch. gesagt wurde, daß die Quallifikation des Herrn A. zum Fahrmeister sehr fragwürdig sei.

Wollen sich die Straßenbahner endlich einmal freimachen von diesem Dreck, so kann dies nur durch geschlossenes, einmütiges Handeln geschehen. Dazu bedarf es aber der Organisation.

Deshalb, Führer und Schaffner der Straßenbahnen, Velpzig, hinein in die Organisation.

Transportarbeiter.

Die Kranführer, Transporteure, Packer, Lager- und Hilfsarbeiter der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft waren bei den Demonstrationen der drei Werke Alers, Brunnen- und Gütenstraße um eine Feuerzusage von 5 Pf. pro Stunde vorstellig geworden. Während nun die Leitung des Werks Alersstraße jede Lohnverhöhung strikte ablehnte, erklärten sich die Leitungen der Werke Brunnen- und Gütenstraße zu einer geringfügigen Zulage bereit. Berücksichtigt sollen jedoch nur die unteren Lohnstufen werden. Bislang hatten nämlich die Packer, Transporteure und Kranführer einen solchen von 30 Pf. pro Stunde. Nach den Vorschlägen der beiden genannten Verwaltungen soll nun in Zukunft für die Arbeiter dieser Kategorien der Anfangslohn auf 34 Pf. ausbezahlt werden; ferner soll die stufenweise Lohnsteigerung nach einjähriger Beschäftigungsdauer auf 40 Pf. bemessen werden, während dieser Satz bisher erst nach 1½ resp. 2-jähriger Beschäftigungsdauer erreicht wurde. Ueber höher zu gehörende Ränge sollen jedoch

die Meister je nach Qualität und Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters entscheiden.

Mit dieser Antwort der Verwaltungen besetzte sich am Donnerstag eine überaus stark besetzte Versammlung der Arbeiter. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Verwaltungen entlassen dagegen protestieren, daß der stellvertretende Direktor des Werks Alersstraße es überhaupt nicht der Mühe für wert hielt, mit den Arbeitervertretern über die Angelegenheit zu verhandeln. Die Versammlung bewachte auch, daß die beiden anderen Verwaltungen nur ein so geringes Entgelt bekommen gezeigt haben. Besonders nachteilig erscheint es den Arbeitern, daß die Meister das selbständige Entschlagsrecht über weitere Zulage haben sollen. Der Arbeiterauschuß soll noch einmal bei den Verwaltungen vorstellig werden und energisch darauf bringen, daß den berechtigten Wünschen und Forderungen der Arbeiter in höherer Maße Rechnung getragen werde. Scharf demängelt wurde in der Versammlung auch das bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft jetzt eingeriffene Lebensbundeswesen. Verschiedene Redner äußerten sich dahin, die Direktion solle von der Aufstellung auszugehen, daß sich die Arbeiter durch Ablehnung von Lebensbünden die gehobenen Mittel zum Lebensunterhalt zu verdienen können; es bedürfe dann auch keiner Lohnverhöhung. Auch erwiderte es den Ansinnen, daß solle mit der obigen Lebensbündensarbeit der durch die große Auslieferung verursachte Verlust für die Gesellschaft wieder eingebracht werden.

Breslau. Der Vorarbeiter Schwarz bei der Firma Waderow & Co., Feldbahnfabrik, stellte vor ein paar Tagen einen Arbeiter wegen dessen Verbandszugehörigkeit zur Rede wobei er dem Kollegen und seinen Mitarbeitern empfahl, keine Zeitung zu lesen, denn die Leute, welche eine Zeitung lesen und im Verbands sind, erhöhen sich nur die Mißstände. Wir beneiden den Vorarbeiter um seinen Verstand nicht, möchten aber den Arbeitern raten, nicht dessen weisen Räte Folge zu leisten, sondern vielmehr dafür zu sorgen, daß in kurzer Zeit alle bei der Firma beschäftigten Arbeiter organisiert sind.

Göhring & A. Ganz helle Männer sind unsere Unternehmer in dem kleinen Allenburger Lande. Wurden da vor circa 1¼ Jahren die Fuhrverhältnisse unserer Haupt- und Residenzstadt gezwungen, ihren Arbeitern eine nicht unbeträchtliche Lohnverhöhung zu gewähren. Sollte man vorher das alte Lied vom „selber nichts verdienen“ in allen Variationen gesungen, so fand man sich später sehr bald damit ab. Die Unternehmer erwiderten einfach die Fuhr resp. Stallgelder und machten damit jedenfalls nicht das schlechteste Geschäft. Damit aber nicht genug, sie fanden auch Anstoß in die kleineren Orte unseres Landchens hinaus, daselbst dafür agitieren lassend, daß die Unternehmer in diesen Orten die Fuhrpreise ebenfalls erhöhen sollten. Gelegentlich wie unsere Unternehmer nun einmal find, wenn es sich um das Wohl ihres eigenen Herzens dreht, liegen sie sich das nicht zweimal sagen und erhöhen also die Preise. Wer aber geglaubt hat, nunmehr wird auch den Fuhrknechten einmal eine Lohnzulage zu teil, der hatte sich gründlich getäuscht. Nach der Devise: „Erl kommen wir, dann gleich nochmal, und dann kommt ihr noch lange nicht“, stecken die Unternehmer alles selber ein und die Fuhrknechte das Nachsehen. Nunmehr haben aber die Kollegen die Lebensunterhaltung fast. Den Organisationsbestrebungen liegt man jetzt ganz anders gegenüber als früher. Und das ist gut so. Auch die Göhringer Kollegen werden einsehen lernen, wenn die Arbeiter einen gerechten Lohn verdienen wollen, müssen sie einig und geschlossen handeln. Freiwillig gibt es nichts, Kampf muß die Lösung sein.

Hannover. Die bei der hiesigen Filiale der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft beschäftigten Fuhrknechte und Lagerarbeiter hatten durch den Verband Forderungen gestellt. Ein Vertreter der Firma erschien im Verbandsbureau und erklärte, daß die Firma bereit wäre zum Verhandeln, aber nur nach reicher Herren-Manner, mit ihren Arbeitern. Sie suchte sich darauf auch den ihr passendsten heraus, dem sie erklärte, den ältesten Fuhrknechten eine Lohnzulage zu gewähren, während die Lagerarbeiter vollständig leer ausgehen sollten. Da hier selbstredend die Kollegen nicht mit einverstanden waren, legten sie am folgenden Morgen geschlossenen die Arbeit nieder, dem vorstellig werdenden Organisationsvertreter erklärte Herr Grethe als Filialleiter höflich, aber entschieden, auch jetzt nur mit den Arbeitern verhandeln zu wollen. In Unterdrück der fortgeschrittenen Jahreszeit sowohl als auch mit Rücksicht auf das unansehnliche Verhalten einiger Kollegen wurde in diesem Punkte nachgegeben.

Die am Abend zuvor gewählte Kommission führte nun die Verhandlungen, die schließlich zur Einigung führten. Wenn auch nun nicht alles erreicht ist, so ist doch ein wesentlicher Vorteil für die Kollegen hierbei herausgekommen. Sind doch Lohnverhöhungen von 1-4 Mk. die Woche erreicht, ferner wird die Sonntagsarbeit geregelt, daß jeder zweite Sonntag frei ist und für die Sonntagsarbeit 2 Mk. vergütet wird, was früher nicht der Fall war. Für Nachtwache gibt es 3 Mk., außerdem wird ein Sommerurlaub von 3-8 Tagen unter Fortzahlung des Gehalts bewilligt. Den Lagerarbeitern wird ebenfalls eine Lohnverhöhung von 1 Mk. pro Woche gewährt. Wenn auch das Errungene nicht allzu hoch ist, so sind die Kollegen doch zufrieden. Der dort beschäftigte Meister, ein Herr Schell, sowie der Kontorbedienstetener hielten es nicht unter ihrer Würde, Streikbrecher zu spielen. Nun geschmet haben wird diesen auch Arbeitern diese Arbeit wohl nicht, aber befehlen haben sie hiermit, daß sie von den Erbreitungen der aufgelaufenen Arbeiter garnicht in sich haben, sonst würden sie sich zu solcher erblosen Handlung nicht herbeilassen. Diese beiden Protestanten mit Streiktagen läten befehlen, sich mit ihren Arbeitskollegen solidarisch zu erklären, sie werden ebenso gut wie jeder andere Arbeiter, wenn sie den Kapitalisten genug geschäft, wenn ihre Kräfte nicht mehr ausreichen, den wohlverdienten Lohn in Form ihrer Entlassung bekommen. Dem Herrn Grethe scheint die Organisation ein Dorn im Auge zu sein, da verschiedenes veröffentlicht sei, was nicht schön wäre. Diese Herren scheinen die öffentliche Meinung zu scheuen, auch im hiesigen Betriebe sind verschiedene Mißstände vorhanden, so ist es vor allem der Außenbalken- und Schlafraum, der vollständig eins ist. In diesem Räume schläft die Nachtwache, werden die Nachschichten eingenommen,

Siefel gepuht, hängt die Arbeitsgarderobe, Schränke sind nicht vorhanden. Für 15 Mann gibt's 3 Handflüder die Woche. Der Petroleumgeruch, der von der Kleidung ausströmt, erfüllt den ganzen Raum, dazu kommt, durch das Tessen und Schließen der Türen veruracht, der Geruch aus dem nahen Pferdestall, so daß es am Tage kaum auszuhalten ist, und in diesem Räume muß der Kollege schlafen. Ferner ist noch die Behandlung zu erwähnen, namentlich kommt der Buchhalter und die Kontoristen den Arbeitern gegenüber sich eines anständigen Tones beseßigen. Auch sie sind weiter nichts als Lohnflaven im Dienste des Kapitals, diese Proletariat im Stechtragen hätten vor allem andern nötig, sich zu organisieren. Auch ist über das Straßensystem zu klagen, für die geringsten Verfehlungen werden Strafen bis zu 2 Mk. verhängt. So wurde der Landkutscher mit 2 Mk. bestraft, weil er einen Kunden nicht rechtzeitig befuhr, obwohl der Kunde erklärt hatte, erst einige Tage später Petroleum bestellt zu haben. An die dort beschäftigten Kollegen aber richten wir das dringende Ersuchen, unter allen Umständen fest zusammenzuhalten, denn nur der Organisation haben sie diesen Fortschritt zu verdanken, ihre Aufgabe muß es nun sein, das Erreichte zu verwalten und den Ausbau der Organisation so zu betreiben, daß es möglich ist, in absehbarer Zeit die gesamten Forderungen durchzuführen, denn nur eine gute Organisation ist in der Lage, allen Kollegen sicheren Schutz zu gewähren. Darum vorwärts immer, rüchwärts nimmer.

Kiel. Die Kohlenarbeiter der Speditionsfirma Huns & Graf, Kiel-Boarden hatten schon lange Zeit über ein Lohn- und Arbeitsystem geklagt, das ihnen nach außen hin ein beneidenswertes Dasein verschaffte, jedoch in Wirklichkeit alles andere war. Diese Einteilung und Bezahlung der Vorkarben, die teilweise miserablen Behandlung seitens der Burgoide, die halt, in welcher die Stellangehalten, weil im Vorkarbenlohn enthalten, aufgebracht werden mußten, das hierzu gelieferte, teilweise sehr schlechte Baumaterial und sonstige viele Dinge mehr, feuerten und trieben die früher schlecht organisierten Kohlenarbeiter immer von neuem an, ihre Kräfte zu sammeln. So wurde denn die Organisation allmählich stärker, daß die Regelung dieser Mißstände endlich ins Auge gefaßt und beschloßen wurde, im kommenden Frühjahr die Durchführung vorzunehmen. Doch auch die Firma hatte Kunde gemerkt und, um nach ihrer Meinung die Organisation mit Erfolg auszuweiten, entließ sie am 10. d. Mts. zwölf der ältesten Leute, die schon bis zu 6 Jahren tätig gewesen, kurzerhand wegen angeblichen Arbeitsmangels. Diese Maßregel schlug dem Haß den Boden aus und was jahrelange Arbeit nie ganz erreicht, geschah hier sofort, geschloffen herrschte nur eine Stimme, ein verärgertes Vorgehen nicht zu dulden. Die Kollegen beider Arbeitsplätze Kohlenhof Sollenau und Kohlenhof Kaiserliche Werft stellten 130 Mann an der Bahn, einmütig die Arbeit ein. Die Forderungen lauteten: Einstellung der zwölf Entlassenen an ihre alten Plätze und Anerkennung eines Lohn- und Arbeitsgesetzes. Durch eiliges Einsetzen eines Panzerkreuzers kam die Firma ins Gedränge und willigte bereits ein, die Entlassenen wieder einzustellen, jedoch die Tariffrage sollte noch um verschiedene Tage hinausgeschoben werden, wahrscheinlich, bis die eilige Arbeit erledigt wäre, um nachher der Organisation einlaßen zu können. Darauf wurde natürlich nicht eingegangen und so ist denn bei Mediationschluß die Sache unverändert. Die Streikenden haben einen schweren Ueberwachungsdienst zu Wasser und zu Lande zu verrichten, aber hart arbeitende sind ja verärgert gewöhnt. Die kaiserliche Werftverwaltung in Kiel kommandiert weiterhin Marinemannschaften sowie Werftarbeiter zur Kohlenarbeit, von letzteren wird jeder sofort entlassen, wenn mit Entlassung bedroht, der sich weigert, Streikarbeit zu leisten. In Kiel und Umgebung findet sich kein Streikbrecher, weshalb die Firma Arbeitsplätze aus Schlefien, Oesterreich-Ungarn usw. kommen läßt und auf den kaiserlichen Kohlenhöfen einquartiert; damit seiner entweichend, patrouillierten Militärposten mit scharf geladenem Gewehr. In der Waldenburger Gegend (Schlefien) haben Streikbrecheragenten Arbeitsplätze unter Vorpiegelung falscher Tatsachen zum Kontrollbruch verleitet und aus fester Arbeit herausgelockt. Diese sind aber bereits wieder nach ihrer Heimat abgeholt worden. Einer dieser Leute hat uns folgenden, die Situation beleuchtenden Urteilszettel übergeben:

Der Vorgesetzte dieses Arbeiter Acker hat die Erlaubnis, das Tor des Kohlenhofes ein- und auszuöffnen.
Sollenau, 25. 2. 06. Schmidler

Lp. Mts. Ct. u. Bachhabender.

Lübeck. Das verfloßene Jahr hat leider die Erwartungen, die wir bezug auf die Entwicklung unserer Organisation am Orte ausgesetzt hatten, nicht erfüllt. Nicht allein, daß unsere Mitgliedszahl nur eine geringfügige Steigerung — 8 — erfahren hat, die Situation vor eine überraschend große. Inwiefern hier vorgebeugt werden kann, soll an dieser Stelle nicht untersucht werden; nur das eine sei betont, daß nach Meinung des Vorstandes nach erfolgter Regelung des Mißfallerswerkes eine Wöhlung des Uebelstandes erfolgen wird. Im Berichtsjahre wurden abgegeben: 12 ordentliche, 1 außerordentliche, 2 öffentliche und 7 Betriebsversammlungen. Außerdem fanden verschiedene Zusammenkünfte mit den Straßenbahnführern statt.

Durch den E. u. der baugeverdienlichen Arbeiter ist auch unsere Zahl, die in Mitleidenschaft gezogen worden. Weiter übernahm der Vorstand die Rettung des Hilfswagenführer-Ausstandes, der durch Unterhandlungen beigelegt wurde und für die Angestellten einen guten Erfolg nahm.

Wenn auch das Jahr 1905 für uns kein befriedigendes ist, so dürfen wir dennoch nicht die Hand im Schoße ruhen lassen. Vielmehr ist es dringende Pflicht eines jeden Kollegen, mehr als bisher für den Verband zu wirken und demselben neue Mitglieder zuzuführen. Wenn jeder seine Beständigkeit hat, wenn jeder arbeitet, dann kann der Erfolg auch nicht ausbleiben und wir werden dann hoffentlich im nächsten Jahresrückblick mit Stolz sagen können: Auch unsere Zahlstelle ist mächtig vorwärts gekommen. Also auf, Kollegen, zur Agitation für unseren Verband!

Meerane. Die hiesige Kollegenchaft arbeitet wohl noch unter Verhältnissen, wie sie in Deutschland nur noch

stellen anzutreffen sein werden. Niedrige Löhne gehen Hand in Hand mit übermäßig langer Arbeitszeit. Die auf durchschnittlich 15 Stunden zu berechnende tägliche Arbeitszeit wird vielfach noch um weitaus mehr durch Ueberarbeit überschritten. Wir halten Gelegenheit einmal die Arbeitszeit des Knäufers in der Destillation von Zinnern genau festzustellen. Außer einer 15 stündigen regelmäßigen Arbeitszeit müssen alle Arbeiter 20 Ueberstunden in einer Woche. Wir haben also an Arbeitszeit zu verzeichnen 15x6+20+6 Stunden Sonntagsarbeit sind in Summa 116 Arbeitsstunden pro Woche.

In den meisten hiesigen Geschäften werden Löhne, die zwischen 14 bis 16 Mk. schwanken, bezahlt. Der Lohn wird vielfach erst Sonntags bezahlt, warum wissen die Unternehmer ganz genau. Wenn es etwa den Frauen unserer Meeraner Kollegen besonnen sollte, am Sonnabend die Bedürfnisse für die Woche einzukaufen zu wollen, dann bliebe doch von den 14 Mk. gar nichts mehr übrig. So etwas darf man doch den Leuten nicht so offenkundig gewahrt werden lassen.

Die Zustände, wie sie hier noch vorherrschend sind, sind eine Schande für Meerane, mögen unsere Kollegen dafür sorgen, daß das bald anders wird. Die höchste Zeit ist's.

Mitglieder der Verwaltungsstelle Berlin 1.

Wir weisen an dieser Stelle noch einmal ganz besonders darauf hin, daß viele Kollegen mit der Bezahlung der 4 Extrabeträge für die 41., 42., 43. und 44. Woche im Rückstand sind. Wir richten an die Betroffenen das Ersuchen, den damals ausgesprochenen gegenüber ihre Solidarität zu bezeugen und diese vier Beträge sobald als möglich zu bezahlen. Die Kollegen Bezirksführer und Betriebsvertrauensleute bitten wir, bei der Eintreibung darauf besonders zu achten.

Wir machen alle Mitglieder ganz besonders darauf aufmerksam, daß wir auf Grund der erhöhten Anforderung an unseren Telefon-Anschluß mit einem Apparat nicht mehr auskommen konnten. Es lag deshalb im Interesse des Arbeitsnachweises sowohl, als auch im Interesse unserer Mitgliedschaft, einen zweiten Anschluß anbringen zu lassen.

Wir bitten nun alle eiligen Angelegenheiten, welche den Arbeitsnachweis, als Meldung von Stellen usw. betreffen, (Kollegen Gaerling und Alisch), unter Amt IV, 3348, erledigen zu wollen.

Zwecks Erledigung sonstiger geschäftlicher Angelegenheiten, Unterbrechung mit dem Bevollmächtigten, Kassierer, Schiffsführer oder der Registratur betreffend, bitten wir Amt IV, 4747 benutzen zu wollen.

Krankmeldungen sowie die Auszahlung von Krankunterstützung erfolgt nur in der Zeit von 10 - 2 Uhr im Zimmer 18.

Wir ersuchen nochmals im Interesse einer schnelleren Abfertigung, die vorkommenden Anregungen unbedingt zu beachten.

Auch bitten wir, unsere arbeitslosen Kollegen nicht zu vergessen. Jeder Kollege hat die Pflicht, jede ihm bekannt werdende offene Stelle per Karte oder Telefon (Amt IV, 3348) sofort dem Bureau zu melden.

Möbeltransportarbeiter und Kutscher.

Am Sonntag, den 11. März, vormittags 10 1/2 Uhr, Große Versammlung bei Bühlle, Dammstr. 18.

Tages-Ordnung: 1. „Die halten die Unternehmer die durch die letzte Lohnbewegung festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen und was haben wir zu tun, um dieselben den heutigen Lebensverhältnissen entsprechend zu gestalten?“ Referent: Kollege D. Schumann. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

Bei der äußerst wichtigen Tages-Ordnung ist das Erscheinen eines jeden Kollegen aus oben genannter Branche unbedingt erforderlich.

Die Sektionsleitung.

Leitergerüstbauer, Platzarbeiter und Kutscher.

Am Sonntag, den 18. März, abends 6 Uhr, Große Versammlung mit Frauen im „Englischen Garten“, Alsenstr. 27 c.

Tages-Ordnung: 1. „Die Bedeutung des 18. März.“ Referent: Genosse Kottke. 2. Diskussion. 3. Bericht der Kommission über die Einführung einer Unfallunterstützung. Nach der Versammlung: — Gesellschafts Beisammensein und Tanz. —

Einen zahlreichen Besuch erwartet

Die Sektionsleitung.

Fensterputzer.

Am Sonntag, den 18. März, abends 5 Uhr, Große Versammlung bei Ledewig, Alsestr. 83.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Adolf Stern über: „Kirche und Arbeiterchaft.“ 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

Wir erachten es als Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, die Versammlung bestimmt und pünktlich zu besuchen.

Die Sektionsleitung.

Kollegen u. Kolleginnen von Weissensee.

Am Sonntag, den 18. März, abends 6 Uhr, Große Mitglieder-Versammlung im „Prälaten“, Lehnstr. 122.

Tages-Ordnung: 1. „Die Bedeutung des 18. März.“ Referent: Kollege Gaerling. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches. Einen wirklich zahlreichen Besuch erwartet

Die Bezirksleitung.

Kollegen und Kolleginnen aus den Bezirken Rixdorfs und aus Britz.

Am Sonntag, den 11. März, abends 6 1/2 Uhr, Versammlung bei Ziehl, Rixdorf, Bergstr. 161/162.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Ingenieur W. M. Grempe über: „Die Freiheitskämpfe in Rußland“ mit über 60 teils farbigen Lichtbildern.

Da dieser Vortrag für Jeden von großem Interesse ist, ersuchen wir unsere Kollegen, mit ihren Frauen recht zahlreich zu erscheinen.

— Mitgliedsbuch ist als Legitimation mitzubringen, ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. —

Zur Erdrung der Unkosten findet Zellerfassung statt. — Bringt auch Eure Frauen mit!

Nach dem Vortrag:

Geselliges Beisammensein. — Tanz frei. Die Agitationskommission.

Kollegen und Kolleginnen aus den Bezirken vom Gesundbrunnen.

Am Sonntag, den 11. März 1906, abends 6 Uhr, Versammlung mit Frauen bei Hahn, Kolonnenstr. 124.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

Einen zahlreichen Besuch erwartet

Die Bezirksleitung. J. A. F. Salomo.

Hausdiener, Packer u. Kutscher aus der Papier- und Pappen-Engros-Branche.

Am Sonntag, den 11. März, vormittags 10 1/2 Uhr, Versammlung bei Feuerlein, Alsestr. 75.

Tages-Ordnung: 1. Bericht über den weiteren Verlauf unserer Lohnbewegung. Berichtsführer: Kollege Werner. 2. Diskussion. 3. Ungültige Beschlußfassung.

Bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Tages-Ordnung ist es Ehrensache eines jeden Kollegen, unter allen Umständen zu erscheinen.

Die Sektionsleitung.

Einkassierer und Kassenboten, Automaten-, Abzahlungs-, Versicherungs-, Nähmaschinen - Kassierer, sowie sämtl. Agenten der „Viktoria“.

Am Donnerstag, den 15. März 1906, abends 8 1/2 Uhr, Große Versammlung mit Frauen im „Englischen Garten“, Alsenstr. 27 c.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Stadtverordneten Franz Kottke über: „Die Ideen des März.“ 2. Diskussion. 3. Geschäftliches und Aufnahme neuer Mitglieder.

Kollegen! In anbeacht des äußerst interessanten Vortrages ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen nebst Frauen unbedingt erforderlich.

Die nicht organisierten Kollegen sind hierdurch ganz besonders eingeladen.

Die Sektionsleitung.

Fürth.

Bekanntmachung.

Am Sonntag, den 11. März, findet die Wahl der Beisitzer zum Gewerbegericht statt. Diesmal wird zum ersten Male nach dem Proportionalwahlssystem gewählt, es sind bereits drei Listen eingereicht. Wir haben also mit einer großen Gewerkschaft zu rechnen. Es ist deshalb dringend notwendig, daß jeder Kollege an der Wahlurne erscheint und seinen Bittel für die freien Gewerkschaften abgibt.

Die Ortsverwaltung.

Telegramm.

Kiel, Der Streit der Kohlenarbeiter bei der Firma Graf u. Huns ist unter Abschluß eines Tarifvertrages friedlich beendet.

W. Ein ausführlicher Bericht über diesen interessanten Kampf bringen wir in nächster Nummer.

D. R.

Sterbetafel des Verbandes.

Gestorben sind:

In Augsburg der Kollege Anton Mittel.
In Bremen der Kollege Fr. Walhofer.
In Dresden der Kollege Ferd. Lehmann.
In Eisenach der Kollege Albert Lehmann.
In Fürth i. B. der Kollege Wunisch.
In Hamburg die Kollegen Fr. Ren und W. Stavenow.
In Leipzig die Kollegen Emil Krause, Friedrich Wulf und Otto Hummermann.
In Magdeburg die Kollegen Simon Lichtenberg, Julius Jorack, Ferd. Böper, Friedrich Jaharais und Martin Brominski.
In Mühlhausen i. G. der Kollege Karl Keller.
In Nürnberg der Kollege Johann Schneider.
Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Verantw. Redakteur u. Verleger: R. Brühlke, Rummelsburg. Druck: Maurer u. Dimml, Berlin, Louise-Platz 11.

Zur Entwicklung der internationalen Transport- arbeiter-Federation.

Wenn wir eine Uebersicht über die Entwicklung der Internationalen Transportarbeiter-Federation im vergangenen Jahre gewinnen wollen, so ist es unbedingt notwendig, daß wir auch die Situation, wie sie im Jahre 1904 vorhanden war, einer näheren Betrachtung würdigen.

Die Internationale Transportarbeiter-Federation wurde im Jahre 1897 gegründet. Als Sitz wurde London bestimmt und unsere englischen Kameraden mit der Leitung der Organisation und der Durchführung der Beschlüsse beauftragt. Aber schon auf dem internationalen Kongress im Jahre 1902 in Stockholm wurden Vorleser recht schwerer Art gegen die Leitung erhoben, da nicht nur die Beschlüsse des vorigen Kongresses unausgeführt geblieben, sondern die Geschäfte total vernachlässigt waren, so daß die Existenz der Federation eine Fiktion in Frage gestellt war. Trotzdem wurde das Sekretariat in London gelassen, weil der Sekretär Chambers das Versprechen, denn noch bevor ein Jahr vergangen, war gemäß diesem Nachschuß eingetiffen; die Verbindung mit dem Sekretariat war unterbrochen und trotz eifriger Bemühens nicht wieder hergestellt. Als sich andere Landesorganisationen dieserhalb bei den deutschen Kameraden beschwerten, beschloß diese, die Verhältnisse an Ort und Stelle zu untersuchen. Die Untersuchungen ergaben, daß der Sekretär Tom Chambers die Geschäfte äußerst mangelhaft ausgeführt und sie im März 1903 ganz eingestellt habe. Auf Veranlassung der deutschen Organisationen resp. ihrer beiden Vertreter wurde nun eine Reorganisation des Sekretariats vorgenommen und der Kamerad Weltelt als provisorischer Sekretär bestimmt.

Der Kamerad Ben Tillet leitete nun die Vorarbeiten zur Abhaltung des Internationalen Transportarbeiter-Kongresses ein, der denn auch vom 10. bis 13. August 1904 in Amsterdam stattfand. In seinem Bericht konstatiert Ben Tillet mit Bedauern die Tatsache, daß der frühere Sekretär seine Pflicht nicht erfüllt habe und weist darauf hin, daß nach Uebernahme der Geschäfte durch den neuen Sekretär alles getan worden sei, um die Interessen der Internationalen Federation zu wahren. Von den Delegierten wurde das Verhalten des früheren Sekretärs Chambers und die Vernachlässigung der gesamten Bundesleitung scharf kritisiert, es war weder der Präsident des Bundes noch der frühere Sekretär Chambers erschienen, um über ihre bisherige Tätigkeit Rechenschaft abzulegen. Nach der Diskussion wurde folgende Resolution eingebracht:

„Der Kongress nimmt den Bericht des provisorischen Sekretärs Ben Tillet zur Kenntnis, da er für die Untätigkeit des früheren Sekretärs Tom Chambers nicht verantwortlich gemacht werden kann und für die kurze Zeit, welche er als provisorischer Sekretär fungiert hat, nicht verantwortlich gemacht werden soll. Der Kongress beauftragt auch gleichzeitig die Untätigkeit der englischen Mitglieder des Zentralkomitees, welche für die Entwicklung der internationalen Organisation in der verflochtenen Zeit nicht so gefördert haben, wie es im Interesse der wichtigsten Sache notwendig gewesen wäre.“

Diese Resolution wurde mit 13 gegen eine Stimme angenommen.

Die Mehrzahl der Delegierten war sich darüber klar, daß eine Veränderung in der Tätigkeit der Zentralleitung unbedingt erfolgen müsse, wollte man sich nicht fortgesetzt der Gefahr aussetzen, die Arbeiten immer wieder von neuem aufzunehmen. Dazu war aber eine Verlegung des Sitzes und eine Reorganisation des inneren Aufbaues der

Internationalen Transportarbeiter-Federation notwendig. Von den deutschen Delegierten wurde die Verlegung des Sitzes von England nach Deutschland beantragt. Für diesen Antrag stimmten Deutschland mit 5, Italien mit 2, Österreich, Frankreich, Holland und Belgien mit je einer Stimme; in Summa 11 Stimmen dafür und 4 Stimmen dagegen. Damit war die Verlegung des Sitzes beschlossen und die Leitung ging zum 1. Oktober 1904 an Deutschland über. Mit der Ausarbeitung eines neuen Statuts wurde eine Kommission beauftragt, bestehend aus drei deutschen, zwei englischen, je einem französischen, schweizerischen und holländischen Delegierten. Es stellte sich jedoch nach Zusammenstellen der Kommission die ungeheure Schwierigkeit eines Zusammenarbeitens heraus und wurden die deutschen Delegierten beauftragt, unter Berücksichtigung der von den anderen Delegierten geäußerten Wünsche einen Entwurf auszuarbeiten. Dieses geschah, aber die Beratung des Entwurfs selbst führte zu heftigen Debatten, bis schließlich die Annahme des Hauptteils des Entwurfs gegen die Stimmen der englischen und des schweizerischen Delegierten erfolgte. Da der vierte Tag des Kongresses schon zu Ende ging, wurde beschlossen, daß der Rest des Entwurfs den angeschlossenen Organisationen zur Urabstimmung unterbreitet werden sollte. Dieses ist Ende des Jahres 1904 geschehen und endigte auch mit der Annahme unter gleichem Stimmverhältnis, wie bei der Annahme des Hauptteils des Entwurfs. Die Annahme dieses Statuts war die Ursache, weshalb der Kamerad Ben Tillet für seine Organisation den Austritt aus der I. T. A. erklärte. Der Austritt erfolgte Ende 1904, aber bis Ende 1905 hatte die Organisation nur ihre Beiträge bezahlt, so daß sie überhaupt nicht mehr zu irgend einer Meinungsäußerung in der I. T. A. berechtigt war. Ebenso verhielt es sich mit der Seemanns-Union, die nur das 1. Quartal 1903 bezahlt hatte, seitdem aber nichts weiter.

Am 1. Oktober 1904 sollte die Uebergabe der Geschäfte an die deutschen Kameraden erfolgen. Dieser Termin wurde vom Kameraden Ben Tillet nicht eingehalten, da er durch Kongress und sonstige wichtige Arbeiten daran verhindert wurde. Endlich gelangten wir in den Besitz eines Adressenverzeichnis und nun konnten wir uns mit den angeschlossenen Organisationen in Verbindung setzen. Vor allen Dingen galt es, die I. T. A. wieder auf eine gesunde finanzielle Basis zu stellen, denn ein Kasienbestand war bei der Uebergabe der Geschäfte an Deutschland nicht vorhanden. Die bis zum 1. Oktober 1904 eingegangenen Beiträge waren zur Deckung der Schulden verbannt worden. Ein von den deutschen Kameraden an alle angeschlossenen Organisationen versandter Aufruf hatte den Erfolg, daß die Beiträge nunmehr prompt eingingen, so daß Ende 1904 für 104 316 Mitglieder die Beiträge eingestanden und nur noch 25 649 Mitglieder mit ihren Beiträgen im Rückstand waren. Unter diesen letzteren befand sich die Organisation des Kameraden Ben Tillet mit 14 000 Mitgliedern und die Seemanns-Union von England mit 5000 Mitgliedern. Da diese Organisationen nicht mehr mitmachen wollten, so kamen nur noch 6649 Mitglieder in Betracht. Wie sehr sich das Verhältnis der I. T. A. gegen 1904 gebessert hat, geht daraus hervor, daß Ende 1905 folgende Organisationsbeiträge bezahlt haben:

Gefenarbeiter in Amerika	für 50 000 Mitgl.
Handels-, Transport- und Verkehrs-	
arbeiter Deutschlands	27 000 „
Gefenarbeiter in Deutschland	13 000 „
Seefleute in Deutschland	3 800 „
Geizler u. Maschinenisten in Deutschland	1 000 „
Eisenbahner in Deutschland	1 000 „
Gefenarbeiter in Holland	1 500 „
Eisenbahner in Holland	1 000 „
Transportarbeiter u. Gefenarbeiter in	
Schweden	5 400 „

Transportarbeiter u. Gefenarbeiter in	für	700 Mitgl.
Norwegen		
Gefenarbeiter in Belgien	500 „	
Gefenarbeiter in Frankreich	5 000 „	
Eisenbahner in Italien	30 000 „	
Eisenbahner in Österreich	25 000 „	
Handels-, Transport- und Verkehrs-		
arbeiter Österreichs	3 700 „	
Gefenarbeiter und Seefleute in Spanien	6 464 „	
Gefenarbeiter in Portugal	560 „	
Eisenbahner in Portugal	200 „	
Eisenbahner in Portugal	560 „	

Summa 177 184 Mitgl.

Vom 1. Oktober 1904 bis Ende 1905 war eine Einnahme von 12 380 Mt. zu verzeichnen, wovon nach Abrechnung aller Ausgaben noch rund 4000 Mt. in der Vorhanden sind. Hieraus ist zu ersehen, daß das Sekretariat gescheitert ist und gefestiger dastehen, wie unter der Leitung unserer englischen Kameraden. Außerdem sind noch rund 5000 Mt. für Agitation und Streiks unterstützungsbedürftiger Organisationen eingegangen und an diese verauslagt worden. Alles in Betracht gezogen, ein erfreuliches Zeichen des Fortschritts, was uns so bemerkenswerter ist, da aus dem Amsterdamer Kongress der Beitrag von 8 1/2 Pf. auf 6 Pf. und für die Eisenbahner sogar auf 3 Pf. herabgesetzt wurde. Trotz alledem ein Ueberfluß, wie er unter der früheren Leitung niemals zu verzeichnen gewesen ist. Hinzu kommt noch, daß alle von dem Sekretariat ausgehenden Korrespondenzen in der betreffenden Landessprache geschrieben sind, so daß die angeschlossenen Organisationen nicht mit Uebersetzungskosten belastet werden, wie dies früher der Fall war. Alle diese Umstände, die recht erhebliche Summen ausmachen, hat das internationale Sekretariat auf sein Konto übernommen. Ein weiterer wichtiger Schritt war die Gründung des internationalen Korrespondenzblattes, welches in französischer, englischer und deutscher Sprache erscheint, wodurch erst die internationalen Verbindungen gesichert und ausgebaut wurden. Unserem Beispiele sind die internationalen Vereinigungen der Holzarbeiter und Metallarbeiter gefolgt, auch die Textilarbeiter gehen mit dem Plane um, ein solches Organ zu schaffen.

Unsere erste Tätigkeit war, einmal festzustellen, wieviel und wo allenfalls Organisationen der Transport- und Verkehrsarbeiter existieren. Wir setzten uns mit den Sekretären der Landeszentralen in Verbindung, die uns dann auch fast ohne Ausnahme in der vorliegenden und ausvorkommenden Weise unterstutzten. Das Resultat unserer Bemühungen war das ausführliche und umfangreiche Adressenverzeichnis, wie wir es in Nr. 5 unseres internationalen Korrespondenzblattes veröffentlicht finden.

Sobald verstanden war durch die Vernehmung eines Fragebogens, wieviel Mitgl. sich die Organisationen im Jahre 1904 gegen 1903 entwickelt haben. Diese Arbeit war nur teilweise von Erfolg gekrönt, der Anfang mit statistischen Aufnahmen aber gemacht, und wir hoffen, daß die nächste Aufnahme ein besseres Resultat haben wird. Ferner versuchten wir durch eine Umfrage die Beitragshöhe und die Unterstutzungsleistungen in den Organisationen festzustellen, um die Leistungsfähigkeit und den inneren Aufbau derselben kennen zu lernen. Ferner unterstutzten wir die italienischen Eisenbahner in ihrem Kampf dadurch, daß wir ihnen Wäsche, Material über die Lohnverhältnisse der Eisenbahner in anderen Ländern zu beschaffen, soviel in unseren Kräften stand, erfüllten. Ein ähnliches Verlangen wurde von den österreichischen Eisenbahnern gestellt, die Auskunft über die Arbeits- und Gehaltsverhältnisse der deutschen Lokomotivführer haben wollten. Auch dieses Verlangen wurde erfüllt.

Größere Aktionen konnten bis bisher noch nicht unternehmen, da unsere ganze Tätigkeit vorläufig darauf beschränkt sein muß, erst die Verbindungen mit den uns

Altbanerische Dampfschiff-Theorien.

Robert Fulton kann zwar nicht im eigentlichen Sinne des Wortes als „Erfinder“ des Dampfschiffes gelten. Aber das Verdienst bleibt dem berühmten Amerikaner ungeschmälert, der erste gewesen zu sein, der die Idee der Verwendbarkeit der Dampfkraft zur Fortbewegung von Schiffen zur praktischen Ausbarmachung geführt hat. Sein Dampfer „Clermont“ lief am 3. Oktober 1807 in New-York von Stadel und verkehrte seitdem regelmäßig auf dem Subjunktus zwischen New-York und Albany. Interessante Angaben über diese erste Dampferlinie finden sich in einem Brief, den Fulton selber am 22. März 1809 an den bayerischen Gesandten in Paris richtete. Danach war das Boot 160 Fuß lang, 16 Fuß breit und 7 Fuß tief. Die Dampfmaschine hatte 20 Pferdekraft und vermochte das Schiff in ruhigem Wasser 4 1/2 englische Meilen (fast 7 Kilometer) die Stunde weit fortzubewegen. Mit Hilfe von Ebbe und Flut, die sich auf dem Subjunktus bis Albany hinauf erstreckten, legte das Fahrzeug aber im Durchschnitt 5 englische Meilen, 8 Kilometer, in der Stunde zurück. So brauchte der „Clermont“ für die ganze Entfernung von New-York bis Albany, 160 englische Meilen oder 256 Kilometer, 32 Stunden. 100 Passagiere, deren jeder bis zu 200 Pfund Gepäck mitführen durfte, fanden auf dem Schiffe Platz. In ihrer Unterbringung hatte das Fahrzeug drei elegante Zimmer, eins für Damen, zwei für Herren, nebst einer Küche, Bibliothek und sonstigen Bequemlichkeiten. Der Fahrpreis für die ganze Strecke betrug 7 Dollar (zirka 30 Mark). Darin waren Mittagessen, Tee, Wein, Frühstück und nochmals Mittagessen eingeschlossen. Vor Eröffnung des Dampfschiffes“, schreibt Fulton, „hatte man zwei Arten, den Weg zu machen. Eine war mittels des gemeinen Fahrzeuges (einer sogenannten Sloop) zu 22 Franc, welches gewöhnlich 4 bis 5 Meilen 10 Tage unterwegs blieb. Die Besorgnis eines so langweiligen Fahrt hielt viele Leute ab, sich dieses Fahrzeuges zu bedienen. Die zweite Art, den Weg zu machen, war mittels der Postkutsche, wofür man 10 Dollar oder 60 Franc

zahlte, außer den Nebenkosten unterwies, so daß die ganze Ausgabe sich auf 15 Dollar oder 90 Franc belief. Das Dampfschiff macht die Reiseverbindung zwischen New-York und Albany so wohlfeil und sicher, daß die Anzahl der Reisenden sich sehr schnell vermehrte. Personen, welche 150 Meilen jenseits Albany wohnen und die Zeit der Abfahrt des Bootes wissen, machen ihre Berechnung, um zur rechten Zeit in Albany anzukommen, begeben sich an Bord, kommen in New-York an, halten sich zwei Tage ab, besorgen ihre Geschäfte, kehren mit dem Boot zurück und sind in Zeit von einer Woche wieder zu Hause. Diese Erleichterung der Fahrt hat das Boot dem Publikum sehr beliebt gemacht.“

Diese Mitteilungen machte Fulton dem Pariser Vertreter der bayerischen Regierung zur Verfügung eines Vorschlags, den er ihr gleichzeitig unterbreitete: er erbot sich nämlich, auf der Donau eine Dampferlinie zwischen Ulm und Wien einzurichten. Die bayerische Regierung forderte von der bayerischen Akademie der Wissenschaften ein Gutachten darüber ein, was von dem Projekt des Amerikaners zu halten sei. Im Auftrage der holländischen Akademie gab der Maschinenbauingenieur Joseph Baader am 31. März 1810 das verlangte Gutachten zu Protokoll. Dieses Schriftstück geht zu den absonderlichsten Kuriositäten in der Geschichte des Verkehrsweises. Der Sachverständige der Münchener Akademie beweist nämlich mit der Wiene der Unfehlbarkeit, daß es schließlich unmöglich sei, die Dampfkraft für die Zwecke der Flußschifffahrt zu verwenden.

Einige Stellen aus dem Baaderschen Gutachten wirken heute mit dem Netz unfehlbarer Komik. U. a. wird ausgeführt, daß die Flüsse, auf denen zurzeit Reisende Stromadwärts befördert würden, bei der Donau unfehlbar das möglich schnellste und wohlfeilste Fahrwerk sind, welches durch eine Maschine verbessert, viel weniger erspart werden kann. Eine Reihe Stromadwärts hingegen würde bei dem glücklichen Mechanismus, wegen des beträchtlichen Widerstandes und der vielen Krümmungen der Donau, so langsam ausfallen, daß man denselben Weg in der schlechtesten Landkutsche ungleich schneller und wohlfeiler zurücklegen könnte. Ebensoviele wie für die

Passagierbeförderung könne das Dampfschiff für den Warentransport auf der Donau in Betracht kommen.“

Unter Gutachter rechnet aus, daß eine Maschine von nicht weniger als 240 Pferdekraft erforderlich sei, um ein Schiff mit der Geschwindigkeit die Donau aufwärts zu bewegen, die das Dampfschiff auf dem Subjunktus habe. „Dies wäre aber eine Maschine von einer ganz außerordentlichen Größe, welche für sich allein mit dem für einen Tag zu ihrem Betriebe nötigen Vorrat von Holz oder Steinkohlen belaste schon die volle Ladung des Bootes machen und deren Bau und Unterhaltung höchst unvernünftigmäßige Kosten verursachen würde.“ Da aber „der langsamste Gang in mechanischer und ökonomischer Hinsicht immer der vorteilhafteste“ sei, so nimmt Baader für das Donaudampfschiff eine Geschwindigkeit von nur 1 Fuß in der Sekunde (1/4 Kilometer die Stunde) an, so daß die Fahrt von Wien bis Ulm 40 Tage dauern würde. Um auch nur dieses Schandenspoltempo zu erzielen, ist nach Baader eine Maschine von 143 Pferdekraft erforderlich, eine der größten, schwersten und kostbarsten, welche gebaut worden sind.“ Dabei könne sich aber die Sache unmöglich rentieren; denn die reinen Frachtkosten eines Zentners von Wien bis Ulm würden sich auf 21 Gulden belaufen, während bei den gewöhnlichen Schiffszulagen der Zentner nur 5 Gulden koste. Gewinn losse. Baader kommt also, indem er seine Berechnungen noch als „viel zu günstig für das Dampfschiff“ angelegt, zu dem zwingenden Schluß: „daß eine Anwendung irgend einer Erfindung dieser Art, wobei die Kraft des Wasserdampfes auf einem Schiffe selbst die gewöhnlichen Züge von Pferden am Ufer des Flusses ersetzen sollte, auf der Donau und überhaupt auf jedem etwas schnellen oder reinen Ströme durchaus nicht stattfinden könne.“ Die Beweggründe Baaders sind der bayerischen Regierung offenbar überzeugend erschienen; denn sie ist auf den Vorschlag Fultons nicht eingegangen. Die deutsche Dampfschifffahrt begann nicht auf der Donau, sondern auf dem Rhein, den 1816 im Juni zum ersten Mal ein Dampfer befuhr: die bayerische Akademie ist über diesen Hohn auf die Theorie ihres Sachverständigen sicher ganz sprachlos gewesen.

nach fernstehenden Organisationen herzustellen und zu festigen. Unsere Bemühungen sind nach dieser Richtung nicht ohne Erfolg geblieben, denn eine ganze Reihe Organisationen haben sich mit der Frage des Anschlusses beschäftigt, von denen die Hafenarbeiter in Amerika, Norwegen und Spanien, die Transportarbeiter in Dänemark, Schweden, England, Nordamerika, Südamerika, Australien, Italien, Schweiz und Frankreich angeführt, die bei einigen zum baldigen Anschluß führen werden.

Die Zentralleitung der Z. L. F. trat fünfmal zu einer Konferenz zusammen, um den Bericht des Vorstehenden entgegenzunehmen und über seine Tätigkeit zu berichten zu lassen. In sehr eingehender Weise wurden alle Organisationsfragen besprochen und Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der Z. L. F. festgelegt. Alle Kameraden können versichert sein, daß die Zentralleitung mit Ernst und Gründlichkeit an die zu prüfenden Fragen herangeht, niemals Sonderinteressen verfolgt, sondern stets im Interesse der gesamten in der Z. L. F. vereinigten Berufsgenossen handelt. Wenn alle Kameraden der Zentralleitung volles Vertrauen entgegenbringen, dann wird es vorwärts gehen, sollen die Hindernisse auch noch so schwer zu überwinden sein. Darum, Kameraden, war das Jahr 1905 schon ein Jahr des Fortschritts für die Z. L. F., umso mehr hoffen wir, daß es mit dem Jahre 1906 der Fall sein wird. Vorwärts auf der beschrittenen Bahn bis zu unserem diesjährigen internationalen Kongress in Mailand, dort werden wir uns zusammenfinden und über den weiteren Ausbau der Z. L. F. beraten.

Deutschlands Außenhandel im Jahre 1905.

I.

Auf das Jahr 1905 konnte die neue Zollpolitik naturgemäß keinen hemmenden Einfluß ausüben; im Gegenteil mußte das Gerantrüben des Zankftretens des neuen Zolltariffs und der neuen Handelsverträge auf den Verkehr an der Grenze fördernd einwirken, da das Bestreben herrschte, die Waren noch zu den alten niedrigen Zollsätzen ein- und auszuführen. Man ist aber geneigt, den Einfluß dieser vorübergehenden Belebung zu überschätzen; jedenfalls ist er nicht so groß, daß er die Zunahme unseres Außenhandels, die im Vergleich mit den Vorjahren stattgefunden hat, erklären könnte. Wie erheblich diese Zunahme gewesen ist, geht aus nachstehenden Vergleichen hervor.

Zunächst geben wir nachstehend die Zahlen für die gesamte Ein- und Ausfuhrmenge in Doppelzentnern (100 kg.) in den letzten 15 Jahren:

	Einfuhr	Ausfuhr
1905	543 045 025	405 670 186
1904	488 863 159	388 554 053
1903	470 338 478	382 808 160
1902	433 356 519	350 295 596
1901	443 045 774	323 625 886
1900	459 117 993	326 817 468
1899	446 522 882	304 032 263
1898	427 398 388	300 943 183
1897	401 623 139	280 199 486
1896	364 102 570	267 198 766
1895	325 369 756	238 296 583
1894	320 226 017	228 837 153
1893	298 116 270	213 615 440
1892	295 009 120	198 916 150
1891	290 137 190	201 393 700

Hieraus zeigt die Einfuhr im Jahre 1905 eine Zunahme gegenüber dem Vorjahre um mehr als 54 Mill. Dz. oder 11,1 pCt. Die Ausfuhr ist weniger stark, um etwas über 17 Millionen Dz. oder 4,4 pCt., gestiegen. Die Vergleichszahlen der Steigerung der Einfuhr und der der Ausfuhr ist zum größten Teil aus dem Aufstand im Ruhrgebiet zurückzuführen, der im ersten Vierteljahr die Kohleneinfuhr ungemein erhöhte, dagegen die Kohlenausfuhr hemmte. Wenn man bis zum Jahre 1893, in dem die jetzt ihrem Ende entgegengehenden Handelsverträge begannen, zurückgeht, so findet man, daß in dieser Zeit die Einfuhr um 245 Millionen Dz. oder 82 pCt., die Ausfuhr um 198 Millionen Dz. oder 93 pCt. gestiegen ist, die Ausfuhr also verhältnismäßig stärker als die Einfuhr.

Wichtiger als die Gewichtszahlen sind die Wertzahlen des Außenhandels. Dieser gibt unsere deutsche Handelsstatistik die Werte zunächst nur auf Grund der für das vorausgegangene Jahr festgestellten Einheitswerte an. Erst im Februar jeden Jahres tritt eine Sachverständigenkommission zusammen, welche die Einheitswerte für das verflossene Jahr festsetzt, sobald die endgültige Wertberechnung des gesamten Außenhandels erst etwa ein Vierteljahr nach Ablauf des betreffenden Jahres erfolgen kann. Lebhaft für einzelne wichtige Waren, insbesondere die Hauptgetreidearten, Mehl, Baumwolle, Wollwaren etc., werden besondere Einheitswerte schon im Laufe des Jahres festgelegt. Hieraus sind die vorläufigen Wertzahlen mit einer gewissen Vorarbeit aufzunehmen. Sie erleiden oft bei endgültiger Festlegung wesentliche Veränderungen, insbesondere wenn die allgemeine Preislage sich nach oben oder unten verschiebt. Im Jahre 1904 lag bei endgültiger Feststellung die Einfuhr um 75, die Ausfuhr um 56 Millionen Mt. über der vorläufigen Ziffer; im Jahre 1905 wird die Steigerung bei der Erhöhung der Preise der meisten wichtigen Waren wohl noch größer sein. Es betrug der Außenhandel in Millionen Mt.:

	Einfuhr	Ausfuhr
1905	7046	5693
1904	6864	5315
1903	6321	5120
1902	5806	4813
1901	5710	4513
1900	6042	4763
1899	5784	4368
1895	4246	3424
1893	4134	3245

Hieraus ist der Wert der Einfuhr im vergangenen Jahre um 182 Millionen Mt. gestiegen, also lange nicht so erheblich, wie in beiden vorausgegangenen Jahren, in denen die Zunahme 515 und 543 Millionen Mt. betragen hatte. Diese geringere Steigerung ist aber, wie wir unten zeigen werden, hauptsächlich auf die Verminderung der Edelmetalleinfuhr zurückzuführen. Die Ausfuhr hat sich im Jahre 1905 um 377 Millionen Mt. erhöht, während die Zunahme in den beiden Vorjahren nur 317 und 185 Millionen Mt. betragen hatte. Nur von 1899 zu 1890 hatte einmal eine stärkere Steigerung der Ausfuhr stattgefunden. Weht man bis zum Jahre 1893 zurück, so zeigt sich, daß in der Zeit der Capitulischen Handelspolitik die Einfuhr um 2912 Millionen Mt. oder 70 pCt., die Ausfuhr um 2448 Millionen Mt. oder 75 pCt. gestiegen war. Ein weiteres Zeugnis für den Segen, den die bisherigen Zollverträge gestiftet haben, kann es nicht geben. Der gesamte Umsatz im Warenverkehr mit dem Auslande hat im Jahre 1905 12,74 Milliarden Mt. betragen gegen 10,79 Milliarden i. J. 1900, 7,67 i. J. 1895 und 7,88 i. J. 1893. Hieraus hat in den letzten 10 Jahren eine Steigerung um mehr als 5 Milliarden Mt. stattgefunden.

Näht man den Edelmetallverkehr, der für den eigentlichen Warenumsatz ohne Bedeutung ist, außer Betracht, so ergeben sich folgende Zahlen in Millionen Mt.:

	Einfuhr	Ausfuhr
1905	6730	5585
1904	6364	5223
1903	6002	5015
1902	5631	4678
1901	5421	4431
1900	5766	4611
1899	5483	4207
1898	5081	3757
1895	4121	3318
1893	3962	3092

Das Bild dieser Tabelle ist wesentlich anders als das der vorausgegangenen. Dadurch, daß die Edelmetalleinfuhr, die im Jahre 1904 die absonderliche Höhe von einer halben Milliarde Mt. erreicht hatte, im Jahre 1905 auf 316 Millionen Mt. zurückgegangen ist, während andererseits die Edelmetalleinfuhr von 93 auf 107 Mill. Mt. gestiegen ist, hat sich das Verhältnis zwischen Einfuhr und Ausfuhr wesentlich verschoben. Die Wertsteigerung der Einfuhr ist mit 366 Millionen Mt. größer, als sie im Jahre 1904 mit 362 Millionen Mt. betragen hatte. Die Wertzunahme der Ausfuhr hat 363 Millionen Mt. betragen, also annähernd so viel wie die der Einfuhr. Von 1901 zu 1902 war die Ausfuhr nur um 247, von 1902 zu 1903 um 337 und von 1903 zu 1904 um 208 Millionen Mt. gestiegen, also in keinem der drei Vorjahre so stark wie im Berichtsjahre. Seit der Handelsstille von 1901 ist die Einfuhr um 1809, die Ausfuhr um 1154 Millionen Mt. gestiegen, so daß auf jedes der vier letzten Jahre eine durchschnittliche Zunahme des Außenhandelsvertrags von 615 Millionen Mt. entfällt.

Vom Appetit der Fuhrherren.

Es wirkt sicherlich erzieherisch auf unsere oft noch mit den erbärmlichsten Arbeitsverhältnissen zufriedenen Berufsfolger, wenn wir ihnen von Zeit zu Zeit an konkreten Tatsachen mal zeigen, wie ihre Arbeitgeber es so gut verstehen, zu Gunsten ihres Profits die Preise in die Höhe zu schrauben. Die Kenntnisnahme von all diesen Vorankommnissen ist für unsere Kollegen um desto notwendiger, als die Arbeitgeber fast durchweg ihre Preisaufschläge mit höheren Löhnen begründen, die sie ihren Arbeitern angeblich zahlen, was natürlich in den meisten Fällen eitel Illusionen und Denkmäler ist. Also lassen wir die neuesten Lohnbewegungen der Fuhrherren hier nur passieren:

Vereinigte Chemiker Möbeltransporteure.

Die Zentralstelle des deutschen Möbeltransports berichtet, daß sich unter A. d. Mts. unter dem Namen „Vereinigte Chemiker Möbeltransporteure“ ein Lokalanverein der Chemiker Berufsfolger gebildet hat. Der Verein hat es sich zunächst angelegen sein lassen, die nachstehende Preisabelle für Stadtmügel zu beraten und aufzustellen, ebenso eine Tabelle über Ein- und Ausfuhrpreise von Wagen und Waggons.

A. Stadtmügel.

Termin des Umzugs	4 m	5 m	6 m	7 m	8 m	9 m
Normale Zeit	10,-	14,-	17,-	20,-	24,-	28,-
v. 25/3. 25/6. 25/9. — 27/3.	11,-	15,-	18,-	22,-	26,-	30,-
27/6. 27/9. — 29/6.	12,-	16,-	19,-	23,-	28,-	32,-
v. 28/2. 28/6. 28/9. — 2/4.	11,-	15,-	18,-	22,-	26,-	30,-
2/7. 2/10. — 5/4.	11,-	15,-	18,-	22,-	26,-	30,-
v. 3/7. 3/10. 3/10. — 5/4.	11,-	15,-	18,-	22,-	26,-	30,-
5/7. 5/10. — 5/4.	11,-	15,-	18,-	22,-	26,-	30,-
Zuschlag pro Treppe auf und nieder	0,50	0,75	0,75	1,-	1,25	1,25

Flügel zum Transport gehörig mindestens 5 Mt.

Pianinos zum Transport gehörig mindestens 3 Mt.

Geldschänke zum Transport gehörig nach Barriere pro Ctr. 1 Mt., jede weitere Treppe pro Ctr. 0,50 Mt. Zuschlag.

Brennmaterialien über 3 Ctr. gehören nicht zum Umzug. Räder zum Ein- und Auspacken von Glas und Porzellan pro Stunde 0,75 Mt.

Nach oder vom Hinterhaus rechnet als 1 Treppenhöhe.

Trinkgeld ist in diesen Preisen nicht begriffen und untersteht der freien Vereinbarung.

Vorstehende Preise bis zur Entfernung von 8000 Meter, jede weitere Entfernung für 4-7 Meter-Wagen = 1 Mt., über 7 Meter = 1,50 Mt. per angefangene 1000 Meter.

B. Ein- und Ausfuhr zum resp. vom Bahnhofe.

Wagengröße	Preis	Wagengröße	Preis
5 Meter	18,- Mt.	18 Quadratmeter	27,- Mt.
6 "	21,- "	21 1/2 "	35,- "
7 "	24,50 "	27 "	45,- "
8 "	28,- "		
9 "	31,50 "		
10 "	35,- "		

Zuschlag in oder Zeit vom 27. 3., 27. 6., 27. 9. — 3. 4., 3. 7., 3. 10. bei Möbelwagen der Meter Länge 0,50 Mt., bei Badwagen per Quadratmeter Bfl. 0,30 Mt. Räder zum packen von Glas und Porzellan pro Tag 7,50 Mt. Hilfsspader 5,- Mt.

Erfolgt die Einfuhr und Verladung der leeren Möbelwagen unmittelbar nach erfolgter Entladung, so ist die Einfuhr nicht extra zu berechnen, das Verladen auf die Vorfuhr jedoch mit 2 Mt. bis 7 Meter, darüber mit 3 Mt.

Jede weitere Einfuhr und Verladung von leeren Möbelwagen ist mit 5,- Mt. bis 7 Meter, darüber mit 6,- Mt. zu berechnen.

Uebervorteilungsgebühren werden unter Mitgliedern des Ortsverbandes oder der Zentralstelle nicht berechnet.

Flügel mindestens 3,- Mt. Zuschlag.

Geldschänke nach Barriere pro Centner 1,- Mt., jede weitere Treppe pro Centner 0,20 Zuschlag.

Nach den Vororten entfallender Zuschlag.

Dem Verein **Sächsischer Möbeltransporteure** ist es gelungen, unter den Mitgliedern bestimmte Preise für die auszuführenden Möbeltransporte zu vereinbaren. Die aufgestellte Preisabelle bringen wir nachstehend zur Veröffentlichung:

A. Innerhalb der Stadt bzw. Vorstadt:

Für einen Kaffeewagen unter Beigabe eines Kutschers 10 Mt.

Für einen Kaffeewagen unter Beigabe eines Kutschers und 2 Mann als Trägerpersonal 18 "

Für einen Patentwagen, Länge 5 m. 25 "

do. do. " 6 m. 30 "

do. do. " 7 m. 35 "

do. do. " 8 m. 40 "

do. do. " 9 m. 45 "

do. do. " 10 m. 50 "

Barriere und erste Etage sind in obigen Preisen mit eingegeben, jede weitere Treppe 3 Mt. mehr.

B. Nach Schwarzwald:

Es kommen unter A genannten Sätze mit einem Zuschlag von 10 Mt. für Wagen bis zu 7 m Länge, von 15 Mt. für Wagen über 7 m Länge zur Verrechnung.

Trinkgeld können von den Auftraggebern nach Versehen gezahlt werden. Der Transportpreis ist sofort bei beendeter Umzüge unbezahlt eines 3 Tage lang dem Auftraggeber zustehenden Reklamationsrecht an den Transportunternehmer zu zahlen. Im übrigen werden die Möbel als gebraucht angesehen und wird für geringfügige Beschädigungen kein Ersatz geleistet.

Es wird vorausgesetzt, daß die Straße bis vor das Haus gepflastert und die Wohnung sofort bezugsbar ist. Wartegeld resp. Vorspann und außerordentliche Arbeitslöhne für Tragen der Möbel auf weitere Strecken sind besonders zu vergüten. Reklamationen werden nur berücksichtigt, wenn solche innerhalb der Zeitdauer von 3 Tagen nach beendeter Umzüge im Monat des Transportnehmers angemeldet werden.

Räder für Glas und Porzellan wird per Tag mit 1 Mt. berechnet.

Aus **Dessau** erhält der „Fuhrhalter“ Bericht des Fuhrherren-Vereins, daß in einer zahlreich besuchten Mitgliederversammlung die derzeitigen Preise für Fuhrleistungen in eingehendster Weise erörtert wurden. Es wurde hauptsächlich betont, daß in den letzten Jahrzehnten eine Besserung hierin nicht eingetreten und bei den heutigen niedrigen Preisen ein Fuhrunternehmen nicht mehr lohnend sei. Die Löhne für das Personal seien erheblich gestiegen, ebenso die Preise für sämtliche Fuhrartikel, für Schmiede-, Stellmacher- und Sattlerarbeiten, sowie die aller anderen Bedarfsartikeln. Es wurde deshalb eine Resolution gefaßt, in nächster Zeit die Preise für Fuhrleistungen allgemein zu erhöhen, wie dies bereits in mehreren anderen Städten durch Bildung von Interessengemeinschaften unter Einschließung der Landfuhrleute geschehen und mit gutem Erfolge eingeführt ist. Die neu aufgestellten Preise sollen eintretendenfalls durch Annoncen bekannt gegeben werden.

Dann finden wir ebenfalls im „Fuhrhalter“ folgende Annonce:

Verein Leipziger Fuhrherren.

Einladung zur

außerordentlichen Mitglieder-Versammlung

Sonntags, den 17. Februar, abends 8 Uhr,

in „Zill's Tunnel“, Leipzig.

Tages-Ordnung:

Allgemeine Erhöhung der Fuhrpreise für Leipzig und Vororte.

Im Interesse des gesamten Lohnfuhrwesens sind auch Nichtmitglieder freundlich eingeladen.

Der Vorstand.

Otto Höblich.

Desgleichen folgende Notiz:

Eine Anzahl Leipziger Expeditoren hat durch Zirkular ihre Kundenschaft von einer Erhöhung der Mollgebühren in Kenntnis gesetzt. Sie begründen ihr Vorgehen wie folgt: „Diese Maßnahme ist durch die Lohnbewegung unserer Geschäftsführer und Arbeiter zur dringenden Notwendigkeit geworden, denn wir haben unser Personal im Laufe dieses Jahres zur Verfügtung eines drohenden Streiks wiederholt Lohnerbhöhungen bewilligen müssen. Wir müssen außerdem mit den sich immer steigenden Ansprüchen der gelebten Fürsorge für die Arbeiterchaft, mit den hohen Fuhrpreisen, die sich nach Inkrafttreten des neuen Zolltariffs noch verfeuern werden und mit den von Jahr zu Jahr steigenden Aufwendungen für Beschaffung des Pferde- und Betriebsmaterials rechnen, so daß nach unsern sorgfältigen Fest-

stellungen (es unmöglich) ist, mit den bisherigen Vollgehalben ohne Verlust weiter zu arbeiten. Diesen Verhältnissen Rechnung tragend, haben auch die Direktoren der hier einmündigen Staatsbahnen vom 1. Januar 1906 ab die bahnmännlichen Vollgehälter in gleicher Weise erhöht."

Fortsetzung folgt.

Einkassierer-Elend.

Aus Münden wird uns geschrieben:
Es wird nicht viele Leute geben, in welchen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse mißlicher stehen, als im Einkassiererberuf und speziell bei denen der Waren- und Nähmaschinen-Kreditgeschäfte. Mit Ausnahme weniger Einkassierer, die notdürftig ihren Unterhalt verdienen, ist die Mehrzahl derselben genötigt, sich einen Nebenverdienst zu suchen, oder die Frauen derselben müssen zum Lebensunterhalt mitverdienen. Wie sehen Einkassierer abends an Vergnügungs- und Versammlungstischen als Altkleure, Carobolere etc., andere bestellen nebenbei Vereinskassierer und Hausmeisterstellen usw. Oft sind die Frauen gezwungen, mehr zu verdienen als der Mann; es sind hier vertreten Milchgeschäfte, Krämererien usw., welche sie zu führen durch die Not gezwungen sind. Jeder verdient sich sein Brot so gut er kann. Hieran würde gewiß nichts auszuwenden, wenn nicht gerade die Kollegen in der Mehrzahl gewöhnlich auch die rückfälligen wären. Sie sind nicht zu bewegen, zur Verbesserung der allgemeinen mißlichen Verhältnisse einen Finger zu rühren, im Gegenteil überbieten sich solche Ausstellungen in Kriecherei und Unterwürfigkeit, um sich ja bei dem Prinzipal gut zu stellen und ihre Hungerlöhne nicht zu verlieren. Wie diese aussehen, beweist, daß Kollegen mit 10-16 Mark wöchentlich nach Hause gehen. Die Mehrzahl der Kollegen kommt nicht höher als 17-22 Mk. wöchentlich (mit Procente). Mit 24-30 Mk. wöchentlichen Einnahmen sind sie meistens so überlastet, daß eine Ausnahme nötig über die Frau mitteilen muß, und zwar auf Kosten und Risiko der betreffenden Kollegen; erstlich einer eine unehrliche Ausnahme, dann derselbe schon draufbezahlt, denn vom Prinzipal hat er keine Rücksicht zu hoffen.

Da der Einkassierer bei Wind und Wetter auf dem Wege und immer anständig gekleidet sein soll, hat er auch in dieser Beziehung eine bedeutende jährliche Mehrausgabe gegen andere geberliche Arbeiter, die in ihren Lohnsitzen viel durchgänglich höher stehen. Intelligenz im Verkehr mit der Kundschaft wird ebenfalls verlangt, obwohl diese von einigen Prinzipalen den Einkassierern direkt abgeprochen und je jene unter die der Tagelöhner gestellt haben möchten. Dies hat seinen guten Grund, sie möchten die Ansprüche der Einkassierer eben unter die der Tagelöhner setzen, weil manchem von diesen galizischen Juden sogar der ortsübliche Tagelohn für einen Einkassierer noch zu hoch erscheint. Bei Gelegenheit werden wir die betreffenden Firmen, wenn nötig, etwas näher befechten und deren Namen veröffentlichen. Für diesmal sei diesen Firmen nur gesagt: bezahlt eure Einkassierer, daß sie leben können und sich nicht allmählich zu Tode hungern müssen oder gar zu Unbesitzbarkeiten direkt geirrt werden. Darum nochmal muß es gesagt werden, bezahlt eure Einkassierer, daß sie leben können, dann werden sie die Prinzipale auch achten lernen und die Stellung, die sie einnehmen, wird zur richtigen Vertrauensstellung. Der Aufsteiger, wie er aus aller Munde erdicht, mit dem sein ehrlicher Mensch ein Bedauern haben kann, wenn er zu Grunde geht, wird dann verschwinden. Warum können einige Geschäfte ihre Einkassierer ihrer Stellung entsprechend entlohnen? Warum geht es bei diesen, daß die Verkaufsprocente regelmäßig noch Verkauf am Wochenschluss oder Monatschluss abgezahlt werden? Warum können diese Geschäfte teilweise Selbstkommerprocente ausbezahlen? Warum ist in diesen Geschäften die Möbelschlepper schon längst abgeschrieben? Weil sie einfach einschlägige Geschäftsleute sind, die ganz genau wissen, daß es auch ihr Schaden nicht ist, wenn sie ihre Einkassierer anständig entlohnen und behandeln. Die Praxis beweist auch, daß gerade diese Geschäfte am besten florieren, und weil diese Einkassierer repräsentabler bei der Kundschaft auftreten, unter dem großen Publikum als auf gesunder Grundlage stehende Firmen allgemein bekannt sind.

Allgemein wird unter Kollegen über schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse geklagt, von den Indifferenten gewöhnlich am meisten, aber sich zur Zeit emporzuraufen und für Verbesserung dieser Verhältnisse einzutreten, wird meistens mit der Ausrede, es hilft ja doch nichts, zurückgewiesen. Ehrlicher würden die Kollegen sein, wenn sie sagen würden, wir wollen nicht, weil wir keine Männer sind und unter freier Wille nur soviel reicht, soviel es von oben gesteckt wird.

Kollegen, schilt ihr die Schwach Eurer Unmännlichkeit nicht mehr? So ist es jetzt mit Euch gekommen, und es ist höchste Zeit, daß Ihr Euch aufrafft und aus Euren Schläfen aufwacht. Schließt Euch Mann für Mann dem Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterverband, Sektion der Einkassierer, an und kämpft an der Seite Eurer aufgeregten Kollegen und Brüder für die so notwendige Verbesserung Eurer Lohn- und Arbeitsverhältnisse wie Männer, die die traurige Lage ihrer Lebensverhältnisse erkannt haben. Wäge, wenn es so weit kommt, keine Rade sein in den Reihen der Kollegen und jeder seine Schuldigkeit tun. Ihr werdet dann den Prinzipalen Achtung vor Eurer Einigkeit abringen und der Vertrauensstelle, die Ihr einnehmt, gemäß, würdige Lohn- und Arbeitsverhältnisse schaffen und Euren Familien das geben können, was zur Lebensnotwendigkeit nötig ist. Säumt nicht länger und organisiert Euch alle!

Eine Lohnbewegung der Straßenbahner in Kopenhagen.

Am 1. Juli 1905 beschloß die Organisation der Straßenbahn- und Omnibus-Angestellten in Kopenhagen (Dänemark) durch schriftliche Abstimmung auf familiären Dinten mit 1002 gegen 187 Stimmen die Kündigung des bestehenden Lohnvertrages zum 1. Januar 1906.

Die Verhandlung, welche darauf stattfand, zwischen den Repräsentanten der Kopenhagener und Friedrichsberger Straßenbahngesellschaft (beide in Kopenhagen) und den Repräsentanten der Organisation der Angestellten, führte nicht zu der gewünschten Einigkeit.

Die Arbeitszeit betrug bisher in der Woche 61 Stunden für Schaffner bei Einlagenwagen und für Schaffner und Fahrer beim Fernverkehr (Omnibus) ebenfalls, dagegen 59 Stunden für Schaffner und Fahrer der Zweiteilwagen. Die Angestellten verlangten die Arbeitszeit verringert bis höchstens auf 55 Stunden die Woche für das ganze fahrende Personal.

Die Gesellschaften machten während der Verhandlung folgenden Vorschlag: Die Arbeitszeit wird verkürzt auf 60 resp. 57 Stunden. Die Vertreter der Organisation kamen diesem Vorschlag insofern entgegen, indem sie ihre zuerst gestellte Forderung auf 57 resp. 55 Stunden abänderten. Ferner war unter ihren Forderungen auch die eines Anfangsgehaltes für das nichtfahrende Personal von 1080 Kronen (1 Krone gleich 1,12 1/2 Mark) jährlich, steigend in 12 Jahren bis auf 1320 Kronen. Das jetzige Anfangsgehalt beträgt 1080 Kronen, steigend in 10 Jahren auf 1200 Kronen. Die Gesellschaften machten den Vorschlag, der Gehalt (1200) solle mit 6 jähriger Dienstzeit erreicht sein. Weiter seien sie bereit, die Arbeitszeit für das nichtfahrende Personal um 1/2 Stunde zu verkürzen und in Krankheitsfällen in den ersten 1 1/2 Monaten das volle Gehalt und in den nächsten 1 1/2 Monaten das halbe Gehalt auszugeben. Ferner solle das Reservepersonal eine kleine Lohnsteigerung erhalten. Dieses waren die wesentlichen Zugeständnisse der beiden Gesellschaften und sie erklärten, nicht weiter gehen zu können. In Bezug auf die Arbeitszeit wurde der Vorschlag gemacht, eine Eingabe bei dem Kopenhagener Kommunalrat einzubringen, denn dieser ist durch einen älteren Vertrag Mitschlichter über die Dauer der Arbeitszeit der Angestellten. Früher sei schon einmal die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit an die Gesellschaften gestellt, aber die Antwort sei damals gewesen, wenn die Arbeitszeit verkürzt werden solle, dann müßte auch ein Lohnabzug gemacht werden. In der Verhandlung selbst gingen die Vertreter der Gesellschaften wenig auf die Forderungen der Angestellten ein, etwas Entgegenkommen sagten sie aber zu. Unter anderem meinten die Vertreter der Gesellschaften noch, daß die von ihnen gemachten Vorschläge eine Mehrausgabe von 80 000 Kronen jährlich ausmachen würden, was hingegen die Vertreter der Angestellten der Meinung waren, daß diese Summe viel zu hoch angeschlagen sei. Die Gesellschaften wollten den neu abzuschließenden Vertrag auf die Dauer von 3 Jahren eventl. bis 1. August 1908, im Falle die Stadt den Betrieb selber übernimmt. Diese Bestimmung wollten die Vertreter der Angestellten auch anerkennen, vorausgesetzt, daß die Angestellten das ganze Jahreseinkommen anerkennen würden. Das war aber nicht der Fall.

In der Nacht vom 28. zum 29. Dezember beschloßen die Angestellten in ihrer Generalversammlung im Lokal Engshavevej, daß ihre gestellten Forderungen von den Vertretern aufrecht erhalten werden sollen. In der neuen Verhandlung am 30. Dezember blieben die Vertreter der Gesellschaften aber auf ihre Zugeständnisse bestehen. Der Direktor der Kopenhagener Gesellschaft, Carlsen, behauptete, daß die Verhandlungen zu keinem günstigen Resultat geführt hätten. Wenn es jetzt zu einem Konflikt kommen sollte, so müßten die jetzigen Angestellten damit rechnen, daß für jeden neu Eingestellten (Streikbrecher) einer von ihnen überflüssig würde.

In der Nacht vom 30. zum 31. Dezember fand eine nochmalige Generalversammlung der Angestellten im Aetona-theater statt. Es sollte darüber Beschluß gefaßt werden, ob sofort der Streik proklamiert werden solle, um auf diesem Wege die gestellten Forderungen durchzusetzen. Nach der Abstimmung in der Generalversammlung im Engshavevej war alle Aussicht dafür vorhanden. Aber so leicht war dieses nicht, denn die Angestellten, die ihren Lohn am 1. und 15. eines jeden Monats im voraus erhalten, hatten diesen Lohn auch für den 31. Dezember bereits erhalten. Würde die Arbeitseinstellung am 31. in aller Frühe erfolgt sein, dann würde diese Aktion sicher ein geringfügiges Nachspiel gehabt haben. Ferner waren auch noch andere Umstände zu erwägen. Einem Streik der Straßenbahner in Kopenhagen müßte soviel als möglich aus dem Wege gegangen werden, denn durch die direkte Verhinderung dieser Aktion mit der Verbotung würde eine solche Arbeitseinstellung viel fruchtbarer geführt und mit fruchtbarer Augen betrachtet werden, als jeder andere Streik, der der öffentlichen Wirtschaft mehr entrichtet ist. Aber diese Rücksichtnahme mußte gegen die liefteligen Ursachen des drohenden Konflikts in den Hintergrund treten. Der eine der Direktoren der Kopenhagener Gesellschaft, Herr Faber, ist bei verschiedenen Gelegenheiten dem Personal gegenüber sehr ausverkauft aufgetreten, ferner forcierte die Gesellschaft die Fahrschnelligkeit, um dadurch an Ausgaben für Elektrizität zu sparen, und bei der Ausarbeitung des Fahrplanes wurden die Pausen an den Endstationen zu verkürzt, daß fast nichts mehr übrig blieb. Alles dieses hatte eine große Verärgerung in den Reihen des Personals hervorgerufen, und ein Streik schien unummeidlich.

Nach spät abends desselben Tages, an dem die Generalversammlung stattfand, fand noch eine Zusammenkunft mit den beiden Direktoren Carlsen und Heide statt, in der Kamerad Olsen, Vorsteher des gesamten Gewerkschaftsverbandes von Dänemark, verfuhrte, dieselben nachgelassener zu stimmen. Er erreichte nur, daß die von den Gesellschaften gemachten Zugeständnisse dem Tarif zugeführt, und daß dieser Tarif nicht drei Jahre, sondern nur ein Jahr Gültigkeit haben sollte. Darauf hatte der Kamerad Olsen eine Sitzung mit dem Vorstande der Organisation der Angestellten, der anfangs für den Streik war, aber schließlich darauf einging, der Generalversammlung folgende Resolution zur Annahme vorzulegen:

„Die Generalversammlung beschließt, daß das bei der Verhandlung zwischen den Gesellschaften und dem Vorstande der Organisation von Seiten der Gesellschaften gemachte Angebot anerkannt wird, doch unter der Bedin-

gung, daß der Vertrag für dieses Mal nur ein Jahr Gültigkeit hat.“

In der Generalversammlung wurde diese Resolution nach langer Diskussion abgelehnt, wonach man zur Abstimmung über die Proklamation des Streiks schritt.

Um einen Streik zu proklamieren, verlangt das Statut der Organisation eine 2/3 Majorität. Von den anwesenden 1220 Mitgliedern mußten also 915 für einen Streik sein. Da Mangel bestand, daß diese Zahl nicht erreicht werden würde, schlug der Vorstand vor, im Falle der Ablehnung zur Resolution zurückzugehen und diese anzuerkennen. Dieses wurde angenommen. Die Abstimmung ergab nun, daß 526 für den Streik und 341 dagegen waren, der Rest hatte keine Stimmzettel abgegeben. Damit war der Streik abgelehnt und die Leitung der Organisation teilte den Gesellschaften mit, daß sie gewillt seien, auf das gemachte Angebot der Gesellschaften einzugehen, aber nur auf die Dauer eines Jahres, dann würden sie ihre Forderungen erneuern.

Ein Nachwort zum Streik in Gangerhausen.

Überall daselbe Bild: teure Lebensmittel, niedrige Löhne. Schier unerträglich wird es für den Arbeiter, und am meisten fühlen dies unsere Kollegen und Mitglieder bei ihrer ausgebeuteten Arbeitszeit und schlechten Bezahlung.

Gangerhausen ist dafür eigentlich typisch. Hier findet man noch veraltete Zustände und Einrichtungen, welche so recht an die Grigolzeit des Mittelalters gemahnen. Schon der Eindruck ist nicht der einer Stadt, sondern der eines größeren Bauerndorfes mit mehreren größeren Gütern; und in der Tat: alles ist noch ländlich.

In solchen Orten entwickelt sich auch die Gewerkschaft sehr schwer, dieses geht aus für unsere Verbände, auch wir machen nur langsam Fortschritte.

In letzter Zeit, hauptsächlich das ganze Jahr 1905 hindurch, ging es aber recht lebhaft zu; wir gewannen an Mitgliedern, unter anderem auch die Arbeiter in der Walzfabrik A. G. Diese Arbeiter machen zum Teil alles, d. h. wenn in der Walzfabrik zu tun ist, arbeiten sie darin, ist es hier zu Ende, dann arbeiten sie als Speicharbeiter, Aufseher oder sonst als Hilfsarbeiter.

Als im Herbst 1905 die Saison in der Walzfabrik begann, bekam auch ein Teil unserer Mitglieder Beschäftigung, und es dauerte nicht lange, so waren die anderen, welche noch nicht organisiert waren, Mitglieder unseres Verbandes geworden.

Die Kollegen glauben nun auch berechtigt zu sein, mit den alten Mißständen aufzuräumen, glauben ferner, daß es genügt, organisiert zu sein, um streiken zu können, ohne vorher ihre Organisationsleistung in Kenntnis zu setzen.

Wo soll dieses hinführen, wenn die Kollegen, auf ihre eigene Faust pochend, überall da, wo sie sich einigermassen stark fühlen, selbständig streiken wollten? Dieses würde zu einem Zustand schaffen, welcher in absehbarer Zeit eine ganze Gewerkschaft an den Rand des Abgrundes bringen kann.

Die Kollegen waren hier selbstherrlich in den Streik getreten, und als sie sahen, daß es so nicht weiter ging, sollte der Gewerkschaftshelfer helfen. Als dieser kam, machten die Kollegen aber lange Gesichter, weil er ihnen so ihres Vorgehens Vorhaltungen machte. Die Karte war schon halb in den Sumpf gefahren, es war, sozusagen, ein toller Streik.

Nachdem die nötigen Anordnungen getroffen, wurde eine Kommission gewählt, welche die Wünsche dem Herrn Direktor Stoy unterbreiten sollte. Letzterer ging auf die Verhandlungen ein und ergab die Kollegen pro Schicht 20 Pf. und Verkürzung der Schicht von 12 Stunden auf 11 Stunden.

Dieses war am 14. Dezember 05. Diese Bewegung war nicht glänzend zu Ende.

Dieses sollte aber nicht lange dauern. Der Direktor Stoy hatte ganz genau gewußt, daß die Arbeiter planlos den Kampf aufgenommen hätten; er hatte unter dem augenblicklichen Druck und der Not nachgegeben und suchte sich zu rächen.

14 Tage später, am Tage vor dem Neujahrstagabend, wurden 6 Mann, und zwar die der Kommission angehörigen, plötzlich entlassen. Der Solidaritätsstreik mußte aufgenommen werden. Die meisten Arbeiter, bis auf 9 Mann von 42, traten darauf in den Abwehrstreik.

Die Verhandlungen, welche wir nun herbeizuführen suchten, blieben ohne Erfolg. Eine Versammlung, welche einer Demonstration gleich, fand statt. Der Direktor Stoy und der Polizeikommissar waren anwesend. Der Kollege Martin Schildeke noch einmal die Entlassung und den bisherigen Verlauf der Bewegung mit besonderer Verurteilung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und kam zu dem Schluß, daß es gelingen möge, den Kampf, welcher den Arbeitern aufgebunden ist, zu einem christlichen Frieden zwischen beiden Parteien zu Ende zu führen.

Es soll nun hier nicht unerwähnt bleiben, daß nach dem der Kampf anhaltend eine Woche gedauert hatte, es schon sehr viel Wankmilch gab, verschleierte Frauen machten ihren Männern die bittersten Vorwürfe, daß diese mit in den Streik gegangen seien.

Wo die Not am größten ist, ist auch die Jagdbastigkeit, die Missetätigkeit groß. Dieses mußte reiflich erwogen werden. Welchen Wert soll es haben, einen Streik, wenn die Begeisterung für diesen Weg ist und nach einer Woche schon die Kengilligkeit Platz greift, ja, Seldem von Abtrünnigkeit schon vorhanden sind, länger weiter zu führen? Dann ist es besser, man macht einen Frieden, wo es keinen Sieger und keinen Besiegten gibt. Dann ist der Sperrling in der Hand besser, als die Taube auf dem Dache. Und wir hatten auch in diesem Kampfe dem Direktor Stoy schon wieder Vorteile abgerungen, und zwar noch weitere 10 Pf. für die Schicht, jedoch die Kollegen nun 30 Pf. für die Schicht mehr bekommen sollten.

Es handelte sich jetzt also um Einstellung der 6 Gemahregellen.

Der Betrieb war ziemlich zum Stillstand gebracht. Die Vertikung der Fabrik hatte einige Arbeitskräfte bekommen und arbeitete mit diesen nun so gut, wie es ging, weiter. Wir hatten aber zu erwarten, daß eine Woche später ein Teil der Streikenden zum Streikbrecher würde. Denn was ist richtiger, ein fortdauernder Streik, welcher verloren geht und infolge dessen uns Mitglieder und Opfer kostet, oder Abbruch, wenn noch Zeit dazu vorhanden ist und zumal wenn noch trotzdem uns Vorteile winken? Sicher letzteres.

Eine Kommission wurde von der Versammlung gewählt, mit welcher der Direktor Stoy in neue Verhandlungen trat. Die Arbeiter wurden alle nach und nach wieder eingestellt. Ferner verpflichtete sich der Direktor, von den Gemahregellen, soweit wie es möglich sei, ohne die Arbeitswilligen zu entlassen, solche wieder einzustellen.

Damit war der Kampf beendet. Vorteile hat er auf alle Fälle gebracht: 10 Pf. Lohnerhöhung noch extra pro Schicht und bessere Schichtenteilung, als vorher vorhanden war. Die Arbeiter sind jetzt alle bis auf 2 oder 3 wieder eingestellt, und diese letzteren haben eben nicht so lange gewartet und sich anderweitig Arbeit gesucht.

Der Gauplerfolg aber ist darin zu sehen, daß der Unternehmer, veranlaßt vielleicht durch seinen großen Schaden, welchen er gehabt hat, eingesehen hat, daß mit den organisierten Arbeitern nicht so leicht Kirschen essen ist. Die Organisation wurde anerkannt.

Die ganze Situation in diesem Kampfe war aber dadurch ersichtbar, daß die Kollegen am Anfang ohne Ziel und Plan in den Streik gegangen waren; war dieser von vornherein richtig eingeleitet, so wäre dieser Streik von größerem und schnellerem Erfolg gewesen. Die Kollegen werden sich dieses zur Warnung und Nachsicht dienen lassen.

Jetzt gilt es nun, die Zahlstelle weiter auszubauen; die kommenden Zeiten werden noch ernstere, als die hiesigen sein. Jeder muß jetzt seinen Posten ausfüllen, damit wir noch gerüsteter dastehen.

Öffentliche und Mitalkeder-Versammlungen.

Alsfeldburg. Am Sonntag, den 4. Februar, fand unsere Mitglieder-Versammlung statt. Ein Kollege aus Frankfurt ermahnte die Anwesenden, in dieser ersten Zeit alles daran zu setzen, damit auch in unserer, in der Arbeiterbewegung noch ziemlich zurückgebliebenen Gegend der Gedanke der freien Gewerkschaften sich immer mehr Bahn bricht.

Nachdem hierauf die Abrechnung vom letzten Quartal gegeben, schritt man zur Wahl der Ortsverwaltung, und zwar wurde als 1. Vorsitzender der Kollege Karl Sieger, Marlenstr. 10, und als Schriftführer der Kollege Josef Schlotter, Rohmstr. 24, gewählt. Als Kassierer fungiert der Kollege Adam Zick, Schloßgasse 21, und als Revisoren kommen die Kollegen Elias Dorn, Lützenstraße und Gabriel Stein, Böhlerstr. 8, in Betracht. Zu Beisitzern wurden die Kollegen Hermann Sieger und Georg Schmidt bestimmt.

Baut = Wilhelmshafen. In der außerordentlichen Mitglieder-Versammlung vom 13. Februar wurde beschlossen, vom 1. April 1906 ab einen wöchentlichen Beitrag von 50 Pf. zu erheben. Vom 1. April werden unsere Kollegen Mitgliedsbeiträge 45 Pf. - Marken mehr mitbringen, und machen ihre Beiträge, die mit ihren Beiträgen im Einklang sind, aufmerksam, bis dahin ihre Bücher in Ordnung zu bringen.

Weiter wurde beschlossen, auch in diesem Jahre ein Weihnachtsgeldvermögen zu veranlassen und hierzu als Quartale eine Extrarunde von 50 Pf. zu erheben. Wir empfehlen unseren Kollegen weiter, unsere Bibliothek etwas mehr in Anspruch zu nehmen. Bücher werden jeden Abend im Bureau ausgegeben.

Berlin. Allgemeine Versammlung der Drahtseilfabrikanten am 19. Februar.

In kurzen Worten ging der Referent auf das Aufblühen der Autoverleumdung ein und stellte auf Grund seines ihm vorliegenden Materials fest, daß sich das Unternehmertum dieses Verneins auf eine fälschliche Nebeneinnahme, die die eigenen Arbeiter, Geldverdiener, liefern müssen, gelegt hat. Es handelt sich um die Ausbildung von Leuten jeden Verstandes, für die Automobilindustrie, gegen eine bedeutende Summe für das Lernen 50-75 Mk. von Seiten der betreffenden Anfänger resp. Fahrer. Einige Gesellschaften, führte der Referent aus, nutzen dieses Nebengeschäft zu aus, daß auf 60-80 Fahrer 20 und mehr Lehrlinge kommen, die als Lehrling 4 Wochen und länger auf Stellung warten, nachdem sie das schwere Lehrgeld bezahlt haben, ohne daß sie einen festen Wagen bekommen, resp. keinen Vorrat haben.

Die Resolution, die der Referent den beiden Versammlungen vorlegte und auch einstimmig angenommen wurde, bringt einen Protest zum Ausdruck, gegen die verkehrte Ausnutzung von den Unternehmern gegen unfähige Leute, die außer dem Wagenführer keine technische Ausbildung erlangen.

Von den folgenden Diskussionsrednern wurde soviel Besprechungsmaterial, das das Auffinden des Großkapitals richtig kennzeichnete, zu Tage befördert, daß die angenommene Resolution, die ein Vertreter des Zentralverbandes als noch viel zu gering bezeichnete, die Behörde zum denken veranlassen geben muß. Unwillkürlich mußte man über die Unverfrorenheit einer Automobilgesellschaft staunen, als ein Redner feststellte, daß diese Gesellschaft einen Fahrer, der kaum den Wagen lenken konnte, nach dreiwöchiger Lehrzeit in den Straßenbetrieb hinstellte und nachdem der Wagen stark demoliert wurde, doch durch Schuld der gewissenlosen Gesellschaft, dem unfähigen unangebildeten Fahrer noch 150 Mk. abknöpfte.

Mitglieder vom Zentralverband stellten zum Schluß noch fest, daß die Ausbildung der Lehrlinge noch einen, also doppelten Zweck hat, nämlich soviel Lehrling zu haben, daß organisierte unklare, unbotmäßige Fahrer auf

das Pflaster gesetzt werden können, wenn dieselben sich einmal eine Kritik erlauben. Im allgemeinen haben die Kollegen nichts gegen die Ausbildung der Lehrlinge für den Beruf einzuwenden gehabt, da wir eine Gewerkschaft haben. Nur waren sämtliche Redner darüber einig, daß die Summe die eigentlich vom Unternehmern d. h. der Organisation festgelegt ist, viel zu hoch für die mangelhafte Ausbildung ist. Wächtig ist es für den Fachmann, daß Fahrer die drei bis vier Jahre drei bis vier Systeme gefahren haben, Zwanzig Mark Lehrgeld an einen solchen Ringunternehmer zahlen sollen, der nebenbei Kaufmann, Rechtsanwalt oder Auditor ist, man hält sich die Aufklärer vom Leibe.

Weiß malte ich und schwarz wurde es, kann man von dem zweiten Punkt der Tagesordnung sagen. Wenig interessant war für die Zentralisten der Antrag des Vorstandes des Lokalvereins über Einführung eines strengen Vertrauensmännerstems, weil der Zentralverband dieses mittlerweile seit Jahren beibehält. Wächtig gefallte sich aber die Versammlung hochgradig, als ein Fahrer an den Vorstand die Anfrage richtete, was zu dem Unglücksfall des elektrischen Kraftwagenführers am Kurfürsten Damm von Seiten des Vorstandes getan worden ist.

Die latomische Notiz in der Presse lautete vor einigen Tagen:

„Ein Fahrer des elektrischen Kraftwagenbetriebes trieb vor am Kurfürsten Damm gewöhnen, plötzlich zu bremsen, wodurch der Wagen kurz stoppte, hinter hoch ging, der Fahrer über die Steuerung fiel und sich das Genick brach. Schuld hat eine schlechte Stelle im Pflaster, wodurch der Wagen zum Kopfstellen veranlaßt wurde.“

Leider diesen Zwischenfall ist natürlich der Weltstadtstrudel hineingefallen und erst in Versammlung von den Fachleuten, den Fahrern dieser Gegend wurde der Unfall erst gewarnt, gegen die eigentlichen Schuldigen, allerdings nicht gegen die Charlottenburger Pflastermeister!

Mehrere Diskussionsredner, die in dem obengenannten Großbetriebe tätig waren, bestätigten einstimmig, daß bei Abnahme von neuen Wagen mit elektrischen oder Benzinspiritusantrieb aus dem Polizeipräsidium genau nach Schema & Vorgegeben wird, nämlich die Wagen einige Male hin und hergefahren und kurz gebremst werden, was unverständlichweise auf dem keinen Fasse des Polizeipräsidiums und nicht im Verkehr geschieht. Abgesehen davon, daß die Wagen nicht neu bleiben, wie sie dem blauen oder grünen Auge der Polizei zur Ansicht vorgelegt werden, wird die Verkehrssicherheit der Fahrer und Motorwagen gar nicht genau geprüft. Staunenregend ist es nun, wie Fahrer dieser Motorwagen erzählen, daß auf glatten und trockenen Asphalt, sogar auf dem Potsdamer Platz die Wagen von der Type des Unglücksfalles einfach beim Bremsen von hinten nach vorn sich hoben und die Fahrer auf Pflaster flogen und mit einigen Hautabschürfungen wegstiegen.

Trotz des Protestes dieser Fahrer wurden die Wagen nicht außer Betrieb gesetzt, die Wagen, welche zu kurz gebaut sind und die Vorderräder mit Ventache und Hauptbelastung fest unter dem Fahreritz haben, müssen sich beim Gebrauch der Strombremse überklagen nach dem bekannten physikalischen Gesetz von der Fortbewegung eines rollenden Körpers und der plötzlichen Contrebeugung desselben. Nach dem Unglücksfall sind nicht nur nicht die Wagen außer Betrieb gesetzt worden, sondern man suchte sich einen Bräutigam, und da mußte das Pflaster herhalten. Der Unternehmer läßt nach wie vor die Knochenmühlen laufen, um Kapital, den Mehrwert herauszuholen.

Bemerkenswert ist, daß der Vorstand diese Wagen beschäftigt hat und die Kollegen beruhigt, daß nichts geändert wird. Nach diesem Vernein und einer sachlichen Diskussion protestierten die Vertreter des Zentralverbandes unter Führung der Massenmorde durch die Industrie, gegen diese offizielle Mordmaschine und forderte auf, ein energisches Veto gegen solche Auswüchse des Großkapitals einzulegen, was auch von sämtlichen Anwesenden anerkannt und zugestimmt wurde.

Zum Schluß verlangte der Vorstand des lokalen Vereins von Mitgliedern neues Material um die nötigen Schritte gegen die Firmen zu tun. Der Vorstand machte außerdem darauf aufmerksam, daß eine große Agitationsversammlung für diesen Beruf in nächster Zeit einberufen wird und zwar mit dem Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter zusammen.

Berlin. Die Sektion der Speicherarbeiter hielt am Sonntag, den 28. Januar, eine gut besuchte Versammlung ab. Zunächst hielt der Genosse Sidmer einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung.“

Sodann gab der Kollege Gustaf Freese einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Sektionsleitung im Jahre 1905. Aus dem Bericht ging hervor, daß die Sektion zwei größere Lohnbewegungen ohne Streit siegreich durchgeführt hat, und zwar im Frühjahr die der Alfordarbeiter, sowie im Herbst die der Lohnarbeiter. Außerdem fanden drei Abwehrkämpfe bei zwei Speicherfirmen statt, wovon die zwei ersten siegreich, dagegen der letzte Abwehrkampf bei der Frankfurter Gütergesellschaft durch das unzulässige Verhalten von einigen Kollegen resultatlos verlief. Außer 7 großen Versammlungen fanden noch 40 Betriebsbesprechungen statt. Die Betriebsvertrauensleute und die Lohnkommission hatten im Jahre 14 Sitzungen. Außerdem hatte die Lohnkommission in 5 Fällen Streikstellen aus Anlaß des bestehenden Lohnvertrages mit einzelnen Unternehmern und deren Arbeiter zu schließen.

An den Bericht schloß sich eine kurze Diskussion.

In die Sektionsleitung wurden Johann Albert Besthof als erster und Gustaf Freese als 2. Sektionsleiter, Ernst Schmidt als Schriftführer gewählt. Die Agitationskommission wurde aus folgenden Kollegen gebildet: Josef Enders, Louis Schulz, Eppach, Köhn und Bogemehl.

Eine längere Debatte zollte sodann die Angelegenheit, daß verschiedene Fuhrbetriebe das Ausladen von Getreide durch ihre Fahrer unter dem tariflichen Lohn ausführen betreiben lassen, welche die Firma Weich u. Knapen am Schiffbauerdamm ansetzen läßt. Es wurde festgestellt, daß die Fahrer für das Ausladen pro Tonne Getreide nur 40 Pf. bekommen, während der Lohn auf den Anlagestellen der Speicher 70 resp. 80 Pf.

pro Tonne beträgt. Die Fuhrunternehmer sollen dagegen außer ihrem Fuhrlohn für die Verwerflichkeit des Ausladens 1 Mk. und darüber für die Tonne Getreide bezahlen.

In der Debatte wurde das unfolkbare Verhalten von verschiedenen Getreidefuhrbetriebe, die es bis dato noch nicht für nötig halten, sich der Organisation anzuschließen, scharf kritisiert und hierbei betont, daß diese Gruppe von Fahrern danach trachten müßte, sich mit Hilfe des Verbandes ihre niedrigen Löhne aufzubessern, damit sie nicht auf Nebenverdienst angewiesen ist.

Die Weich- und Getreidefuhrbetriebe, welche extra zu dieser Versammlung eingeladen waren, klängten auch diesmal wieder zum größten Teil durch Abwesenheit.

Folgende Resolution fand hierzu einstimmige Annahme:

„Die heute versammelten Speicherarbeiter beurteilen auf das allerentschiedenste das Verhalten der Fahrer von den Fuhrbetrieben Enders, E. Lindemann, M. Wagner, indem dieselben das Getreide aus den Häfen unter dem tariflichen Lohn ausladen. Die Versammelten erwarten, daß die Fahrer ihr Verhalten ändern und in jeder Weise die Speicherarbeiter solidarisch unterstützen. Andernfalls verpflichten sich die Anwesenden, zur gelegenen Zeit einschließen zu denjenigen Firmen, welche ihr Getreide durch Fahrer am Markt ausladen lassen, Stellung zu nehmen.“

Berlin. Die Verwaltung I hielt am 18. Februar ihre ordentliche Generalversammlung ab, dieselbe erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Auf der Tagesordnung stand: Entgegennahme des Jahresberichts der Verwaltung, Rechnungsabnahme und Wahlen. Vor Eintritt in die Tagesordnung erbrachte die Verwaltung das Andenken von 12 Kollegen, welche im Laufe des letzten Quartals 1905 gestorben sind, durch Erheben von den Plätzen. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen stellte der Bevollmächtigte den in Vorstandsform gedruckten vorliegenden Jahresbericht zur Diskussion. Der Bericht umfaßt 107 Druckseiten und bringt in chronologischer Zusammenfassung eine Uebersicht über die Lohnbewegungen und Streiks, welche im Laufe des Jahres 1905 die einzelnen Branchen zu fähren hatten. Weiter bringt der Bericht eine Uebersicht über die geschäftliche Tätigkeit der Verwaltung, Kranken- und Arbeitslosenstatistik und den Jahresfinanzbericht.

Zur Diskussion sprachen nur 8 Kollegen. Die Redner gaben ihrer vollen Zufriedenheit über die Leistungen des Verbandes Ausdruck und der Verwaltung wurde im allgemeinen für ihre Tätigkeit Anerkennung gezollt.

Nach Erledigung dieses Punktes wurde der Jahresbericht vom letzten Quartal 1905, welcher ebenfalls vervielfältigt vorlag, zur Diskussion gestellt.

Kassenbericht pro 4. Quartal 1905.

Einnahme			
An Kassenbestand vom 1. Oktober 1905			28 677,12
„ Aufnahmen a 1. - Mk. 2348			2 348,-
„ Aufnahmen a 50 Pf. 2			1,-
„ Ortsfonds a 50 Pf. 49			24,50
„ Ortsfonds a 25 Pf. 16			4,-
„ Wochenbeitr. a 40 Pf. 158 896			63 558,40
„ Wochenbeitr. a 30 Pf. 910			273,-
„ Wochenbeitr. a 20 Pf. 5332			1 066,40
„ Extrabeitr. a 40 Pf. 33 431			13 872,40
„ Extrabeitr. a 20 Pf. 841			168,-
„ Duplikate a 20 Pf. 9			1,80
„ Mehrerlöse			489,16
„ Feste			174,28
„ Protokolle vom Transportarbeiterkongress			27,60
„ Protokolle vom Verbandstag			210,90
„ Diverse			12,15
		Mk.	110 408,91

Ausgabe			
Ver Beeridigungsbeihilfe		Mk.	830,25
„ Deriliche Extra-Unterstützung			243,50
„ Agitation u. Versammlungen			1 690,89
„ Druckfachen			431,70
„ Courier-Expedition			744,80
„ Gewerkschaftskomm.-Beiträge			625,35
„ Gehalt u. Verlicher-Beiträge			3 308,85
„ Entschädig. an Verwaltungsmitglieder			189,-
„ Vergütung an Vertrauensleute			4 893,02
„ Arbeitsnachweis Berlin I			1 328,19
„ Arbeitsnachweis Niddorf			49,50
„ Bureauante			213,50
„ Bureaufernsprecher			107,70
„ Bureaureinigung			106,20
„ Bureaubeleuchtung			136,32
„ Lichtmeseranstellung			137,-
„ Bureauheizung			52,90
„ Bureauhilfsarbeiten			1 273,65
„ Diverse Ausgaben			72,68
„ Porto			103,12
„ Bureauentwürfen, Neuanschaff.			684,80
„ Festausgaben			71,60
„ Verbandstagsprotokolle			600,00
„ Hauptkassendotation			63 388,95
„ Kassenbestand am 1. Jan. 1906			29 125,89
		Mk.	110 408,91

Bilanz			
Einnahme		Mk.	81 731,79
Ausgabe			81 283,02
Ueberschuß		Mk.	448,77
Kassenbestand vom 1. Oktober 1905			28 677,12
Kassenbestand am 1. Januar 1906		Mk.	29 125,89

Berlin, 30. Januar 1906.

Paul Steinide, Kassierer.

Die Revisoren:

F. Vinte. F. Wreska. D. Franke.

Der Kassierer gab zunächst einige Erläuterungen zu dem Bericht. Zur Diskussion traten Sachverständige, Theile Streiter und Novak. Auf Antrag des Revisors Wreska, welcher die Richtigkeit des Kassenberichts bestätigte, erteilte die Versammlung dem Kassierer Decharge. Sodann gab

der Arbeitsvermittler Kollege Harting einige Ergänzungen und Erläuterungen zum Arbeitsnachweisbericht des letzten Quartals 1905. Der Bericht war bereits in Nr. 2 des „Courier“ zum Abdruck gebracht. Zur Diskussion sprachen Kuntow, Nowak und Thomas. Die Redner rügten das Verhalten einiger Kollegen in dem Unfallsstatistik der Arbeitslosen, gleichzeitig wurde der Wunsch auf Schaffung größerer Räume für den Nachweis geäußert. Der Bevollmächtigte brachte hierzu zur Kenntnis der Versammelten, daß die Verwaltung zu der Frage auf Anschaffung größerer Räume für die Arbeitsnachweis Stellung genommen habe, und bei der sich wahrscheinlich in nächster Zeit bietenden Gelegenheit Räume hierfür im Gewerkschaftshaus mieten wird. Dummeh wurde zur Wahl der Ortsverwaltung geschritten. Hierzu war im Laufe der Verhandlung ein Antrag von Wiedemann und Genossen eingegangen, wonach die innere Verwaltung anstatt aus 9 in Zukunft aus 15 Mitgliedern bestehen soll und die erweiterte Verwaltung vollständig in Wegfall kommen soll.

Dieser Antrag fand nicht die Unterstützung seitens der Versammlung und wurde deshalb nicht zur Beratung gestellt. Die Wahl der Ortsverwaltung gab folgendes Resultat: Werner, erster Bevollmächtigter; Seiwid, Kassierer; Lütke, Schriftführer; Meier, zweiter Bevollmächtigter; Werner, Friedrich, Wolf, Freude, Franke, Weißer; Rische, Markgraf, Höfster, Meisner.

Darauf gelangte nachfolgender Antrag der Bezirksführer und Betriebsvertrauensleute zur Verhandlung.

Die am 19. Februar 1906 bei Buggenhagen tagende Generalversammlung der S. T. u. W. Betriebsarbeiter, Ortsverwaltung Berlin I., beauftragt den Hauptvorstand, mit Rücksicht auf die ungenügende Finanzierung aller Lebensmittel, sich mit dem Ausschuss in Verbindung zu setzen, damit den Angehörigen des Verbandes vom 1. März 1906 ab eine monatliche Zulage von 15 Mk., bis zur nächsten Hauptgeneralversammlung gezahlt wird. Der Hauptvorstand wird außerdem beauftragt, der nächsten Hauptgeneralversammlung eine den Verhältnissen entsprechende Gehaltskala vorzulegen.

Der Antrag wird seitens der Kollegen Meier, Ludwig und Schramm befürwortet, während Rischki und Höfning gegen den Antrag sprechen. Schließlich gelangt der Antrag mit großer Majorität zur Annahme.

Berlin. Die Section der Geschäftsführer und Lagerarbeiter hielt am Sonntag, den 11. Februar ihre Monatsversammlung ab. Der Sectionsleiter sprach über: „Ein Rückblick auf das Jahr 1905.“

In kurzen, klaren Sätzen lieferte derselbe den Entwicklungsgang der Section. Die Rede passierte. Redner kam dabei auf einzelne Lohnbewegungen zu sprechen und wies nach, daß der im großen und ganzen gute Erfolg nur der im letzten Halbjahr eintreffenden rührigen Agitation, sowie dem entschlossenen Vortriebsstreben der Kollegen Geschäftsführer und Lagerarbeiter zu verdanken sei. Ferner führte Redner aus, wenn auch nicht sämtliche gestellten Lohnforderungen einen unmittelbaren Erfolg für uns gezeigt haben, so hat sich jedoch auch hier wieder die Tatsache bewährt, daß oftmals auch die anscheinend resultatlos verlaufene Lohnbewegung, sowie der sogenannte „vorübergehende“ Streik, in Bezug auf Kraftentfaltung, im Kampf gegen das Unternehmertum als nicht zu unterschätzende Faktoren zu betrachten sind. Es hat sich teilweise wieder gezeigt, daß der Erfolg später, nach Beendigung der Differenzen, in Gestalt einer Lohnzulage, besserer Behandlung usw. zu verzeichnen war.

Über die Tätigkeit der Sectionsleitung wurde folgender Bericht gegeben: Es haben im verflossenen Jahre stattgefunden: 3 Sitzungen der Sectionsleitung, 5 Versammlungen der Betriebs-Vertrauensmänner, 53 Betriebsbesprechungen, 9 öffentliche Versammlungen und außerdem noch 15 Sonntags-Agitationstouren. Lohnforderungen wurden 8 gestellt, davon wurden 7 bewilligt. Außerdem gewährten ca. 18 Firmen den Kollegen Geschäftsführern infolge reger Agitation unter denselben pro Woche 2-3 Mark Zulage.

An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen, unter anderem wurden den verhältnismäßig zahlreich anwesenden Frauen aus Verzele, ihre Männer vom Versammlungsbesuch nicht abzuhalten, sondern im Gegenteil sie dazu anzuhalten. Außerdem wurden die Kollegen aufgefordert, auf die Arbeiterpresse zu abonnieren, da nur sie die Interessen der Arbeiter vertritt.

Zum Punkt drei der Tagesordnung: „Wahl der Sectionsleitung“ entspann sich eine lebhafte Debatte, es wurde durchweg der Wunsch geäußert, nur tüchtige und im Beruf erfahrene Kollegen zu wählen.

Einschließlich wurden dann die Kollegen Gustav Alisch als Sectionsleiter, Richard Zahn als Stellvertreter, Hermann Dohersheim als erster Schriftführer, Hermann Schulz als Stellvertreter und die Kollegen Gustav Schulz und Max Steller als Beisitzer gewählt. Außerdem wurde noch eine Agitationskommission, bestehend aus mehreren Kollegen gewählt.

Berlin. Eine Versammlung der Kohlenarbeiter und Arbeiter tagte am Sonntag, den 28. Januar in Volzig Mülhens. Der Bevollmächtigte referierte über: „Ein Rückblick auf das Jahr 1905“ und „Was haben die Kohlenarbeiter zu tun, um ihre Lage zu verbessern“. Derselbe schilderte zunächst die allgemeinen Lohnverhältnisse und wies dabei auf die Praktiken der Kohlenbergbauhändler hin, die es stets verstanden haben, ohne Rücksicht auf die bestehenden Lohnverhältnisse, ihre Arbeiter und Arbeiter auszuhebeln, die sich sogar nicht scheuten, zu einer Zeit, als die Kohlenpreise zu Gunsten der Unternehmer in die Höhe gingen, die Löhne ihrer Arbeiter zu reduzieren, weil sie wußten, daß eine Einigkeit unter denselben nicht vorhanden war. Daß die Lohnbewegung im vorigen Jahre nicht durchgeführt werden konnte, haben die Kollegen selbst und zwar durch ihre schlechte Organisation verschuldet. Die Löhne sowohl, als auch die Arbeitszeit seien zur Zeit auf den verschiedenen Plätzen aus verschiedenen. Es muß Aufgabe der Section sein, dafür zu sorgen, daß sich in diesem Jahre die Organisation soweit entwickelt, daß durch eine allgemeine Lohnbewegung die Löhne und Arbeitsverhältnisse in der ganzen Branche gleichmäßig geregelt werden können. Die Agitation muß mit aller Energie betrieben werden, dies umso mehr, als die Kohlenbergbauhändler gut organisiert sind und sich alle Praktiken der Unternehmerrorganisationen zu eigen machen, indem sie schon im vorigen Jahre mit einer Ausperserung gedroht

haben. Daraus geht klar hervor, wessen wir uns seitens der Unternehmer zu gewärtigen haben. Nur wenn wir gut organisiert sind, wird ein Lohnkampf erfolgreich durchgeführt werden können.

Nach einer kurzen Diskussion, welche sich im Sinne des Referates bewegte, gab der bisherige Sectionsleiter Kollege Wied den Jahresbericht, worauf dann folgende Kollegen in der Sectionsleitung und die Agitationskommission gewählt worden sind: Giese, Großmann, Tenzer, Böhm, Nitsche, Wied, Kutschau, Just, Naube, Brandt, Seifert, Lübbe, Gintner, Schulz, Willenroth und Wanger.

Vielefeld. In der letzten Generalversammlung der hiesigen Zählstelle wurde der Bericht vom 4. Quartal gegeben. Die Einnahmen betrugen einschließlich eines Kassenbestandes von 97,52 Mk., insgesamt 638,07 Mark, die Ausgaben 438,86 Mk., darunter 345,96 Mk., welche an die Hauptkasse gezahlt wurden. Es bleibt für das Jahr 1906 ein Kassenbestand von 199,21 Mark. Die Jahresrechnung betrug 1429,91 Mk. Dem Kassierer wurde auf Antrag des Beirats seine Entlassung erteilt. Der Mitgliederstand ist, nachdem am Ende des Jahres ein Minus von 10 Personen vorhanden war, wieder auf die alte Höhe gelangt. Der Verlust war hauptsächlich durch Uebertreitt zum Metallarbeiterverband verursacht.

Dem Vorstandsbereich ist zu entnehmen, daß im Laufe des Jahres 13 Mitglieder- und 3 öffentliche Versammlungen stattgefunden haben. Bei letzteren referierten die Kollegen Himpel-Gumburg und Köhler. In einer größeren Besprechung sprach Genosse Seiwid. Außerdem fanden 13 Betriebsbesprechungen statt. Der Erfolg der Lohnbewegungen der Feinspinner und der Angestellten der Wack- und Schlegelgesellschaft ist bekannt. Ein Kollege, welchem Rücksicht zugestanden worden war, ist mit der Frage abgewiesen worden. 26 Briefe und 44 Briefe und Karten sind eingegangen, 98 Briefe wurden versandt.

Zu dem zu Ostern in Berlin tagenden Handelsarbeiter-Kongress wurde Kollege Wilhelm Müller mit 41 Stimmen als Delegierter gewählt. Die Kosten sollen durch Sammelkassen aufgebracht werden. Betreffs Besprechung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hiesigen Speditionsarbeiter soll in den nächsten Tagen eine öffentliche Versammlung stattfinden.

In der Ortsverwaltung wurde Kollege Lang neugewählt und die übrigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Ins Kartell wurden Dethorn und Spiller delegiert.

In der Diskussion kam zur Sprache, daß sich im Betriebe von Kautsch kein Raum befindet, worin die Leute des Mittages einnehmen können. Hierauf schloß der Versammlung.

Bremen. Am 21. Januar 06 fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Lefsch gab einen ausführlichen Geschäftsbericht vom letzten Quartal, in dem er durch die rege Agitation der einzelnen Kollegen den Zuwachs der Mitglieder der Versammlung vor Augen führte. Alsdann erstattete Kollege Schmidt den Kassenbericht. Kassenbestand vom 3. Quartal 05 1211,87 Mk., Einnahmen 8811,30 Mk., mithin zusammen 5023,17 Mark; Ausgaben 892,76 Mk., an die Hauptkasse gezahlt 2914,25 Mark, Bestand am Schluß des 4. Quartals 1216,16 Mk. Der Mitgliederbestand am Schluß des 4. Quartals betrug 651. Für die Rednerkollegen berichtete Kollege Barraf, daß alles in bester Ordnung befindlich sei.

Sodann wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Zu Punkt 2, Wahl der Funktionäre, wurde Kollege Lefsch als 1. Kollege Seins als 2. Bevollmächtigter, als Kassierer Kollege Schmidt einstimmig wiedergewählt. Als Beisitzer fungieren die Kollegen Wietens, Vichtenhooft, Normann, Boigt, Garbi und Thomas, als Rednerkollegen die Kollegen Grimme, Glasfolski und Lütke. In den Gausvorstand wurden die Kollegen Gödel, Böse, Haupt, Koch und Grimme gewählt.

Punkt 3, Wahl von Bezirksleitern, wurde zur nächsten Monatsversammlung vertagt. Zu Verbandsangelegenheiten stellte Kollege Seins den Antrag, dem Kassierer pro Quartal 25 Mk. für Entschädigung zu bewilligen, welcher einstimmig Annahme fand. In einer anderen Sache ließ ein Antrag ein, Anschaffung eines Cycloped, welcher ebenfalls angenommen wurde.

Zum Schluß erwähnte Kollege Lefsch die anwesenden Kollegen, in diesem Jahre mit der Ortsverwaltung gemeinsam die Mittagesabende bis über tausend zu erhöhen.

Breslau. In der am 12. Februar stattgefundenen Mitgliederversammlung referierte ein Kollege über die Invaliden-Versicherung. Redner bespricht ausführlich die einzelnen Bestimmungen, die das Gesetz vorsieht und weist darauf hin, daß unsere Kollegen auch auf diesem Gebiete viel Unterstützung bedürfen. Die darauf folgende Diskussion schloß sich im wesentlichen den Ausführungen des Referenten an. Hierauf wurde der Versammlung folgender Anschließungsantrag unterbreitet: Die Ortsverwaltung beauftragt, den Kollegen Nowak Giesel, Sampluch-Nr. 32005 wegen wiederholter Disziplinwidrigkeit aufgrund des § 3 Abs. 7 b aus dem Verbande auszuscheiden. Derselbe wurde einstimmig angenommen. Ferner gelangte noch folgende Resolution einstimmig zur Annahme: Die Mitgliederversammlung der Verwaltungsverhältnisse Breslau billigt keineswegs den in Nr. 24 des „Courier“ enthaltenen Artikel: „Gewerkschaften und Vorwärtskonflikte“. Wenn auch die Redaktion glaubte, wichtige gewerkschaftliche Prinzipien verteidigen zu müssen, so ist sie doch in dieser vermeintlich notwendigen Abwehr zu weit gegangen. Gerade in den zurückgelassenen Gegenden hat diese Stellungnahme einzelner Gewerkschaftsbücher gegen das führende Organ der Partei prinzipiell Aufsehen erregt. Unter Mitteilungen gab Kollege Wied bekannt, daß demnächst eine Kandidatenversammlung stattfinden wird, betreffs Stellungnahme zum Handelsarbeiter-Kongress. Zum Schluß wurde noch beschlossen, eine Umfrage bei den Mitgliedern zu veranstalten, um festzustellen, wie weit dieselben Leser der „Volkskraft“ sind.

Celle. Unsere Generalversammlung fand am Sonntag, den 20. Januar, statt. Der Bericht derselben war ein guter, es waren etwa 40 Kollegen erschienen; auch hatte ein Zell derselben ihre Frauen mitgebracht, was nur zu begrüßen ist, da in vielen Fällen gerade

die Frauen die Grenzen der Organisation sind und ihnen in den Versammlungen die beste Gelegenheit geboten wird, sich von dem Nutzen der Organisation zu überzeugen. Deshalb ist es zu wünschen, wenn alle beteiligten Kollegen auf die Weise ihren Frauen Gelegenheit geben würden, sich über die Ziele der Arbeiterbewegung aufzuklären, hoffentlich wird dieser Anregung in Zukunft immer mehr Folge geleistet.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung, Vortrag, nahm der Vortrager das Wort, um in etwa einflüßiger Rede über: „Der Kampf der Unternehmer und Behörden gegen die Arbeiterorganisationen“ zu sprechen.

Zuerst schilderte der Redner die Entlohnung der Gewerkschaften, wie durch dieselben den Arbeitern so manche Vorteile errungen wären. Diese Entlohnung hat nun die Unternehmer nicht ruhen lassen, sie haben gleichfalls Organisationen gegründet, die im Laufe der Zeit sich immer mehr als solche herausbildeten, deren Hauptaufgabe die Vernichtung der Arbeiterorganisationen war. Jedes Mittel ist ihnen zur Erreichung dieses Zweckes recht, wärschlich sind diese Herren gerade nicht. Ein gewisser Vorteil ist ja von vornherein auf ihrer Seite vorhanden, ihre Zahl ist nicht so groß und sie verfügen über ganz andere Geldmittel. Diese Uebertreitt benutzen sie nun auf andere Weise. Da sind zu allererst die berüchtigten schwarzen Listen zu nennen, wodurch sie erreichen, daß Arbeiter, die sich nicht als willfährige Sklaven bezeugen lassen wollen, von Ort zu Ort gehetzt werden; ob ganze Familien zu Grunde gerichtet werden, ist ihnen gleich, sie fragen nichts danach, ihr Geld ist gesüß. Ein anderes Mittel sind die Aussperrungen, wenn einige Arbeiter ein paar Pfennige Lohnzulage zu erreichen suchen und eventuell in den Streik treten, werden von den Unternehmern tausende von Arbeitern einfach auf die Straße geworfen, nur der paar anderen Kollegen wegen, die es gewagt hatten, Lohnforderungen zu stellen. Diese Aussperrungen haben einen riesigen Umfang angenommen, so in Grimmlinghau, Rheindahl, Weiskalen, Bayern und zuletzt in Berlin. Ueberall kam man das gleiche beobachtet. Jede Gelegenheit wird zur Unterdrückung benutzt. Der bekannte Herr Meit hat nun ein neues System entdeckt, das der A.B.G.-Aussperrung. Darnach sollen in allen Betrieben und ganzen Berufsgruppen eines Ortes oder Bezirks, wenn irgend welche Lohnforderungen seitens der Arbeiter gestellt werden und es zur Arbeitsseinschließung kommt, alle Arbeiter, deren Name mit den genannten 3 Buchstaben anfängt, ausgesperrt werden, wenn dies öfters wiederholt wird, soll der Arbeiter nicht mehr gemacht werden. Diese Herren kennen anscheinend die Solidarität der deutschen Arbeiter nicht, eine Probe würde sie bald eines besseren belehren. Ein anderes System, nach Geburtsjahre, soll in derselben Weise gehandhabt werden.

Im Grunde mit den Arbeitgebern sind die Behörden eifrig bemüht, die Arbeiterorganisationen zu unterdrücken. Von den Verfolgungen während des Sozialistengesetzes ganz abgesehen. Bei Streiks, Lohnbewegungen usw. sind sie stets auf Seiten der Arbeitgeber. Das Streikpostenstreichen wird oftmals verboten, Strafaktionen erfolgen, trotzdem hühen und gebelhen die Organisationen. Versammlungen werden unter den niedrigsten Vorwänden verboten, schwere Verfassungen erfolgen wegen der geringsten Streikvergehen, angeblicher Verfassungen von Arbeitswilligen. Nicht nur einmal ein Arbeiter sich hinreißen, durch das herausfordern der Nennungen solcher Elemente den wohlverordneten Lohn zu verabsagen, so werden die schwersten Justizhausstrafen ausgesprochen; werden solche Vergehen gemeinschaftlich von mehreren begangen, so werden Anlagen erhoben wegen Landesfriedensbruchs, und die Werten des Justizhauses öffnen sich für die betreffenden Arbeiter. So stehen Arbeitgeber und Behörden zusammen im Bunde, die Arbeiter zu unterdrücken. Für uns erwächst daraus die Pflicht, überall den Gedanken der Organisation zu verbreiten, um den letzten Mann für die gerechte Sache der Arbeiter zu gewinnen. Der gependete Beifall bewies, daß die Kollegen von dem Gehörten befreit waren.

Darauf fanden die Vorstandswahlen ihre Erledigung. Als Bevollmächtigter wurde Kollege Wiedernied gewählt, als Kassierer der Kollege Marjes und als Schriftführer der Kollege Herwig.

Im Verleichen wurden die Kollegen noch aufgefördert, soweit sie noch nicht Leser des „Volkswillen“, unseres Parteiorgans, seien, nunmehr umgeändert dies nachzugehen, da die Interessen der Arbeiter einzig und allein von unserer Partei vertreten werden. Auch wurde zum Anschluß an den Wahlverein aufgefordert, da die Aufführung im Volkswillen noch viel zu wünschen übrig lasse.

Zum Schluß wurden die Kollegen noch ermahnt, mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß auch der letzte Mann der Organisation zugeführt würde, denn nur durch eine starke Organisation ist es möglich, die traurige Lage unserer Kollegen zu verbessern.

Celle. Als Antwort auf das in der vorigen Nummer des „Courier“ bekannt gegebene Inserat unserer Herren Arbeitgeber in der „Celleischen Zeitung“ fand am Freitag, den 10. v. Mts., eine öffentliche Transportarbeiter-Veranstaltung statt. Wie vorausgesehen, hatten die „Herren“ durch ihre Annonce unsere Gefühle verletzt, so daß eine Transportarbeiter-Veranstaltung hat unter Selbstbeteiligung noch nicht gesehen, es waren aber 100 Kollegen erschienen, und zwar der Verkauf der Veranstaltung ein großartiger, auch können wir mit dem Erfolge derselben zufrieden sein. Angst und Schrecken scheint den Unternehmern in die Glieder gefahren zu sein. Im Besitze seien die bereits das furchtbare Beispiel des Streiks, der Revolution über Celle herüberdrehen, es ist ihnen unendlich, wie so ein simpler, gehobelter Arbeiter und Streich es wagen kann, in eine „sozialdemokratische“ Versammlung zu gehen oder sich gar als Mitglied in den so gefürchteten und verhassten Verband aufnehmen lassen kann. Mit schollerten Beinen tritten sie daher, jeden Augenblick befehlend, der „Streich“ könne „upsternisch“ werden. Die Vorbereitungen zu dieser Veranstaltung haben es ihnen abermals angefallen. Aus der gemachten Mannegebricht erlindt folgender Anglistreik in der „Celleischen Zeitung“:

Arbeitgeber von Celle

Wollen wir uns eine Organisation schaffen oder wollen wir still halten und uns Vorschriften machen lassen?

Die Sache ist jetzt dringender!

Hierzu scheint das erste Inzert nicht den gewünschten Erfolg gehabt zu haben, vielmehr zieht es diesmal, die Sache ist doch so dringender. Man sieht, aus jeder Zeile spricht die Angst, den Ausführenden könne es einfallen, eines Tages eine Verzögerung ihrer Arbeitskraft entsprechend ihrer Leistung zu verlangen. Das ginge dann doch über die Zulassung, still halten und sich Vorschriften machen lassen; wir verstehen diese Angst der Unternehmer. Sobald der dreimal geheiligte Profit in Gefahr ist, schreiben sie sich und weh. Täglich werden unsere Kollegen ängstlich von den Unternehmern befragt, wann es denn nun eigentlich losginge. Wenn die Sache nicht so ernst wäre, könnte man wirklich laut auflachen, unsere Kollegen aber werden dafür sorgen, daß der letzte Mann der Organisation zugeführt wird.

Das von unserem Gaudelers gehaltene Referat über: „Warum müssen wir uns organisieren?“ wurde mit vielem Beifall aufgenommen.

In der Diskussion wurden denn auch die verschiedenen Mängel in unserem Berufsstande. Von den 14, 15 Mr. sind keine Sellenheit, über 18 oder gar 20 Markt verdient, bekommt einen fürstlichen Lohn. Dabei sind die Lebensverhältnisse in Celle nicht viel billiger, wie in den großen Städten. Außerdem ist die Arbeitszeit so lang, daß manchmal 1 1/2 Arbeitstage als ein Tag berechnet herauskommt. Pausen scheint man hier gar nicht zu kennen, Frühstück und Vesper muß meistens während der Arbeitszeit eingenommen werden, mittags ist manchmal nicht so viel Zeit, das Essen einzunehmen. Verzögerung von Sonntagsarbeit und Überstunden kennt man gar nicht. Bezeichnend ist der Ausdruck eines Unternehmers einem Kollegen gegenüber, der für die geleistete Arbeit seiner Frau und sich, sie halten am Sonntage den ganzen Tag bei der Seuernte geholfen, eine kleine Entschädigung verlange, das könne er nicht, wenn er da noch extra für bezahlte solle, so viel verdienen er selber nicht, er hätte doch an seiner (des Kollegen) Familie schon so viel gutes getan. Worin das Gute besteht, weiß der Kollege selbst nicht.

Diese Diskussion hat allen Kollegen so richtig be- wiesen, wie notwendig eine gute Organisation für uns ist.

In der nun folgenden kurzen Pause ließen sich 11 Kollegen aufnehmen; ein schöner Erfolg.

Nachdem vom Referenten in seinem Schlusswort darauf hingewiesen wurde, daß alle Kollegen nun unab- lässig tätig sein sollen, den letzten Mann der Organisation zuzuführen und die Organisatorien stets treu zur Fahne halten müssen, auch der politischen Organisation mühte ein jeder Kollege angedören und Abkommen des „Voll- wille“ werden, wurde mit einem Hoch auf die Arbeiter- bewegung diese so großartig verlaufene Versammlung ge- schlossen.

Dresden. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt in letzter Zeit mehrere Agitations-Versammlungen in verschiedenen Stadtteilen ab, die sich alle eines guten Besuchs erfreuten. Nur eine und zwar für den Stadtteil Wilsdorf konnte wegen zu schwachen Besuchs nicht stattfinden; trotzdem eine Anzahl Kollegen die Versammlung gewünscht hatten.

Die Versammlung für Dresden-Mitte fand am 7. Februar statt. In derselben referierte Genosse Redakteur Niemi. Sein Vortrag über „Die Kulturarbeit der Ge- werkschaften“ fand lebhaften Beifall. Unter „Gewerkschaft- liche Angelegenheiten“ machte Kollege Richter die Ver- sammlungen darauf aufmerksam, daß in Nachschubangelegen- heiten die Kollegen nicht wie wiederholt vorkommt, sondern sofort nach dem Bureau kommen müssen, damit eventuell recht- zeitig Verfügung eingeleitet werden könne. Kollege Bergmann weist die Kollegen auf die am 13. März stattfindende allgemeine Kollegenversammlung im Volkshaus hin, zu welcher alle Kollegen erscheinen müssen, da bekanntlich am 15. März der neue Tarif in Kraft tritt. Nachdem noch auf eine demnächst stattfindende Marktschreier-Versammlung und auf unter Leitungsfahrt aufmerksam gemacht worden war, erfolgte Schluss der Versammlung.

Frankenthal. Kürzlich hielt die hiesige Zählstelle ihre Jahresversammlung ab, welche einen guten Besuch zu verzeichnen hatte. Der Vorsitzende gab den Jahres- bericht, der Kassierer den Kassenbericht, welcher von den Revisoren für richtig befunden wurde. Hierauf wurde von den Anwesenden Decharge erteilt.

Die Neuwahl hatte folgendes Ergebnis: Joh. Müller, 1. Bevollmächtigter, Friedrich Kühn, 2. Bevollmächtigter, Franz Wilmacher, Schriftführer, Joh. Wolf, Kassierer, Wilhelm Wader, Anton Regenauer und Martin Müller, Revisoren, Anton Weich, Mitkassierer und Ludwig Würz- burger, Kartellbeauftragter.

Die Mitgliederzahl ist in diesem Jahre eine gleiche geblieben. Das Vokal bleibt bei Wagnar.

Hierauf entspann sich eine längere Debatte über Mit- glieder, welche mit ihren Beiträgen weit im Rückstande sind. Diese halten es nicht mehr für notwendig, organi- siert zu sein. Jetzt, wo durch den Verband die Lohn- verhältnisse verbessert wurden, sind bei der Meinung, sich Kleider und Schuhe zu kaufen, statt die Beiträge zu zahlen.

Nachdem die Kollegen mehrmals ermahnt worden, ihren Pflichten nachzukommen, wurde von dem Verbands- Rat 3 s Gebraucht gemacht.

Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Mitglieder auf, recht fleißig mit zu agitierten, damit wir in diesem Jahre einen besseren Fortschritt zu verzeichnen haben.

Hierauf folgte Schluss der Versammlung.

Frankfurt a. M. Generalversammlung am 7. d. Mts. Aus dem vom Bevollmächtigten erstellten Vor- standsbericht war zu sehen, daß im 4. Quartal 23 öffentliche, 3 Verbandssammlungen und 28 Besprechun- gen und Sitzungen stattfanden. Im selben Zeitraum wurden durch 3 Lohnbewegungen und einen Streik, woran sich insgesamt 73 Kollegen beteiligten, ganz be- deutende Verbesserungen für die Mitglieder der Organi- sation erzielt. In zwei Fällen fanden Kartellschlüsse

statt. Die Zahl der im ganzen letzten Jahre geführten Lohnbewegungen beträgt fünf ohne Streik mit 96 be- teiligten und drei mit Streik und 218 beteiligten Kollegen. Mit Ausnahme des Streiks der Glasreiniger endeten alle diese Lohnbewegungen mit einem Erfolg für die daran Beteiligten. Auch sonst ist die Organisation in Bezug auf Agitation äußerst rührig gewesen, und zwar fanden insgesamt im Jahre 125 öffentliche, 13 Verbandssamm- lungen und 81 Sitzungen und Besprechungen statt.

Nebener schloß seine Ausführungen mit einer Mah- nung an die zahlreich erschienenen, nun auch ferner treu zur Organisation zu halten, damit das Erreungene hochgehalten werden kann.

Aus dem nun folgenden Bericht des Kassierers war zu entnehmen, daß im letzten Quartal 127 neue Mit- glieder der Organisation zugeführt wurden. Der Verkauf an Beitragsmarken hat sich gegenüber dem 3. Quartal um rund 1000 gehoben und stellt einer Einnahme von 2409,87 M. eine Ausgabe von 2279,21 M. gegenüber. An die Hauptkasse wurden 1351,17 M. gesandt. Neben einer ziemlichen Summe für Extra- und Reiseunterstützung kamen im 4. Quartal 242,20 M. an arbeitslose Mit- glieder zur Auszahlung. An Unterstützung für kranke Kollegen wurden 81 M. verausgabt. Hierbei ist zu be- merken, daß in manchen Fällen die Kollegen um Unter- stützung an die Ortsverwaltung gegangen, aber in Punkt Beitragszahlung nicht immer ihrer Pflicht nachgekommen sind. Es wurde dieses gerügt und darauf hingewiesen, daß nur diejenigen in Zukunft auf Unterstützung Anspruch machen können, deren Mitgliedsbücher auch in Ordnung sind. Die sonstige geschäftliche Tätigkeit im 4. Quartal war ebenfalls sehr reg. Es gingen ein 89 Briefe und Karten, 23 Drucksachen, 29 Pakete und eine Decharge. Demgegenüber kamen zum Versand 149 Briefe und Karten und 347 Drucksachen. Eine ganze Reihe von Schrift- stücken, Eingaben an Behörden, Klagen usw., wurden an- gefertigt. Die Zahl der im ganzen Jahre eingegangenen Briefe und Karten beträgt 507, der Drucksachen 86 und der Pakete 122. Die Zahl der Ausgänge: 1016 Briefe und Karten, 3048 Drucksachen, 5 Pakete und 6 Decharges. Der Verbands-Arbeitsnachweis brachte im Jahre 229 Kollegen in feste Stellungen und 39 wurden zur Aus- hilfe untergebracht. Arbeitslos meldeten sich in diesem Zeitraum 319 Kollegen. Der Schlußlohn bei den befehlten Stellen betrug 27 M. pro Woche.

Die Versammelten nahmen den Bericht mit Befrie- digung entgegen und wurde hierauf dem Vorstand, sowie dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt.

Bei der nun folgenden Wahl der neuen Ortsverwal- tung leitete Kollege Gahlert mit, daß durch die außer- ordentliche Entwicklung die Organisation im Bau, seine ganze Tätigkeit in Anspruch genommen sei und es ihm nicht möglich ist, ferner das Amt des Bevollmächtigten zu übernehmen. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Arnold gewählt. Die Wahl des 2. Vorsitzenden fiel auf den Kollegen Krißfeld. Als 1. Kassierer fungiert Kollege Gländer und als zweiter der Kollege Konrad Meier. Das Amt der Schriftführer wurde den Kollegen Frey und Wehning übertragen. Zu Beisitzern wurden die Kollegen Joshim, Stein und Müller bestimmt und als Revisoren Dent, Stah und Pahl. Als Kartellbeauftragte kommen die Kollegen Hopf, Arnold und Gung in Betracht.

Freiburg i. Schl. Eine öffentliche Versammlung wurde am 11. Februar in Pölsitz abgehalten. In der- selben sprach ein Kollege aus Breslau über: „Die Vor- gänge der letzten Zeit“. Nebener führte den Anwesenden die letzten Vorstandsberichte vor Augen, zeigte an der Hand von Vorstandsmaterial, wie die Arbeitgeber vorgehen, und ermahnte zum Schluss seiner Ausführungen die Kollegen zu festem Zusammenhalten und steter Mitarbeit für den Verband.

Seine Ausführungen ernteten lebhaften Beifall. Hierauf wurde zur Wahl der Ortsverwaltung ge- schritten. Als dato bestand nur ein Vertrauensmann. Gewählt wurden: Vorsitzender Heinrich Wiede, Kas- sierer August Weiser, Schriftführer Adolf Komte, Bei- sitzer Karl Bünzel, Hermann Kasper, Revisoren Adolf Geister, Johann Giebel, Heinrich Häbler.

Kollegen! Mit dem heutigen Tage werden neue An- forderungen an uns gestellt, glaubt nicht etwa, wenn die Ortsverwaltung gewählt ist, daß keiner mehr mitarbeiten darf, sondern jeder einzelne muß helfen; sorgt für Stärkung der Organisation, dann wird es auch in Frei- burg mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen besser werden.

Glogau i. Schl. In der Versammlung am 10. Ja- nuar wurden die Wahlen zur Ortsverwaltung vollzogen. Nach Aufnahme mehrerer neuer Mitglieder wurde be- schlossen, demnächst ein Wintervergnügen abzuhalten. Nach einer begeisterten Ansprache des Gaudelers trat hierauf Schluss der Versammlung ein.

Hamburg. Generalversammlung am 2. Februar 06 bei Hamer. Zunächst wird das Andenken der verstorbenen Kollegen Scherrig, Gattke, Ratze und Wiener in üb- licher Weise gelehrt. Zum Jahresbericht 1905 gibt Wagener bekannt, daß sich in der Abrechnung ein Druckscher ein- geschlichen hat, welcher jedoch vollständig bedeutungslos ist. Die Arbeitsleistung der Verwaltungsstelle Hamburg war auch in dem abgelaufenen Geschäftsjahre eine äußerst reichhaltige. Es fanden verschiedene Lohnbewegungen statt, von denen die Wehrzahl mit Erfolg endete. Um bessere Verhältnisse zu schaffen, ist unermüdliche Agi- tations- und Aufklärungsarbeit notwendig; besonders müssen aber die Sitzungen und Versammlungen fleißiger als bisher besucht werden.

Ueber den Jahresbericht entspinnt sich eine recht leb- hafte Debatte.

Stehend bemängelt mehrere Kategorien unter dem Sammelnamen „Hausdiener“; er wünscht eine reinliche Scheidung.

Stark rügt, daß vom zweiten Distrikt die Aufnahmen für die Partei nicht aufgeführt sind, und moniert die er- heblichen Rückstände in punkto Beitragszahlung.

Leo Dreier wünscht Aufklärung über die gezahlten Gehälter; die summarische Zusammenfassung genügt ihm nicht. Er verlangt zu wissen, wieviel jeder einzelne

Beamte an Gehalt bezieht. Ferner bemängelt er die Position „Managelber“ der Einfaltlerer. Es sei un- verständlich, wie einem bescheidenen Einfaltlerer Managelber gezahlt werden können. Auch der Posten „Telephon“ ist ihm viel zu hoch; da müsse mehr gespart werden. Und dann noch „Diverses“. Was ist Diverses? Auch sind im Jahresbericht die Reichsgerichtsfälle zu steifmütlich be- handelt. Alle Fälle müßten im Bericht aufgeführt wer- den. Dann zum Schluß noch: Wo sind die Gelder aus dem Distrikt 3 geblieben, welche als Restsumme aus der Ehrung des Kollegen S. verbleiben und auf Beschluß der Verwaltung der Ortskasse überwiesen wurden?

Wagener gibt auf alle diesbezüglichen Fragen An- wort und eingehende Belehrung über seine vollständig umhüllten, von wenig Sachkenntnis zeugenden Fragen.

Dort beantragt, die Jahresabrechnung und den Jahresbericht in einer späteren Versammlung zu dis- kutieren, da noch nicht alle Mitglieder die nötige Zeit zum Studium des Berichtes gehabt hätten. Das wird abgelehnt.

Wertmann teilt mit, daß sämtliche Positionen der Jahresabrechnung in allen Einzelheiten eingehend geprüft und für richtig befunden wurden und beantragt Decharge- erteilung.

Dem wird einstimmig Rechnung getragen.

Zur Neuwahl der Ortsverwaltung gibt Wagener zu- nächst die Beschäftigung der kombinierten Verwaltung bekannt, wonach die Sektions- und Distriktsleitungen nur aus drei Personen bestehen dürfen. Der jeweilige Sektionsleiter ist Mitglied der Ortsverwaltung; Vertretung ist unzulässig.

Zum Vorsitzenden der Ortsverwaltung wird Wagener einstimmig gewählt; zum Hauptkassierer W. Gaaf. Als Ortsverwaltungsmitglieder werden gewählt und bestätigt: Vierkufcher: W. Dierls; Kassenprüfer: F. Lambrecht; Hausdiener: W. Sterb; Kassier: C. Samann; Ver- gesirbeiter: Liebmann; Altona: F. Carlberg; Wands- bed: Feil. Die Sektion Druckschreifer hat noch nicht wählen können. Für die Sektion Kassenreue wird Leo Dreier einstimmig abgelehnt.

Körper erhebt Protest gegen die Wahl Kessler in die Sektionsleitung der Vierkufcher; die Sache wird der Sektion zur weiteren Erledigung überwiesen.

Als zweiter Vorsitzender der Ortsverwaltung wird Samann (Kassier) als Schriftführer, F. Lambrecht (Kassenprüfer) gewählt. Die Wahl der Revisoren ergibt: Wertmann, Berger, Sagenbrecher, Schreiber und Höhring.

Den Kassenbericht pro Januar gibt Gaaf.

Wertmann rügt, daß die Abrechnungen der Sektionen über Festlichkeiten so spät gegeben werden, wofür Ver- sierung und beantragt Decharge für den Kassierer.

Dementprechend wird beschloffen.

Von der Gaudelung Kiel liegt ein Anschreiben vor, worin die Verwaltungsstelle Hamburg aufgefordert wird, sich dem Protest gegen die Berliner Gewerkschaftskom- mission, betreffs Aufnahme der Lokalorganisierten Haus- diener Berlins, anzuschließen.

Folgende Resolution gelangt einstimmig zur Annahme:

„Die Generalversammlung der Verwaltungsstelle Ham- burg nimmt mit Entfaltung Kenntnis von dem Vorgehen der Berliner Gewerkschaftskommission, betreffs Aufnahme des „Vereins Berliner Hausdiener“, trotz des Protestes unserer dortigen Kollegenchaft. Die Versammlung erklart in dem Vorgehen der Gewerkschaftskommission eine Schädigung unserer Interessen, sowie der Interessen der zentralorganisierten Gewerkschaften überhaupt und kann die Abwehrmaßnahmen unserer dortigen Kollegenchaft nur billigen.“

Die Entlassung des Vierkufchers Gramlow ist nach Aussage des Direktors, Herrn V. erfolgt, weil ersterer seine Pflichten nicht aufrichtig erfüllt; der eigene Vater des G. hat dem Herrn Direktor dies bezeugt. Damit müsse für uns die Sache zunächst erledigt sein.

Frau Dreier stellt namens ihrer Kolleginnen in der Filiale „Hamburger Echo“, Einschlüsse, den Antrag, den weiblichen Mitgliedern statt des „Courier“ die „Gleichheit“ zu liefern.

Dieser Antrag wird von Frau L. Baumann be- kämpft, weil es zweckmäßiger sei, beides zu lesen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Dolow und Woll bringen unseren Arbeitsnachweis bel Schmiedel, Hammerbrookstraße, in Erinnerung. Es herrscht dort immer eine sehr große Nachfrage nach Ar- beltskräften, und sehr viele gutbezahlte Stellen konnten nicht besetzt werden. Es ist Pflicht jedes arbeitslosen Kollegen, täglich, morgens vor 6 Uhr, bei Schmiedel nachzufragen, damit gemeldete Stellen besetzt werden können. Auch alle in Arbeit befindlichen Kollegen müs- sen in diesem Sinne wirken.

W. (Vierkufcher) ersucht um Unterstützung in der Agitation unter den in Wilsch- und Wietzegeßchen arbeitenden, fast gänzlich unorganisierten Kollegen.

Wagener erklärt, die Sache energisch ansetzen zu wollen.

Wertmann gibt eine Richtungsweisung seiner Äußerun- gen im Protokoll der Gaudelung.

Zum Schluss macht Wagener auf den „Winterabend“ aufmerksam und ersucht um recht rege Beteiligung. Auch gibt er noch bekannt, daß sich aus unserer Kollegenchaft eine Genossenschaft unter der Firma „Wissen ist Macht“ gegründet hat, welche es sich zum Ziel gesetzt hat, auf- klärende, besonders Parteiliteratur, zu verbreiten, welche auch in Lesemappen zu beziehen ist.

Hannau. Am 4. Februar fand unsere Mitglieber- versammlung statt. Nachdem ein Kollege aus Frankfurt die Kollegen zu festem Zusammenhalt und recht großer Einigkeit aufforderte, damit auch bei uns in Hannau die Erfolge der Organisation nicht ausbleiben, wurde die Wahl der Ortsverwaltung vorgenommen. Das Amt des Vorsitzenden wurde dem Kollegen Dabid Müller über- tragen. Als Kassierer wurde der Kollege Peter Steiger- wald und als Unterassessor Aug. Wülfert gewählt. Als Schriftführer fungiert Richard Weber und zu Revisoren wurden die Kollegen Konrad Knott und Franz Geunon bestimmt.

Miel. In der Monats-Versammlung am 14. d. Mts. hielt der Genosse Adam einen beifällig aufgenommenen Vortrag über das Genossenschaftswesen. Bezüglich des Streiks in der Bäckerei S. Lammer's wurde beschlossen, mit voller Energie und allen Mitteln überall für eine Boykottierung der Lammer'schen Warenprodukte einzutreten.

Ferner wurde das Verhalten des bisherigen Versammlungsvorstandes Schröder, Redendtr., der nach den Angaben der Streikposten die Waren der Firma Lammer's weiter bezog, scharf kritisiert und beschlossen, sofort sämtliche Versammlungen u. von dort nach den „Centralhallen“ zu verlegen. Weiterhin wurden die Ursachen des Streiks der Kohlenarbeiter bei Jhm's & Graf erläutert, sowie eine Verkehrskontrollkommission von 7 Mitgliedern gewählt. Nach Erledigung einiger anderer interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Röhlensbroda. Versammlung am 10. Februar. Der Referent Genosse Saugl sprach über das Thema: „Die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften.“ Redner verstand es, den Versammelten den Wert der gewerkschaftlichen Organisation klar vor Augen zu führen und zeigte treffend an der erfolgreichen Tätigkeit der Gewerkschaften, in welcher Weise dieselben kulturfördernd gewirkt hätten. Aufgabe jedes denkenden Arbeiters sei es, Mitglied der Gewerkschaftsorganisation zu sein und der weiteren Entwicklung unausgesetzt tätig zu sein. Redner beifallig belohnte die interessanten Ausführungen. Unter „Gewerkschaftliche Angelegenheiten“ macht Kollege Richter auf die Mißstände in verschiedenen Betrieben in Röhlensbroda und Nadebeul aufmerksam und ersucht die Kollegen, durch festen Zusammenschluß in der Organisation für Abhilfe derselben Sorge zu tragen. Nachdem noch auf die im März in Nadebeul stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht worden war, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Leipzig. Die hiesigen Fensterputzer hielten am 17. Februar im Restaurant Morgenröte eine Versammlung ab, in der ein Kollege über: „Die Mißstände in den Fensterreinigungsinstituten, und wie beseitigen wir dieselben?“ sprach. Der Redner unterzog die Zustände in unserem Gewerbe einer scharfen Kritik und teilte mit, daß sich vor ca. einem halben Jahre ein Unternehmerverein gegründet habe, dem nach und nach fast sämtliche selbständige Fensterputzer und Instituteneinhaber als Mitglieder beigetreten seien. Der Verein verfolge angeblich den Zweck, bessere wirtschaftliche Verhältnisse im Berufe zu schaffen, und versuche nun, dieses Ziel dadurch zu erreichen, daß er die Arbeiter möglichst drücke. Einen ganz besonderen Respekt schienen die Herren vor einer künftigen Lohnbewegung zu haben. Bekanntlich ließen die bestehenden Tarifverträge am 30. April d. J. ab. Was die Arbeiter nun zu diesem Zeitpunkt zu tun gedenken, wie der neue Tarif aussehen wird und wie man sich dazu stellen oder ob man dem entgegenarbeiten soll, das seien Fragen, die die Mitglieder dieses Vereins schon seit geraumer Zeit nicht mehr ruhig schlafen ließen. In der letzten Versammlung dieses Vereins habe man nun die Einführung einer Kautionsbeschlusses, um die Arbeiter noch fester an das Gängelband zu fesseln. Damit hätten die Herren aber die Rechnung ohne den Wirt resp. ohne den Arbeiter gemacht, denn unsere organisierten Kollegen hätten für diese Zumutung nur ein mildes Lächeln übrig. Zum Schluß forderte der Redner die Versammelten auf, fest zur Färbung der Organisation zu halten und sich nicht durch irgendwelche Machinationen von anderer Seite irreführen zu lassen.

Herrn Gentischel, dem Vorsitzenden des Unternehmervereins, der in der Diskussion versuchte, die Ausführungen des Referenten zu widerlegen, erteilte Kollege Satz-Brenner eine gezielte Antwort. Von den nachfolgenden Rednern wurden die Zustände bei der Firma Riemle und Schreiber kritisiert. Herr Riemle suchte seinen Verstoß zu verteidigen und stimmte ein langes Mägelchen an, indem er anführte, wie schön es doch in früheren Jahren gewesen sei, als der Arbeitgeber mit dem Arbeitnehmer noch auf dem freundschaftlichen Fußstand stand. Die Kautionsangelegenheit fand in Herrn Riemle einen warmen Vertreter. Er behauptete die Anwesenenden in väterlicher Weise über die guten und schönen Eigenschaften einer Kautions-Kollege Schmidt rühte die Ziele und Zwecke des Unternehmervereins in das richtige Licht und zeigte den Herren den Weg, den sie zu gehen haben, wenn ihnen etwas daran liegt, mit ihren Arbeitern in Ruhe und Frieden zu leben und sich einen tüchtigen Arbeiterstamm heranzuziehen. Er empfahl den Herren, sich ihren Kautionshumbung endgültig aus dem Kopfe zu schlagen. Herr Gentischel gab schließlich kleinlaut zu, daß er nach den gehörten Ausführungen selbst glaube, aus der Kautions-geschichte würde nicht mehr viel werden.

Nach einem Schlußwort des Kollegen Gräfe wurde die Versammlung geschlossen.

Leubnitz - Neustadt. Am 10. Februar 1906 fand hier eine Versammlung statt. Der Bevollmächtigte sprach über das Thema: „Was haben wir zu tun, um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erzielen?“ Referent geht auf die überaus traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Kollegen näher ein und führt den Anwesenden vor Augen, wie eine Besserung dieser erbärmlichen Verhältnisse herbeigeführt werden könne. Wenn unsere Berufs-Kollegen sich endlich einmal aufrufen und der Organisation sich in größerer Zahl anschließen würden, dann wäre bald Wandel geschaffen. Diese Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. In der Debatte wird darauf hingewiesen, daß Mißstände in verschiedenen Betrieben bestehen, daß aber an eine Abstellung derselben nicht eher zu denken sei, als bis die betreffenden Kollegen sich der Organisation angeschlossen hätten. Kollege Bergmann weist die Kollegen darauf hin, daß bei der Firma H. d. O. L. v. der geplante Abzug von 2 M. pro Mann durch die Mittelbarkeit der Kollegen und durch die Vermittlung der Organisation vereitelt worden ist. Nachdem der Vorsitzende noch einige Mitteilungen gemacht hatte, ersuchte er die Kollegen treu zur Organisation zu halten und unermüdet für sie tätig zu sein. Hierauf erfolgte Schluß der äußerst gut besuchten Versammlung.

Leipzig. Kollege Niederlich stellte der Versammlung mit, daß seitens des Zentralvorstandes der Aufruf an alle Handelskassensarbeiter und Arbeiterinnen für einen Allgemeinen Kongreß nach Berlin ergangen sei.

Redner schilderte die verschiedenen Mißstände im Handelskassens- und Streifen der 8 Uhr-Lohnschluß, sowie den Sechsstunden-Arbeitslohn. Hier mußte eine Veränderung geschaffen werden. Wie es jetzt der Fall ist, werden die Kollegen gerade kurz vor dem Schluß vom Geschäft weggeschickt, wenn der Abzug ein großer ist, müssen sie bis 9 Uhr dort sein. Es wäre Zeit, dies aus der Welt zu schaffen.

Hierauf wurde einstimmig beschlossen, einen Delegierten nach Berlin zu senden, und zwar wurde in gleicher Wahl Kollege Niederlich gewählt, welcher auch die Wahl annahm.

Bezüglich der Konsumvereine richtete Kollege Niederlich die Anfrage, warum die Kollegen nicht mehr an jenen beteiligten. Er schloß, daß der Verein im ersten Jahre seines Bestehens auf floriert hat.

In betref der Arbeiterblätter wurde den Kollegen die in Breslau erscheinende „Volksstimme“ und der „Proletarier aus dem Eulengebirge“ empfohlen.

In betref der Erbschaftsteuermarkt klagte der Kassierer, daß er immer auf Widerstand bei den Kollegen stöße.

Hierauf wurde beschlossen, den Kollegen eine Frist zu lassen.

Von einem Frühjahrsvorgängen wurde Abstand genommen.

Vorsitzender Kollege Bägels gab bekannt, daß der Zentralvorstand ihm 15 Bücher der deutschen Straßenbahner zugewandt habe, worauf sich zwei Kollegen für den Verkauf der Bücher meldeten.

Leipzig. Die Vorstandswahlen ergaben folgendes Resultat: 1. Vorsitzender J. Stellung, 2. Vorsitzender J. Will, Kassierer: R. Köster, Schriftführer: Jürgens, Beisitzer: Hellmann, Dietz und Kalf, Neuwörden: Schmitz, Weder 1 und Landborn, Bibliothekare: Becker 11 und Hennings, Korrespondenten: Hennings und Landborn, Stellvertreter: Kroggerstein und Will, Hilfskassierer: Ehlers, Brüggemann und Hennings. Als Delegierter zum Handelskassens-Kongreß wurde Stellung gewählt.

Leubnitz. Reges Leben ist wieder in die hiesige Verwaltungsstelle eingeblasen und steht zu erwarten, daß der Fortschritt der letzten Zeit anhält. Dies zeigte die am 11. Februar stattgefundene öffentliche Versammlung, in der ein Kollege über: „Die Lage der Handels- und Transportarbeiter, und wie kann dieselbe verbessert werden?“ referierte. Sehr scharf ging derselbe mit dem hiesigen Fuhrmannsverein ins Gericht, der die Aufgabe einer Interessensvertretung der Arbeiter sei. Was letztere vom Verein zu erwarten hätten, geht zur Evidenz daraus hervor, daß auch Unternehmer dort Mitglieder seien und der Vorsitzende des Unternehmervereins gleichzeitig 2. Vorsitzender im Verein sei. Wie schon es die „Herren im Hause“ verstanden, auch den Fuhrmannsverein als Mittel zum Zweck zu gebrauchen, ginge aus folgendem hervor: In einer der letzten Vereinsversammlungen brachten die Mitglieder zur Sprache, daß die Löhne einer Aufbesserung bedürftig seien. Die Unternehmer antworteten, daß sie in Folge der Bauarbeiterausperrung zu viel Verluste erlitten hätten und sollten sie, die Fuhrleute, mal bis zum Sommer warten. Der Referent wies treffend nach, daß die Unternehmer nach der Aussperrung das mehr verdient hätten, was dieselben vorher weniger gehabt haben. Auch sonst sei noch vieles faul im Verein. So hätten die Mitglieder bis dato noch keinen vernünftigen Kassenbericht zu hören bekommen. In dem erstellten Heft sei einfach: Soviel ist Einnahme, soviel ist Ausgabe und soviel Schulden haben wir. Woburn die Schulden entstanden, verrate man wohlweislich den Mitgliedern nicht. An dem Zweckausbezogen von Krankengeld könne es nicht liegen, denn es sei schon oft vorgekommen, daß Mitgliedern kein ausbezahlt wurde, weil kein Geld vorhanden gewesen sei und es noch heute Kollegen gebe, welche seit Jahren auf die Ausbezahlung warteten. Beträchte man dagegen die Leistungen unseres Verbandes, der seinen Verpflichtungen prompt nachkomme, so müsse auch der verhöhrte Kollege zugeben, daß nur der Verband als wirkliche Organisation für die Berufs-Kollegen in Frage kommen könne. Wüßte der Mitglieder sei es, jetzt mehr denn je für den Verband zu agitieren. Die Verwaltung allein könne die Lage nicht verbessern, sondern hierzu bedürfe er der festen Hilfe eines jeden Kollegen.

Nachdem in der Diskussion verschiedene Kollegen die Ausführungen des Referenten ergänzt hätten, schloß der Vorsitzende die imposant verlaufene Versammlung.

Magdeburg. Unter am 3. Februar im Dreifalters-bund lagende Generalversammlung war sehr gut besucht. Vor Eintritt in die Generalversammlung erbrachte die Versammlung das Andenken der im 4. Quartal verstorbenen Kollegen durch Erheben von den Sitzen.

Der Geschäftsbericht wurde vom Kollegen Reider gegeben. Er berichtete, daß die im 4. Quartal geführten Streiks und Lohnbewegungen mit Erfolg geendet hätten. Die Tarifbewegung im Mitteltransportgewerbe hat zu einem Resultat nicht geführt, doch seien jetzt bereits den Wählberechtigten unsere Forderungen wieder zugestellt worden. — Die Verwaltungsstelle zählte am Schluß des Quartals 1820 Mitglieder.

Der Kollege Drechsler gab zu dem gebrauchten vorliegenden Kassenbericht einige Erläuterungen. Die Gesamteinnahme betrug im 4. Quartal 12 398,40 M., die Ausgabe der Kassakasse 3014,64 M. An die Kassakasse wurden abgeführt 10 597,15 M. Der Kassafondsbestand betrug am 31. Dezember 1801,27 M. Verkauf wurden im Quartal 21 988 Beitragsmarken, Ertragsbeiträge wurden 5020 Stück geleistet, Krankenunterstützung erhielten 77 Kollegen insgesamt 718,05 M., Arbeitslosenunterstützung wurden 287 M. an 31 arbeitlose Kollegen gezahlt. In 3 Fällen wurde an die Interbieteren verlorener Kollegen je 100 M. Sterbegeld gezahlt.

Die Berichte wurden mit Beifall aufgenommen und der Verwaltung auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt.

Zu dem gebrauchten vorliegenden Jahresbericht für 1905 machte Reider auf die Wichtigkeit derartiger Berichte auf-

merksam, die ein nettes Bild gewerkschaftlicher Arbeit und Kämpfe bieten. Das Vorjahr war reich an Lohnbewegungen. Während alle Firmen die Abmachungen eingehalten haben, hat die Firma Krauch eine Ausnahme gemacht, trotz ehrenpfläglich gegebener Versicherungen. Seit im Winter, wo die Arbeiter auf wenigsten loderlandsfähig sind, habe diese Firma den Lohn gelockt, selbst Laternen und Öl auf: „Da können wir wohl die Beere nachhaken noch mitbringen.“ In wirkungsvollen Worten fordert Reider zu tätiger Mitarbeit auf und zur Unterstützung der „Volksstimme“, dann würde auch im Frühjahr bei den bevorstehenden Kämpfen um Besserung der Arbeitsbedingungen Erfolg zu verzeichnen sein. Unter den Mitgliedern herrsche eine zu große Züftigkeit. 1417 Mitgliedern Ende 1904 stehen 1820 Ende 1905 gegenüber, also mehr 403. Neu aufgenommen und übergetreten sind 1020 Mitglieder, gestorben 12, zum Militär 5, geflohen wegen Nichtzahlens der Beiträge 548, übergetreten zu anderen Verbänden 32. In den 12 Jahren von 1894 bis 1905 waren am Jahreschluß 45, 51, 97, 190, 263, 502, 624, 672, 954, 1180, 1417, 1820 Mitglieder vorhanden. Von den wegen Meistens gestrichenen 548 Mitgliedern hat eine große Zahl infolge der Kämpfe der Organisation bedeutende Lohnverbesserungen bekommen, bis 3 M. pro Woche. Da sie trotz solcher Erfolge der Organisation den Löhnen laßten, kann nun aus Unwissenheit und Gleichgültigkeit zurückgeführt werden. — Verbände, Betriebs- und Branchenvereine, sowie Vorstandsleitungen fanden im Geschäftsjahr 263 statt. Der Anstuf eines Verbandes von 1779,45 M. hatte die Verwaltung Magdeburg im Vorjahre eine Einnahme von 35 438,04 M., darunter 11 426,10 M. für 38 087 Beiträge a 30 Pf., 13 860 M. für 39 600 Beiträge a 35 Pf., 1902 örtliche Beiträge a 25 Pf., 4090,90 M. für 81 818 Beiträge (örtliche Beitragskassen) a 5 Pf., 678,25 M. für die freistehenden Belegschaften. Von den insgesamt 21 631,45 M. Ausgaben entfielen auf Entschädigung für Marken- und Stellungsbetrieb 2748,85 M., Unterhaltung an die Vergleiche 982,25 M., Gehalt an die Geschäftsführer 2595 M. Von den 9320,96 M. für Unterhaltung wurden gezahlt an Arbeitslohn 1689,05 M., Prämie 2777,85 M., der Streiks und Mahregelungen 3271,15 M., bei acht Todesfällen 950 M., für Rechtschutz 297,91 M. und Extrainterventionen 335 M., an die Kassakasse gezahlt 12 005,32 M. Arbeitslohn waren 147 Mitglieder 1812 Tage und frant 296 Mitglieder 3842 Tage. Die Summen für Unterhaltung beweisen ebenso die segensreiche Wirkung wie auch die Notwendigkeit der Organisation für die Arbeiter.

In die Verwaltung werden gewählt: Reider als 1., Rathmann als 2. Bevollmächtigter, Drechsler und Schwieler als Kassierer und Hilfskassierer, Thomas als Schriftführer, Thurm, Weinmeister, Böhmer und Reine als Beisitzer, ferner als Revisoren War, Siebert und Rüdiger. Dann werden noch 10 Korrespondenten gewählt. Die Versammlung ist damit unterstanden, daß zu dem Kongreß der Handelskassensarbeiter drei Delegierte entsendet werden, deren Wahl eine spätere Branchenversammlung vornehmen soll.

Nach einem kräftigen Schlußwort Reiders wurde mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung, welche von ca. 500 Mitgliedern besucht war, geschlossen.

München. Die Verwaltungsstelle Münchens hielt am Sonntag, den 4. Februar, ihre diesjährige Generalversammlung ab. Der geräumige Saal war schon vor Beginn der Versammlung überfüllt. Der Vorsitzende, Kollege Dobler, gedachte zunächst der verstorbenen Mitglieder. Die Versammlung erteilte diese durch Erheben von den Sitzen. Hierauf gab er einen kurzen Überblick auf das verfloßene Geschäftsjahr. Er sagte aus, daß er sich sehr freuen könne, da ja der Jahresbericht heuer das erste Mal den Mitgliedern gedruckt vorliegt. Die große Fuhrwerksbewegung, die eingeleitet war, konnte nicht durchgeführt werden, da uns verschiedene Hindernisse entgegenkamen. Als solche sind die großen Ausperrungen in der Metallindustrie und dem Bauhandwerk zu betrachten. Allein ausgebrochen ist nicht aufgehoben, und an den Fuhrleuten liegt es nun, das Verstecke nachzugehen und in erster Linie dafür zu sorgen, sich zu organisieren, denn nur dann läßt sich eine derartige Bewegung durchführen. So erstreckt der Mitgliederbezugs war — er betrug nahezu 1400 —, so bedauerlich war aber auch der Abgang, denn die meisten sprangen wieder aus. Er weist noch auf die Tarifabschlüsse hin, die im Jahresbericht gedruckt vorliegen und die eine wesentliche Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für manche Kollegen brachten. Zum Schluß ersucht er noch um Nachsicht für die Disziplinverletzung, wenn nicht alles nach Wunsch gegangen ist, sie hat alles getan, was möglich war.

Hierauf gab Kollege Friedl den Kassenbericht pro 4. Quartal 1905. Die Einnahmen betragen 7088,09 M., die Ausgaben 5807,71 M. (inkl. an die Kassakasse eingezahlt 4653,40 M.), bleibt somit ein Kassenbestand am Orte von 1280,38 M.

Die Revisoren bestätigten, Kasse und Bücher in bester Ordnung befunden zu haben.

In der Diskussion über den Vorstandsbericht sowohl, wie über den Kassenbericht äußerten sich sämtliche Redner zufriedenstellend.

Der Disziplinverletzung wurde einstimmig Decharge erteilt.

Hierauf nahm eine siebenköpfige Kommission die Ausschickung vor, die folgendes ergab: Als 1. Vorsitzender wurde wiederum Kollege Dobler, und zwar einstimmig der Affirmation gewählt; als 2. Vorsitzender Kollege Heinrich Müller; 1. Schriftführer Kollege Schmidt; 2. Schriftführer Kollege Jodis; als Revisoren die Kollegen Altmann, Damm und Reichardt. Als Beisitzer wurden die Kollegen Pies, Schöffers und Scheibel gewählt. Bei der Wahl der Kassierer wurde Abstand genommen, da ab 1. April ein besoldeter Disziplinverletzung angelegt wird bis dahin wurde Kollege Friedl ersucht, seine Funktionen weiterzuführen. Kollege Ködner wurde wieder einstimmig zum Sanitätsverband bestimmt.

Hieran ergreift Kollege Dobler das Wort, um der Arbeiterpresse zu gedenken, die uns bei allen unseren Kämpfen tatkräftig unterstützt und ersuche, diese zu abonnieren. Mit einem dreifachen Hoch auf die Organisation schloß er die gut besuchte Versammlung.

Schlau. Am 4. Februar tagte in Baumgarten eine öffentliche Versammlung der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Ein Kollege aus Breslau sprach über die neuesten Tagesfragen und hob besonders hervor, daß die Frau gezwungen ist, zugleich mit dem Manne zu arbeiten und so den Kindern jede Erziehung genommen wird. Auch legte er den Kollegen ans Herz, sich zu organisieren, da nur durch die Organisation andere Zustände geschaffen werden.

Am Anschluß an das Referat wurde über die ökonomische Lage und Arbeitszeit gesprochen. Hauptächlich über eine Klima, wo die Arbeiter bei einer Arbeitszeit von 12 bis 16 Stunden 9 bis 12 Mk. verdienen, wurde diskutiert. Dennoch hatte es kein einziger Kollege von obiger Firma für nötig gehalten, in der Versammlung zu erscheinen. Es lag auch daran, daß obige Arbeiter einen Tag zuvor ein Kränchen abgehängt haben und wozu der Chef ein paar Mark gegeben hat. Dann sind die Kollegen mit allem zufrieden, dann hört man auch sagen: Unser Herr ist immer noch nicht der schlechteste.

Am Schluß wurde ein Antrag angenommen, wonach jedes Vierteljahr eine Hausagitation unter den Kollegen vorgenommen werden soll.

Mies. Am 27. Januar tagte unsere Generalversammlung. Den Klassenbericht erstattete der Bevollmächtigte Brochwitz und ergab folgende Resultate:

Einnahmen	426,40 Mark
Ausgaben	373,13 "

Reibt ein Bestand von 53,27 Mark.

Mitgliederbesammlungen wurden 11 abgehalten, Besuch war in einigen sehr mangelhaft. Das Arbeitsfeld war ein sehr umfangreiches. Jedoch auch hier mußten wir die traurigen Erfahrungen machen, hauptsächlich bei den weiblichen Mitgliedern. Sie haben sich das einfach so gedacht: Heute treten wir als Mitglieder ein, bezahlen 50 Pfennige Eintritt und 20 Pfennige Steuern und morgen kommt der Verband und macht Verrückungen in unserer mickrigen Lage. Aber jodeln konnten wir nun nicht, der Erfolg war nun der, daß wir bei der ersten Versammlung 50 weibliche Mitglieder zu verzeichnen hatten und weitere 28-30 durch eine gute Hausagitation hinzubekamen, wogegen wir nun am Ende des 4. Quartals nur noch 18 weibliche Mitglieder zu verzeichnen hatten.

Die Wahl der Funktionäre ergab folgendes Resultat: 1. Bevollmächtigter Kollege Brochwitz, 2. Bevollmächtigter Kollege Vöhr, Kassierer Kollege Brochwitz, Schriftführer Kollege Semmel. Ferner wurden 3 Unterassistenten gewählt und zwar die Kollegen Donath, Richter, Börner. Als Delegierter zum Kartell wurde Kollege Brochwitz gewählt.

Zum Schluß wurde noch darauf hingewiesen, daß jeden vierten Sonntagabend, Punkt 9 Uhr abends die Versammlungen eröffnet werden. Wir eruchen nochmals dringend alle Mitglieder sich zahlreicher an den Versammlungen zu beteiligen und daß nicht wie es im vergangenen Jahre immer der Fall gewesen ist, nur 15-20 Mitglieder erscheinen.

Schweidnitz. Am Sonntag, den 11. Februar, fand eine wohl besuchte Versammlung für Hauskassierer, Bader, Schuster etc. statt, in welcher ein Breslauer Kollege über das Thema: „Wie und warum organisieren wir uns?“ referierte. Redner erläuterte in klarer und verständlicher Weise dieses Thema und schloß die Vorteile der Mitglieder im Zentralverband im Gegensatz zu den Christlichen und Kirch-Kindertagen. Ganz besonders wies noch Redner auf das Vorgehen des gesamten Unternehmerrates, das darauf hinausläuft, die Arbeiterorganisation zu schwächen. Daher müssen wir erst recht auf dem Posten sein, die indifferenten Kollegen aufzuklären und ihnen begreiflich machen, daß sie nicht im Kameraderenverein ihr Ziel finden, sondern daß der Zentralverband derjenige ist, der für ihre Interessen eintritt und jederzeit bereit und in der Lage ist, für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Kollegen einzutreten.

Es fand hierauf eine lebhafteste Diskussion statt, in welcher zum größten Teil das Verhalten des Kameraderenvereins gescholten wird.

Es wird daher die eifrigste Aufgabe der Kollegen sein, kräftig mitzuarbeiten, damit es auch hier besser wird.

Speyer. Generalversammlung. Den Jahresbericht erstattete Kollege Müller. Kassierer Striebel erstattete den Klassenbericht und wurde ihm Decharge erteilt. Wiedergewählt als 1. Vorsitzender Karl Müller, neu gewählt als 2. Vorsitzender Mich. Gerbel wiedergewählt als Kassierer Heinrich Striebel, neu gewählt als Schriftführer J. Garz, als Kartelldelegierter Jakob Garz, Ph. Brendel, Arbeiterkommission: Peter Fuchs, Hammer und Vöndsch als Beisitzer.

Ausgeschloffen wurden in dem Berichtsjahre 20 Mitglieder wegen Nichtbezahlgens der Beiträge, aufgenommen wurden 15, somit ein Mitgliederbestand von 32.

Kollege Garz stellt den Antrag, daß wir vom 2. Quartal ab nur 35 Pf.-Marken leben, die 5 Pf. mehr bleiben dem drückenden Fonds.

Dies wurde einstimmig angenommen.

Es ist leider traurig, wenn wir ein Jahr zurückblicken und sehen müssen, daß 20 Mitglieder gefahren werden mußten, aber die Mark pro Woche, die der Transportarbeiterverband für sie errungen hat, in den Tod zu faden, schämen sie sich nicht. 15 Mitglieder sind nun zugeworfen. Diesen aber mögen wir sagen: jeden ersten Sonntag im Monat in die Versammlung kommen, lernen, mitarbeiten, denn jeder ist verpflichtet, mitzuarbeiten; dann können wir den Samstagsamen am Jahresabschluß sagen, wie zu den Arbeitgebern: Wir haben gearbeitet und zum Schluß und Euch zum Trug.

Strasbourg i. El. In der am Sonntag, den 11. Januar 06, stattgefundenen Generalversammlung erstattete Kollege Loth den Klassenbericht; derselbe wurde ohne Debatte gutgeheißen. Des weiteren gab Kollege G. Gaffner den Vorstandsbericht, und wurde derselbe nach kurzer Debatte angenommen. Desgleichen der Klassenbericht. Die Revisionen erklärten, die Kasse, die Bücher, sowie Belege in Ordnung gefunden zu haben und stellten den Antrag, dem Kassierer Decharge zu erteilen. Derselbe wurde einstimmig angenommen.

Als Verbandsfunktionäre wurden folgende Kollegen gewählt:

1. Vorsitzender Ewald Loth, 2. Vorsitzender Theodor Gaffner, 1. Kassierer Eugen Gaffner, 2. Kassierer Jakob Neunlist, Schriftführer Georg Ertelweiler, als Revisionen Otto Knipke, Fritz Sommer, Jakob Christ; als Kartelldelegierte die Kollegen Ewald Loth und Otto Knipke; als Bezirkskassierer die Kollegen Gerzog, Theod. Gaffner, Bleher, Ehrl und Ertelweiler.

Hierauf hielt Genosse Geller einen kurzen, aber wohl ermahnenen Vortrag über: Nutzen und Wert der Organisation; derselbe wurde mit stürmischem Beifall entgegen genommen.

Unter „Anträge und Verschiedenes“ wurde zunächst die Kartellangelegenheit, sowie die Verhältnisse in dem hier bestehenden, vom Gewerkschaftskartell gegründeten Konsumverein besprochen. Der hiesige Konsumverein trägt seine Transporte durch einen Unternehmer besorgen, welcher seinerseits bei Gründung unserer hiesigen Geschäftsstelle seinen Arbeitern 1 Mk. Zulage gab, mit dem Bemerkens, es dürfe sich keiner von ihnen dem Verbands anschließen, sonst wird er entlassen. Es ist einer der größten Reaktionen am Orte.

Nach einer heftigen Debatte zwischen dem Kartellvorstandes einerseits und den Kollegen Loth und Gaffner andererseits wurde die neue Ortsverwaltung beauftragt, gemeinsam mit dem Kartellvorstandes und der Geschäftsleitung in Unterhandlungen zu treten, um der Geschäftsleitung aufzugeben, der Firma zu kündigen und die Spekulation des Unternehmers Floß zu übertragen, da derselbe politisch und gewerkschaftlich organisiert sei und den Arbeiterforderungen entsprechend seine Leute bezahle.

Zum Schluß forderten der Genosse Geller und Kollege G. Gaffner die Kollegen auf, sich recht zahlreich als laufende Mitglieder dem Konsumverein anzuschließen, um dann dementsprechend Abhilfe zu schaffen.

Strasbourg i. El. Versammlung am 18. Februar. Der Anstellung eines Arbeiterkreises wurde zugestimmt. Darauf erfolgte eine Marierung des hiesigen Gewerkschafts-Kongresses und wurde den Delegierten des Vorstands Schluß gegeben. Die Entsendung eines Delegierten wurde abgelehnt, wenn die örtliche Verwaltung die Kosten dafür tragen soll. Nach einer Aufforderung zu reger Agitation trat Schluß der Versammlung ein.

Striesen. Am 10. Februar fand in Striesen eine Versammlung statt, die sehr gut besucht war. Der Genosse Joseph sprach über das Thema: „Die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften.“ Die leichtverständlichen Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung führten die Redner von Weidenau Beschwerde über einen dortigen Betrieb, in welchem die Firma sich nicht scheut, Krüppel zu beschäftigen. Ein Kollege regt an, daß auch für Dresden eine Fabrik- und Fachschule feilens der Behörde eingerichtet sei. Ein anderer Kollege berichtet über einen Fall, welcher sich im Bureau der hiesigen Führern-Armungsanstalt ereignet hat. Demnach ist ein Kollege in das Bureau gekommen und hat um einen Krankenschein gebeten. Er hatte jedoch keinen Anspruch mehr und wurde vom dem Beamten mit den Worten abgefertigt: „Gehen Sie in die Tierarzneyklinik und lassen Sie sich dort behandeln.“ Dieser Herr scheint nicht viel Bildung genossen zu haben, sonst könnte er einen derartigen Ausdruck nicht tun. Leider vergaß unser Kollege auf diese Unverschämtheit die gebührende Antwort zu erteilen. Hoffentlich wird der Vorstand der Kasse sich mit diesem „Misserbeamen“ noch etwas beschäftigen. Ein Kollege kritisiert noch die Zustände bei der Firma Wähler, besonders die oft ungerechtfertigten Abzüge. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Stuttgart. Am 14. Januar hat unsere jährliche Generalversammlung stattgefunden. Aus dem Tätigkeitsbericht ist zu entnehmen, daß das vergangene Jahr ein arbeitsreiches gewesen ist. Die geführten Lohnbewegungen hatten nur teilweise Erfolg. Zum großen Teil haben diejenigen, welche durch den Verband bessere Löhne und Arbeitsbedingungen erreicht haben, demselben wieder den Rücken gekehrt. Den Klassenbericht gab Kollege Nief, demnach betragen die Einnahmen 3179,98 Mk., denen eine Ausgabe von 2204,97 Mk. gegenübersteht, so daß der Kassenbestand 907,01 Mk. beträgt. Kollege Schürer berichtet Namens der Revisionen, daß sowohl Kollege als Kasse in bester Ordnung befunden wurden und beantragt dem Kassierer Entlastung zu erteilen. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Die Diskussion zum Tätigkeitsbericht wie auch zum Klassenbericht war eine sehr lebhafteste. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung wurden gewählt: Die Kollegen Neumann als 1. Dreher als 2. Vorsitzender, zum 1. Kassierer Nief, zum 2. Vöhringer, Kollege Junginger wurde zum Schriftführer und die Kollegen Laffen, Schmidt, Elitz, Gebert, Hummel und Kaiserauer zu Beisitzern gewählt. Mit einem kräftigen Schlußwort des Vorsitzenden, in welchem er besonders die Kollegen zum fleißigen Besuch der Monatsversammlungen aufforderte, fand die Versammlung ihr Ende. Nach der Generalversammlung haben auch die Sektionsversammlungen stattgefunden und wurde in denselben ebenfalls die Neuwahl der Sektionsleitung vorgenommen. Die Sektion der Handelsreisenden wurde als Vorsitzender als Vorsitzender, Kraus als Schriftführer gewählt, als Beisitzer Aldermann, Seeg, Großhansky und Junginger, die Sektion der Tagelöhner wählte als Vorsitzenden Gebert, als Schriftführer Reichard und zu Beisitzern Klein, Han, Gaier und Kaiserauer. Die 3. Sektion Metallbearbeiter betraute folgende Kollegen mit der Leitung: Schäfer, Vorsitzender,

Stift, Schriftführer und als Beisitzer Konrad Hölzer, S. Vöhr und Richter.

Hoffen und wünschen wir, daß das kommende Jahr ein erfolgreicheres sein wird als das vergangene, dazu bedarf es aber Ausdauer in der Agitation und Einigkeit. Wenn jeder einzelne seine Pflicht tut, dann wird auch die Zeit nicht mehr allzu fern sein, wo wir in Stuttgart das erreichen, was die Kollegen in anderen Städten schon längst erreicht haben. Jeder muß Agitator sein, überall gibt es Gelegenheit die Indifferenten aufzuklären und dem Verbands zuzuführen. Wenn es sich jeder Kollege angelegen sein läßt, dann werden und müssen wir auch hier vorwärts kommen.

Stuttgart. In zahlreich besuchter öffentlicher Versammlung referierte kürzlich ein Kollege über das Thema „Der erste deutsche Handelsarbeiter-Kongress in Berlin und wie stellen sich die hiesigen Kollegen zu demselben?“ Redner besprach zunächst die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Gewerbe, unter denen besonders die Handelsreisenden leiden, in eingehender Weise. Er wies nach, daß der langen Arbeitszeit die Bezahlung der Handelsreisenden nicht entspreche und daß letztere durch die geringen Löhne genötigt seien, billige und schlechte Wohnungen zu mieten. Auch die Ernährung leide darunter, woraus sich die vielen in unserem Verstande vorkommenden Krankheiten (Tuberkulose usw.) erklären. Von einem geordneten Familienleben könne unter solchen Verhältnissen natürlich keine Rede sein. Nur eine feste geschlossene Organisation könne Mittel und Wege finden, um derartige Mißstände zu beseitigen. Redner verbreitete sich dann noch über die Frage der Sonntagsruhe und des Nachruhschlusses. Betreffs der ersten wurde die geübliche Arbeitszeit vielfach nicht eingehalten, da man dem Geschäftsbetrieb noch alle möglichen Aufträge mit auf den Weg gebe. Wir verlangen deshalb vollständige Sonntagsruhe, um unseren Kollegen den Besuch eines freien Sonntags zu gewähren. Von dem Siebenbürgen-Kongress haben einige Kollegen mehr erwartet als dies der Fall sei; an den Sechsbüchler sei noch nicht zu denken, da sich die Handelskammer dagegen stemme. Als Delegierte werden aus der Mitte der Versammlung Kollege Dreher, sowie auf Antrag der Bevollmächtigte Neumann mit einem Mandat betraut. Zum Schluß weist Kollege Dreher noch auf die Unfallversicherungsfrage hin, der jedes Handels-geschäft unterworfen sei, und fordert die Anwesenden auf, die vielen Indifferenten heranzuziehen.

Tilsit. Sonntag, den 11. Februar, fand eine Versammlung statt. Dem Bericht war zu entnehmen, daß unsere Verwaltungsstelle nur geringe Fortschritte macht, was wohl daraus zurückzuführen ist, daß die Arbeiter Tilsits so arm sind und so wenig verdienen, daß sie glauben, den Beitrag von 30 Pf. die Woche nicht bezahlen zu können. Die Arbeiter Tilsits werden wohl zu der Überzeugung kommen, wenn sie eine Verbesserung ihrer Lage wollen, daß der Weg der Organisation hierzu der einzige ist und daß es möglich sein muß, auch den Beitrag zu zahlen.

Als Bevollmächtigter wurde Kollege Klegler gewählt, als Kassierer Kollege Kurfisch, als Schriftführer Kollege Grischat, als Revisionen die Kollegen Printer, Papendie, Dittschat.

Unsere Versammlung besuchten auch zwei russische Genossen. Der überwachende Polizeikommissar forderte die Russen auf, den Saal zu verlassen. Kollege Kurfisch protestierte dagegen und forderte die Genossen auf, dem zu bleiben, weil sie in keiner Weise ihr Gastrecht verlegt hätten.

Der Kommissar prang nun auf und wies die Genossen aus dem Saal, welche, eingeschüchtert durch dies sonderbare Benehmen, davon ließen.

Es scheint so, als ob auch der Tilsiter Polizeistasi eine höllische Angst bemächtigt hat. Deutsch-Rußland ist eben russischer als Rußland selber.

Gingefandt.

Nu die Kollegen in Speier!

Werte Kollegen! Wenn wir ein Jahr zurückblicken und sehen, welche Veränderungen bei unseren Mitgliedern eingetreten sind, so muß sich jeder richtig denkende Kollege fragen: Habe ich meine, durch den Verband auferlegten Pflichten erfüllt? Bei vielen würde die Antwort lauten: Nein! Kollegen, wahret Eure heiligsten Güter, die Interessen des Verbandes. Arbeitet mit, was in Euren Kräften steht, damit wir am Schluß dieses Jahres mit Freude sagen können: Es hat jeder seine Schuldigkeit getan. Es hat jedes Mitglied ein neues erworben und darauf muß jedes Mitglied stolz sein, das von sich sagen zu können. Nicht daß wir wieder zwanzig ausschließen müssen, wegen nicht bezahlten der Beiträge. Es ist traurig, aber wahr. Es muß sein, daß wir nur zum Schein den anderen Kollegen gegenüber beim Verband ist, aber gar dem Verbands den Rücken kehrt, weil er glaubt, sein Lohn der auf Kosten des Verbandes in die Höhe getrieben wurde, reiche ihm jetzt aus. Wir sehen bei Merbian, Weinsbach, Watter, seit der Lohnhöhung haben selbst bis auf 2 Mitglieder dem Verbands den Rücken gekehrt. Solche Kollegen muß man verachten und meiden, wo man kann, vielleicht schämen sie sich und denken doch wieder zurückzufahren. Es muß jeder bedenken: So kann es nicht weiter gehen, belacht die Versammlungen, bringt dort eure Mißstände vor, dann werden sie beseitigt werden, soviel in unseren Kräften steht. Also Mann für Mann in die Organisation, sie dichter unsere Reihen, je leichter der Kampf und sicherer der Sieg. Verzeigt diese Zeilen, hauptsächlich jene Kollegen, die trotz Einladung per Postkarte nicht in die Generalversammlung gekommen sind. Sie waren nicht alle krank; sie saßen nur bei Müttern hintern Ofen.

Verantw. Redakteur u. Verleger: A. Brüllsch, Rummelsburg.

Druck: Mauter u. Dimmid, Berlin, Soufflen-Wer 11.